



# Landtag von Baden-Württemberg

82. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 10. Februar 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 16:48 Uhr

## INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 6521
- Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Sieber . . . . . 6521
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsplan 2000/01)** – Drucksachen 12/4849, 12/4850 . . . . . 6521
- Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU . . . . . 6521, 6535
- Abg. Dr. Puchta SPD . . . . . 6524, 6541
- Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 6527
- Abg. Kiel FDP/DVP . . . . . 6531, 6542
- Abg. Rapp REP . . . . . 6533
- Minister Stratthaus . . . . . 6536, 6543
- Beschluss . . . . . 6544
- Abg. Brechtken SPD (zur Geschäftsordnung) . . . 6544
2. **Fragestunde** – Drucksache 12/4796
- 2.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – **Genehmigung von Landeplätzen für Hubschrauber** . . . . . 6563
- Abg. Teßmer SPD . . . . . 6563, 6564
- Staatssekretär Mappus . . . . . 6563, 6564
- Abg. Junginger SPD . . . . . 6563, 6564
- 2.2 Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – **Stiftung „Sport in der Schule“ in Baden-Württemberg** . . . . . 6564
- Abg. Christine Rudolf SPD . . . . . 6564, 6565
- Staatssekretär Köberle . . . . . 6564, 6565
- 2.3 Mündliche Anfrage des Abg. Arnold Tölg CDU – **Einordnung Trockenbau** . . . . . 6565
- Abg. Tölg CDU . . . . . 6565
- Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . . 6565
- 2.4 Mündliche Anfrage des Abg. Claus Schmiedel SPD – **Engelbergtunnel** . . . . . 6566
- Abg. Schmiedel SPD . . . . . 6566
- Staatssekretär Mappus . . . . . 6566
- Abg. Bebbler SPD . . . . . 6566
- 2.5 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – **Mechatroniker-Ausbildung am EAZ e. V. in Aalen** . . . . . 6566
- Abg. Krisch REP . . . . . 6566, 6567
- Staatssekretärin Johanna Lichy . . . . . 6567
- Abg. König REP . . . . . 6567
- Abg. Troll REP . . . . . 6567
- 2.6 Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – **Verkaufspreis für EnBW-Anteile von Städten und Gemeinden** . . . . . 6567
- Abg. Moser SPD . . . . . 6567, 6568
- Minister Stratthaus . . . . . 6568
- Abg. Teßmer SPD . . . . . 6568

<p>2.7 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Eugen Klunzinger CDU – <b>Ausbau der Standspur auf der A 81 im Bereich Böblingen/Sindelfingen</b> ..... 6569</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Klunzinger CDU ..... 6569 Staatssekretär Mappus ..... 6569, 6570 Abg. Birgit Kipfer SPD ..... 6569 Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen ..... 6570 Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 6570</p> <p>2.8 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – <b>Weiterentwicklungen in der Kerntechnologie</b> ..... 6570</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Krisch REP ..... 6570, 6571 Staatssekretär Dr. Mehrländer ..... 6570, 6571</p> <p>2.9 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – <b>Luftreisen zu Partei- oder Privatveranstaltungen von Mitgliedern der Landesregierung</b> ..... 6571</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Deuschle REP ..... 6571, 6572 Minister Dr. Palmer ..... 6571, 6572 Abg. Krisch REP ..... 6572</p> <p>2.10 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – <b>Politische Bewertung von Zeitschriften durch Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz</b> ..... 6573</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Deuschle REP ..... 6573 Minister Dr. Schäuble ..... 6573</p> <p>3. Aktuelle Debatte – <b>Auswirkungen der von 14 EU-Mitgliedsstaaten beschlossenen Strafmaßnahmen gegen Österreich auf die Europapolitik der Landesregierung</b> – beantragt von der Fraktion Die Republikaner ..... 6546</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Schlierer REP ..... 6546, 6556 Abg. Roland Schmid CDU ..... 6548 Abg. Dr. Caroli SPD ..... 6549 Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen ..... 6550, 6561</p>	<p>Abg. Pfister FDP/DVP ..... 6551, 6562 Minister Dr. Palmer ..... 6553 Abg. Oettinger CDU ..... 6557 Abg. Maurer SPD ..... 6558</p> <p>4. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – <b>Bisherige Erfahrungen mit der Reform der Hochschulmedizin</b> – Drucksache 12/4493 ..... 6573</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Mauz CDU ..... 6573 Abg. Weimer SPD ..... 6575 Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen ..... 6576 Abg. Kiesswetter FDP/DVP ..... 6577 Abg. Deuschle REP ..... 6578 Minister von Trotha ..... 6579 Beschluss ..... 6581</p> <p>5. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Januar 2000 – <b>Privatisierung der SBW Sonderabfallentsorgung Baden-Württemberg GmbH</b> – Drucksachen 12/4782, 12/4823. .... 6581</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Gerd Scheffold CDU ..... 6582 Abg. Staiger SPD ..... 6582 Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen ..... 6584 Abg. Kiel FDP/DVP ..... 6585 Abg. Eigenthaler REP ..... 6586 Minister Ulrich Müller ..... 6587 Beschluss ..... 6589</p> <p>6. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/4515 ..... 6589</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 6589</p> <p>7. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/4753, 12/4760 .. 6589</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 6589</p> <p>8. Kleine Anfrage – Drucksache 12/4763 ..... 6589</p> <p>Nächste Sitzung ..... 6589</p>
--	--

## Protokoll

über die 82. Sitzung vom 10. Februar 2000

Beginn: 9:32 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 82. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Thon und Herrn Abg. Mayer-Vorfelder erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Dr. Döring, Herrbricht, List und Dr. Schäfer.

Dienstlich verhindert ist Herr Staatssekretär Rückert.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Kollege Sieber Geburtstag. Er ist leider noch nicht im Haus. Ich werde ihm anschließend im Namen des ganzen Hauses gratulieren und ihm Glück wünschen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wir bereiten uns darauf angemessen vor!)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsplan 2000/01) – Drucksachen 12/4849, 12/4850**

Für diese Dritte Beratung des Haushalts 2000/2001 hat das Präsidium eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gestern Abend Gelegenheit, an einer Aufführung des chinesischen Staatszirkus teilzunehmen.

(Zuruf von den Republikanern)

Das hat mich daran erinnert, dass, wenn man dem chinesischen Kalender folgt, auf das Jahr des Hasen das Jahr des Drachen folgt.

(Abg. Maurer SPD: Aber Sie sind das nicht, der Drache, oder?)

Alle zwölf Jahre ist das Jahr des Drachen, alle 60 Jahre – und so ist es jetzt – das Jahr des goldenen Drachen.

(Abg. Deuschle REP: Denken Sie da an Ihre Ehefrau? – Abg. Moser SPD: Was sind denn jetzt Sie?)

Das sind in den meisten Jahren gute Zeiten. Sie sind geprägt von Mut, Zuversicht und Erfolg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wir schlagen heute mit der Verabschiedung des Haushalts für die Jahre 2000/2001 ein neues Kapitel in der Landesgeschichte auf.

(Abg. Maurer SPD: Das Jahr des Hamsters!)

Wir sind davon überzeugt, dass es gute Jahre werden. Sie sind geprägt von unserem Mut, von unserer Zuversicht. Sie sind geprägt von dem Erfolg in den vergangenen Jahren, und wir werden auch in den zukünftigen Jahren Erfolg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bewähren uns in schwieriger Zeit.

(Abg. Maurer SPD: Das ist gewiss wahr!)

Das neue Jahrtausend wird mit einem aufgeblähten Staat beginnen.

Das sagt Roman Herzog.

Der Staat leidet unter dem Mythos der Omnipotenz und der Unerschöpflichkeit seiner Ressourcen. Man könnte auch sagen, die Bürger überfordern ihren Staat.

(Abg. Rapp REP: Oder der Staat seine Bürger!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, und wir tun es hier im Land Baden-Württemberg.

(Abg. Maurer SPD: Ganz stark!)

Wir bedauern, dass wir dabei von der Bundespolitik keine große Unterstützung erhalten.

Die Steuerreform der Bundesregierung, die jetzt in die Wege geleitet wurde, begrüßen wir als einen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

(Dr. Stefan Scheffold)

Wir haben ihn schon immer gefordert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Guter Mann!)

– Der Beifall ist völlig verfrüht, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen.

(Abg. Moser SPD: Nein, nein! Sie können jetzt aufhören! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie können sich wieder setzen! Dann war das die beste Rede, die Sie bisher gehalten haben!)

Dieser Schritt ist nicht mutig genug. Er weist nicht weit genug in die Zukunft. Er entlastet nicht genug, er entlastet nicht schnell genug, und er entlastet vor allem nicht alle gleichmäßig. Insbesondere den Mittelstand entlastet er nicht genügend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja nicht das Urteil der CDU. Ich lese hier von Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbands mittelständischer Unternehmen, die Steuerreform habe die primären Ziele einer Steuerreform in Teilen glatt verfehlt. Das ist ein vernichtendes Urteil.

(Zuruf von der SPD: 16 Jahre!)

Wenn Sie die Ereignisse der vergangenen Tage betrachten, erfährt dieses Urteil eine intensive Unterstützung. „Viel Kritik an der EZB nach der Zinserhöhung“ heißt es. „Ökonomen halten Analyse für fragwürdig.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Europäische Zentralbank hat die Zinsen erhöht. Sie hat das aber nicht deswegen getan, weil der innere Geldwert des Euro gefährdet wäre, weil die Preisstabilität in Europa gefährdet wäre. Vielmehr hat sie die Zinsen deswegen erhöht, weil der äußere Geldwert des Euro nicht stimmt, weil der Euro gegenüber Dollar und Yen schwächer geworden ist. Das ist ein gefährliches Zeichen, weil es in die Richtung weist, dass die Konjunkturkräfte bei uns nicht genügend Auftrieb haben,

(Abg. Rapp REP: Das haben wir Ihnen schon vor fünf Jahren gesagt!)

weil es in die Richtung weist, dass die Politik die Rahmenbedingungen in Europa nicht richtig setzt. Dazu gehört insbesondere auch die Politik in Deutschland, die Europa maßgeblich prägt, weil Deutschland das wirtschaftsstärkste Land in Europa ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer in dieser Zeit immer nur mehr fordert, hat die Herausforderungen unserer Zeit nicht verstanden. Diesen Vorwurf mache ich insbesondere Ihnen von den Oppositionsfraktionen. Sie fordern mehr Lehrer, Sie fordern mehr Polizei, Sie fordern mehr Hochschullehrer, Sie fordern sogar mehr Steuerbeamte, Herr Kollege Moser.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Haben wir mehr Polizei gefordert?)

Das ist übrigens ein ganz merkwürdiger Vorgang, Herr Kollege Moser. Sie haben gesagt, mehr Stellen für Steuer-

beamte, Betriebsprüfer, Steuerfahnder finanzierten sich ja selbst.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Maurer: Jawohl!)

Das ist ein sehr merkwürdiger Vorgang.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Sind denn dann mehr Stellen für Lehrer und Polizisten nur deswegen nicht gerechtfertigt, weil sie sich nicht selbst finanzieren?

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Sie sollten sich dieses Argument sehr gut überlegen.

(Beifall der Abg. Seimetz und Hauk CDU – Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise dies im Übrigen ausdrücklich zurück. Baden-Württemberg hat genügend neue Steuerprüfer eingesetzt. Ich lese Ihnen die Zahlen vor: 1996 1 874 und 1999 2 041 besetzte Stellen; Prüfungsturnus bei den Großbetrieben 4,2 im Land und 4,4 beim Bund. Ähnliche Zahlen sind bei den mittleren und bei den kleinen Betrieben zu verzeichnen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir genügend Steuerprüfer haben und dass wir es richtig gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben insbesondere auf den Vorwurf, der von der Steuerverwaltung gemacht wird, wir hätten dort nicht genügend Stellenhebungen vorgenommen, sehr merkwürdig reagiert. Herr Kollege Moser, das ist das Einzige, was von den Steuerbeamten gefordert wird. Dazu haben Sie im zuständigen Arbeitskreis der SPD noch vor einem halben Jahr gesagt, Strukturverbesserungen werde man im mittleren und im gehobenen Dienst unterstützen. Hier im Landtag dagegen haben Sie am Donnerstag, dem 25. März 1999, gesagt: „Da muss ich die CDU sogar in Schutz nehmen, weil sie wenigstens ein bisschen finanzpolitische Verantwortung gezeigt hat.“ Gemeint war der damalige Vorgang, dass die CDU-Fraktion entsprechenden Stellenhebungen nicht zugestimmt hatte, als der Finanzminister eine gründliche Prüfung zugesagt hatte.

Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist bedauerlich.

(Abg. Moser SPD: Heute können wir, damals konnten wir nicht!)

Herr Kollege Puchta, Sie haben sich ja als Vorsitzender des Finanzausschusses in ungewöhnlicher Form hervorgetan. Ich lese da, Sie wollten der Obersparkommissar sein. „Pfad der Haushaltstugend verlassen“ heißt es in der Pressemitteilung. Weiter wird ausgeführt: „Zusätzliche Steuereinnahmen sofort zur Absenkung der Nettokreditaufnahme“, „Ausgabewut der Regierungsfaktionen“. Es ist schon merkwürdig: Am letzten Tag der Haushaltsberatungen im Ausschuss hatten Sie noch die Höherstufung von zwei Rektoren von Verbundschulen gefordert.

(Lachen des Abg. Moser SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Jetzt wird es aber primitiv!)

(Dr. Stefan Scheffold)

Wir haben dann sämtliche Sachverständigen hinzugezogen, Herr Kollege Puchta. Wir haben Ihnen alles erklärt, und Sie haben trotzdem an dieser Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit festgehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, sparsam zu sein. Aber wir wollen auch dort investieren, wo wir einen Mehrertrag für das Land erwarten. Wir haben hier an dieser Stelle schon häufiger darüber gesprochen, dass wir in die Hochtechnologie investiert haben und dass wir dort zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben. Es gibt von Roman Herzog das Zitat, Laptop und Lederhose seien vereinbar. Das Zitat gilt für Bayern. Das kann nicht für Baden-Württemberg gelten. Aber es kann nur deshalb nicht für Baden-Württemberg gelten,

(Zuruf Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

weil wir keine Lederhosen haben, Herr Kollege Kuhn. Sie haben das richtig gesehen. Wir haben Laptops, aber keine Lederhosen. Aber es gibt kein Land in ganz Deutschland, das so sehr die Zukunftsfähigkeit und die moderne Technik mit Heimatverbundenheit und Tradition verknüpft wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Mein Gott, Walter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie machen den Menschen Angst vor der Zukunft.

(Abg. Brechtken SPD: Was? – Lachen bei der SPD)

Sie machen den Menschen Angst vor der Globalisierung. Sie reden ihnen die Gefahren der Zukunft ein. Sie sehen in Fusionen wie bei Mannesmann und Vodafone Gefahrenzeichen. Das ist nicht unsere Auffassung. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst, aber wir sagen ihnen auch: In der Globalisierung, in der neuen Technik, in der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und Industrie liegen Chancen, und wir werden sie darin unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir haben Erfolg. Erfolg haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt. Ich lese die jüngsten Daten. Das war ja vor wenigen Monaten noch ein großes Thema. Arbeitslosenquote Baden-Württemberg 6,3 %, Bayern 7,1 %. Dann kommen die großen Sprünge: Nordrhein-Westfalen 10,2 %, Bremen 14,2 %, Hamburg 9,9 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nicht nur richtig investiert, wir haben nicht nur die richtigen Entscheidungen getroffen, sondern wir haben auch Erfolg mit unserer Politik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Dank der Bundesregierung!)

Wir werden uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen. Wir bauen unsere Erfolge aus.

(Abg. Brechtken SPD und Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Der Verkauf der Anteile an der EnBW wurde von Ihnen heftig kritisiert.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Auch ein Erfolg, oder was?)

– Er war notwendig!

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bei diesem Erfolg hat es die Fraktion schier zerrissen!)

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert. Auf dem Energiemarkt wurde der Wettbewerb gesetzlich eingeführt. Wir waren gezwungen, auch unsere Beteiligung an der EnBW zu überprüfen. Hätten Sie sich doch das Zitat von Gustav Heinemann zu Herzen genommen:

(Abg. Brechtken SPD: Aha!)

„Wer nichts verändern möchte, wird auch das verlieren, was er bewahren wollte.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre die entscheidende Weichenstellung gewesen, als es für Sie darum ging, die Veräußerung der Anteile an der EnBW zu überprüfen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wann und wo hat Gustav Heinemann das gesagt, Herr Kollege?)

Der Kollege Maurer hat hier noch vor wenigen Tagen gesagt, die Steuerfreiheit von Beteiligungsverkäufen durch Unternehmen werde Realität. Er hat das als völlig problemlos dargestellt. Ich weiß nun, dass das vom Bundeskabinett so beschlossen worden ist. Aber ich weiß auch, welcher erheblicher Widerstand dem gerade von SPD-geführten Landesregierungen entgegengebracht wird. Nach einem Bericht des „Spiegels“ will das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen der geplanten Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen bei Beteiligungsverkäufen nicht zustimmen. So heißt es auch in der „Welt“ vom 31. Januar. Und im „Handelsblatt“ heißt es dieser Tage in ähnlicher Weise: Alle Zeichen deuten gegenwärtig darauf hin, dass Hans Eichel mit diesem Eckpunkt seiner Unternehmensteuerreform Schiffbruch erleiden wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Haben Sie heute Morgen schon das Frühstücksfernsehen gesehen? Um sechs Uhr aufstehen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin gespannt, wie sich das weiterentwickeln wird. Aber ungeachtet dessen ist es überhaupt nicht verständlich, dass Sie an der Regelung, die wir vorgenommen haben, Kritik üben. Die Aktien der EnBW befinden sich in der Landesholding. Wenn sie verkauft werden, kommt Geld in die Landesholding. Wenn dieses Geld aus der Landesholding ausgeschüttet wird, dann unterliegt es – ob Eichel oder nicht, ob Veränderung oder nicht – weiterhin der Steuerpflicht. Das wären nach unseren Berechnungen 400 Millionen DM. Insofern ist die Lösung, die wir vorgeschlagen und praktiziert haben, nämlich die Einbringung in eine Stiftung, richtig gewesen, und wir unterstützen sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das ist dann ja Steuerhinterziehung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Haushalt liegt nicht nur mit seinen Investitionen richtig, sondern er



(Dr. Stefan Scheffold)

ist auch richtig, was die Haushaltsfinanzierung anbelangt. Er ist solide. Die mittelfristige Finanzplanung weist eine stetige Verringerung aus: 1,9 Milliarden DM, 1,8 Milliarden DM und in den Jahren 2002/2003 1,5 Milliarden DM sowie 1,2 Milliarden DM als Vision und Ziel.

(Abg. Brechtken SPD: Welchen Korridor nehmen Sie davon? Sie nehmen den unteren? – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein Land die Nettokreditaufnahme einmal auf null zurückführen wird, dann wird es Baden-Württemberg sein, und kein anderes Bundesland wird dies vor uns erreichen.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Selbstverständlich.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken** SPD: Herr Kollege Scheffold, würden Sie mir zustimmen, dass Sie, wenn Sie künftig bei der mittelfristigen Finanzplanung einen Korridor von null bis 3 Milliarden DM einräumen würden, dann immer in dieser Art sagen könnten, Sie seien bereits auf null?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Vorsicht, Falle! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand von uns überlegt, einen solchen Korridor einzuführen. Es ist völlig töricht, so etwas überhaupt zu fragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch Vorsorge getroffen für die Haushaltsrisiken, die sich für uns anbahnen. Wir können darüber diskutieren, ob für eine Unternehmensteuerreform die 300 Millionen DM Vorsorge ausreichend sind. Wir können vielleicht auch darüber diskutieren, ob es notwendig ist, sie jetzt auszuweisen. Wir meinen, es ist notwendig.

Im Übrigen meint dies offensichtlich auch Finanzminister Heinrich Aller aus Niedersachsen, ein SPD-Mitglied, wenn ich es richtig weiß. „Das Jahr 2001 wird das Jahr der haushaltspolitischen Wahrheit werden – für uns und für andere Bundesländer“, heißt es im „Handelsblatt“ vom 8. Februar 2000. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten sich vielleicht mehr mit Ihren Parteifreunden auseinandersetzen. Wir in Baden-Württemberg haben mit Sicherheit eine richtige Entscheidung getroffen, indem wir die Haushaltsrisiken in diesem Haushalt berücksichtigt und dafür Vorsorge getroffen haben.

Ich will mich auch mit Ihnen auseinander setzen, Herr Kollege Kuhn. Sie haben vor wenigen Tagen hier im Landtag gesagt, in der Finanzpolitik stecke die Wahrheit in den Zahlen. Auch das ist im Übrigen eine Behauptung, die – gelinde gesagt – falsch ist. In den Zahlen allein steckt nie die Wahrheit.

(Abg. Brechtken SPD: Ach was!)

Die Wahrheit steckt immer in der Bewertung der Zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Sie haben gesagt, die Nettoneuverschuldung des Jahres 1992 sei mit 1,95 Milliarden DM genauso hoch gewesen wie die geplante des Jahres 2000 mit 1,9 Milliarden DM. Sie haben aber nicht gesagt, dass es sich bei der genannten Neuverschuldung 1992 um das Haushalts-Istergebnis gehandelt hat. Das Haushalts-soll waren damals noch 2,5 Milliarden DM. Das heißt, im ersten Haushalt, den Ministerpräsident Teufel zu verantworten hatte, wurde bereits gespart.

Im Übrigen ist es, schon im Hinblick auf die Inflation, nicht seriös, die Zahlen des Jahres 1992 mit denen des Jahres 2000 zu vergleichen. Seriös wäre es aber gewesen, Herr Kollege Kuhn, wenn Sie die Kreditfinanzierungsquote der beiden Jahre verglichen hätten. Dann hätten Sie festgestellt, dass der Haushalt des Jahres 1992 noch mit 4,0 % über Kredit finanziert wurde, der Haushalt des Jahres 2000 dagegen nur mit 3,2 % über Kredit finanziert wird. Wir liegen also deutlich darunter: Es wird um 25 % weniger über Kredit finanziert. Das ist eindeutig ein seriöses Zeichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Wir von der CDU-Fraktion begrüßen diesen Haushalt. Wir halten ihn für ausgewogen und für gut. Wir begrüßen die getroffenen Entscheidungen.

Ich darf Sie noch auf einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion hinweisen, dessen Begründung Sie dem Antrag selbst entnehmen können. Es geht um die vollständige Einzahlung des Stiftungskapitals der Denkmalstiftung. Das wird in den Jahren 2000/01 jeweils mit 1 Million DM über die Erhöhung des Wettmittelfonds gedeckt. Ich darf Sie um Zustimmung bitten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Doppelhaushalt 2000/01 scheint mir in diesem Hause deswegen besonders umstritten zu sein, weil er der Haushalt ist, der finanzpolitisch das neue Jahrtausend eröffnet. Deshalb ist seine Weichenstellung von besonderer Bedeutung. Bei dieser grundsätzlichen Weichenstellung geht es um die Frage, wie wir mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, das wir verwalten, zukünftig umgehen.

Während die Datumsumstellung zum 1. Januar 2000 noch relativ gut gelungen ist und auch die vorhergesagten Computerpannen zum Großteil zum Glück ausgeblieben sind, können wir von der SPD-Fraktion dem Doppelhaushalt 2000/01 auch und gerade nach den Beratungen im Finanzausschuss keine Millenniumstauglichkeit bescheinigen.

(Dr. Puchta)

Der Landtagspräsident und in der zweiten Lesung auch Herr Oettinger hat gerügt, dass ich als Ausschussvorsitzender bei der Bewertung dieses Haushaltsplans das gebotene Maß an Neutralität und Zurückhaltung hätte vermissen lassen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, sicherlich kann man über die eine oder andere Wortwahl unterschiedlicher Meinung sein, doch wollte ich bewusst Aufmerksamkeit erregen, und dies scheint mir auch gelungen zu sein.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ja!)

Mir ging es um Aufmerksamkeit nicht um der Aufmerksamkeit willen,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Sondern?)

sondern aus der tiefen Sorge heraus, dass der Sparkurs der Neunzigerjahre nun wieder verlassen wird und ein Rückfall in die alte Späth'sche unsolide Haushaltspolitik zu befürchten ist. Nicht nur, dass hinter vorgehaltener Hand auch CDU-Finanzpolitiker sagen, sie wären bei diesen Haushaltsberatungen lieber Mitglied der Oppositionsfraktionen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bitte schön!)

Ich brauche hier denunziatorisch überhaupt keine Namen zu nennen,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Namen!)

denn der ehemalige Finanzminister Mayer-Vorfelder kam in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu genau dem gleichen Ergebnis wie ich: Dies ist kein Sparhaushalt.

Die Frage der „Stuttgarter Nachrichten“ lautete:

Ihnen wird zur heutigen Finanzpolitik der Satz zugeschrieben: „Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt.“

Mayer-Vorfelder wörtlich:

Stimmt. Das habe ich in der Fraktion gesagt. Das sage ich auch öffentlich. Man könnte den Sparkurs konsequenter fortsetzen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Vor diesem Hintergrund wollte ich eigentlich Herrn Oettinger, wenn er anwesend gewesen wäre, auch persönlich ausdrücklich Recht geben, denn das finanzpolitische Benchmarking der Jahre 1991 bis 1998 kann sich sehen lassen. In schwierigsten Zeiten sinkender Steuereinnahmen haben wir über eine weite Strecke gemeinsam dafür gesorgt, dass der Landeshaushalt finanzpolitisch nicht aus dem Ruder lief. Umso mehr schmerzt es nun, dass die CDU-FDP/DVP-Regierung in Zeiten wieder steigender Steuereinnahmen die tatsächliche Nettokreditaufnahme nahezu verdoppelt.

Herr Kollege Dr. Scheffold, Sie haben vorhin das untere Ende Ihrer Spreizung der mittelfristigen Finanzplanung genannt. Wenn man aber Ihre dort ebenfalls erwähnten Zahlen genau anschaut, dann haben Sie zwar im Jahr 1999 rund 1 Milliarde DM zusätzliche Schulden gemacht, aber Ihre Planzahlen lauten für das Jahr 2000 1,9 Milliar-

den DM neue Schulden – übrigens ohne die Einlage bei der Landesbank –, für 2001 1,83 Milliarden DM, für 2002 bis zu 2,33 Milliarden DM und für das Jahr 2003 bis zu 2,03 Milliarden DM. Dies bedeutet: Ihre Sollzahlen der Neuverschuldung für die nächsten vier Jahre liegen im Schnitt mehr als doppelt so hoch wie die Istzahlen des vergangenen Jahres. Spätestens an dieser Stelle muss jeder neutrale Beobachter zu dem Ergebnis kommen: Hier kann von Haushaltskonsolidierung keinerlei Rede sein.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Das Fatale an dieser Situation ist: Sie haben allein im vergangenen Jahr rund 1 Milliarde DM mehr an Steuern eingenommen, weil die Bundesregierung endlich die Steuer-schlupflöcher geschlossen hat, die die FDP für ihre Klientel über Jahrzehnte hinweg mit Zähnen und Klauen verteidigt hatte. Wir hatten einen Landtagsbeschluss, wonach zusätzliche Steuereinnahmen zur Verringerung der Nettokreditaufnahme verwendet werden müssen. Sie halten sich nicht einmal an Ihre eigenen Beschlüsse! So Ernst ist es Ihnen mit Ihrer Sparpolitik.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Nun ein persönliches Wort zu Ihnen, Herr Finanzminister:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Nachdem die CDU über viele Jahre hinweg keine Steuerreform hingebracht hatte,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Was? Der Bundestag hatte doch eine Steuerreform beschlossen!)

ziehen Sie durch das Land und beklagen, die von Eichel beabsichtigte größte Steuerreform aller Zeiten mit einer Entlastung um 44 Milliarden DM sei noch zu wenig.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist eine Geschichtsklitterei! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich! Unglaublich, was Sie da sagen!)

Wenn Sie in dieser Frage nach der Entwicklung in der Vergangenheit nur ein bisschen Glaubwürdigkeit – –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich, was Sie da sagen!)

– Herr Scheffold, bitte! Sie können sich ja mit einer Zwischenfrage zu Wort melden. Aber dieses Hineinblöken bringt wirklich nicht viel.

(Unruhe – Abg. Hehn CDU: Wenn Sie so einen Käs daherschwätzen!)

Also, Herr Finanzminister, wenn Sie in der Frage der Steuerreform, des Steuersenkens, nur ein bisschen Glaubwürdigkeit demonstrieren wollen, dann fordere ich Sie auf: Gehen Sie mit gutem Beispiel voran, und sagen Sie, welche Landessteuern Sie verringern wollen oder ganz abschaffen wollen.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Puchta, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Scheffold?

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Ja. Es freut mich, dass sie sofort kommt.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Scheffold.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU:** Nachdem Sie eine Zwischenfrage angefordert haben, Herr Kollege Puchta: Wollen Sie bestreiten, dass der Bundestag seinerzeit mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP eine Steuerreform beschlossen hat?

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Ich kann mich noch daran erinnern, dass damals das Wehklagen in allen Ländern sehr groß war, weil die Gegenfinanzierung in keiner Weise gesichert war. Das ist der wesentliche Unterschied zu dieser Steuerreform.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Konzept der Bundesregierung werden auch die Bürgerinnen und Bürger jährlich pro Kopf um durchschnittlich 3 000 DM entlastet.

(Unruhe – Abg. Hehn CDU: Und wie ist die Gegenfinanzierung? – Abg. Haasis CDU: Thema verfehlt! – Weitere Zurufe)

Herr Finanzminister, marschieren Sie mit einer Bundesratsinitiative voraus, und schlagen Sie zum Beispiel die Abschaffung der Steuerarten auf Landesebene vor, bei denen der Erhebungsaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag der Steuer steht wie zum Beispiel bei der Sportwettsteuer, den Rennwettsteuern oder der Totalisatorsteuer. Aber auch die Biersteuer ist ein überkommenes Relikt, wenn man bedenkt, dass das Bier in Baden-Württemberg pro Jahr mit 125 Millionen DM besteuert wird, der Wein hingegen steuerfrei ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Daran erkennt man, dass keinerlei Steuersystematik vorhanden ist. Gehen Sie deshalb nicht immer auf den Bund los, sondern gehen Sie mit gutem Beispiel bei den Landessteuern voran! Denn hierfür sind Sie verantwortlich, und hierzu können Sie eine Bundesratsinitiative ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, nicht nur auf der Einnahmeseite sind Sie der Finanzminister, der die besten Verhältnisse seit mehr als zehn Jahren vorfindet. Auch auf der Ausgabenseite müssten Sie nur die Steilvorlage von Hans Eichel umsetzen. Denn das Zukunftsprogramm von Bundesfinanzminister Eichel wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr wohl verstanden. Sein Sparkurs wird gesellschaftlich akzeptiert, und das hohe Ansehen, das sich Eichel innerhalb weniger Monate erworben hat, zeigt: Bei den Bürgern ist die Bereitschaft zum Sparen vorhanden.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich muss dabei immer wieder deutlich werden, wofür wir sparen, nämlich um die soziale Gerechtigkeit in un-

serer Gesellschaft auch morgen durch einen handlungsfähigen Staat garantieren zu können. Wir brauchen für unsere Kinder nicht nur eine solide Ausbildung und eine halbwegs intakte Umwelt, sondern wir haben auch die Pflicht und Schuldigkeit, ihnen die Möglichkeit der finanzpolitischen Selbstbestimmung zu erhalten.

Es muss in das Bewusstsein der Menschen hinein: Nur ein sparsamer Staat kann auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit garantieren. Das Traurige ist: Sie machen nicht weiter wie in den Neunzigerjahren, sondern Sie machen einen Salto mortale zurück in die Zeiten des Späth'schen Ausgabenabsolutismus.

(Beifall bei der SPD)

Statt nun, wo die Wachstumsraten zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt wieder, übrigens auch – ich betone ausdrücklich: auch – aufgrund der richtigen Vorgaben aus Berlin, mehr als 3 % betragen werden, in dieser Situation die Staatsverschuldung zurückzuführen, erhöhen Sie sie sogar noch, wie ich vorhin bei der Nettokreditaufnahme gezeigt habe. Das heißt, Sie haben Ihre Hausaufgabe nicht gemacht, Sie haben nicht einmal das kleine Einmaleins der antizyklischen Finanzpolitik umgesetzt. Finanzwissenschaftler sagen, dass der Crowding-out-Effekt einer permanenten öffentlichen Kreditnachfrage zu einem zu hohen Niveau der Realzinsen geführt hat. Dieses hohe Niveau der Realzinsen hat bei einem kleinen, vermögenden Teil in unserer Gesellschaft zu immer höheren Zinseinnahmen geführt, und dies auf Kosten all derjenigen, die die Zinsen bezahlen müssen.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, müsste doch etwas weniger Staat gerade Ihnen entgegenkommen. Wenn der Staat nicht permanent als Kreditnachfrager am Kapitalmarkt überproportional auftritt, hilft dies, die Realzinsen zu senken. Das ist gut für die Häuslebauer in unserem Land, das ist gut für die Klein- und Mittelbetriebe, die sich Fremdkapital für Investitionen besorgen müssen, und das ist gut für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

Selbst wenn ich Sie nicht davon überzeugen kann, dass es zur Eichel'schen Sparpolitik in prosperierenden Zeiten keine Alternative gibt, vielleicht bringt Sie dann der ehemalige Leiter der Planungsgruppe im Konrad-Adenauer-Haus, Warnfried Dettling, zum Nachdenken. Dettling lobt die Steuer- und Sparpolitik der Bundesregierung als eine andere soziale Philosophie für das 21. Jahrhundert und attestiert ihr: „Erstmals wurde bei der sozialen Frage die Zukunft mitbedacht. Meine Damen und Herren, dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.“

Was die Kontinuität und die Verlässlichkeit der CDU-Haushaltspolitik anbetrifft, habe ich hier ein Flugblatt der CDU-Fraktion, bei dem ein Bild von Herrn Oettinger wie folgt untertitelt ist: „Haushaltspolitik für das kommende Jahrhundert!“ Wir wären eigentlich froh gewesen, wenn Sie hier wenigstens Ihre Hausaufgaben für die nächsten beiden Jahre richtig gemacht hätten.

(Abg. Wieser CDU: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht! Das wissen Sie!)



(Dr. Puchta)

Ja, ich bin noch bescheidener, Kollege Wieser: wenn Sie wenigstens für dieses Jahr ein Zahlenwerk vorgelegt hätten, das nicht bereits vor der Auslieferung das Prädikat „Altpapier“ verdient hätte. Ich zitiere aus Ihrer Broschüre:

Der Haushalt ist so weitsichtig angelegt, dass aller Voraussicht nach im kommenden Jahr kein Nachtragshaushalt nachgeschoben werden muss.

(Lachen bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann  
SPD: Papier ist geduldig!)

So weit das Zitat, publiziert vor vier Monaten. Bereits im letzten Monat haben Sie einen Nachtrag für den Herbst angekündigt. So viel zum Thema „Verlässlichkeit und Planbarkeit“.

(Beifall bei der SPD)

Herr Scheffold, Sie haben mir vorgeworfen, der Ausdruck „Ausgabenwut“ sei verfehlt. Während das SPD-Konzept abschließend – ich betone: abschließend – unsere Ausgabenvorstellungen für die Jahre 2000 und 2001 umfasst, stellt Ihr jetziger Haushaltsentwurf von CDU und FDP/DVP nur einen Teil Ihrer Ausgabenwünsche dar. Selbst hier sind wir der Meinung, dass Sie in Ausgaben schwelgen, die völlig unnötig sind, wie zum Beispiel die 30 Millionen DM für die Imagekampagne, das Festhalten am Standortbeauftragten, die Weigerung, die Ämter für Flurneuordnung und das Vermessungswesen zusammenzulegen, und schließlich die völlig unnötige Schuldendiensthilfe für den Stuttgarter Flughafen.

Aber das Entscheidende ist: Sie wollen ja im Nachtrag 1 Milliarde DM zusätzlich unters Volk streuen und auch die Erlöse aus der „Erwin-Teufel-Stiftung“ als Volksbeglückungsprogramm ausgeben. Dies kann ich unter wahlkampfstrategischen Überlegungen nachvollziehen, aber mit einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik hat dieses Verhalten nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allen Auseinandersetzungen im Detail geht es mir um die große Linie. Konsolidieren wir wirklich? Sparen wir wirklich? Ändern wir die Richtung der Finanzpolitik nachhaltig? Diese Fragen kann man nur vom Ende her beantworten. Man muss schauen, was hinten rauskommt.

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Heiße Luft!)

Am 1. Januar dieses Jahres betragen die Landesschulden 59,6 Milliarden DM. – Jetzt hören Sie zu; das sind Zahlen und Fakten.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

59,6 Milliarden DM! Nach dem Entwurf der Landesregierung werden sie bis zum 31. Dezember 2001 63,3 Milliarden DM betragen. Nach dem finanzpolitischen Konzept der SPD-Fraktion betrügen die Schulden am 31. Dezember 2001 hingegen nur 58,8 Milliarden DM.

(Abg. Wieser und Abg. Hans-Michael Bender  
CDU: „Nur“!)

Dies bedeutet: Nach dem Konzept der SPD hätten wir am 31. Dezember 2001 800 Millionen DM weniger Schulden als zu Beginn dieses Jahres, und wir hätten 4,5 Milliarden DM weniger Schulden, als die Planungen der Landesregierung vorsehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Wir werden jetzt alle SPD-Anträge prüfen, Herr Kollege!)

Egal, mit welchen Maßnahmen im Einzelnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist der Kern unserer Botschaft: Die Regierung erhöht die Schulden auch in diesen wirtschaftlich guten Zeiten, während die SPD in konsequenter Verfolgung der Eichel-Linie und in Kontinuität unserer Regierungsbeteiligung hier in diesem Lande erstmals tatsächlich Schulden abbauen würde. Das ist der Kern.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ich sage nur „Altersteilzeit“!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte in dieser dritten Lesung versuchen, ein Fazit zu ziehen, weil wir viele Tage im Ausschuss wie auch hier im Plenum über Einzelheiten des Haushalts diskutiert und gesprochen haben.

Das erste Fazit, das ich für meine Fraktion aufgrund von Zahlen, auf die ich noch einmal eingehen werde, Herr Kollege, ziehen möchte, ist, dass die Regierung Teufel den Konsolidierungskurs, den es Mitte des Jahrzehnts wirklich gegeben hat, mit diesem Doppelhaushalt endgültig abgebrochen hat. Ich habe schon die Zahlen zitiert: 1992 1,95 Milliarden DM Nettoneuverschuldung, 2000 1,9 Milliarden DM. Man kann natürlich sagen, eine solche Zahl erfahre bei unterschiedlichem Haushaltsvolumen eine unterschiedliche Bedeutung. Aber ich möchte doch eines deutlich machen: Wie die Regierung arbeitet, wird an nichts klarer als an der Art und Weise, wie sie bei den verschiedenen mittelfristigen Finanzplanungen die Eckpunkte variiert und die Begründungen verändert.

Wir hatten in der mittelfristigen Finanzplanung von 1996 bis 2000 für die Nettoneuverschuldung im Jahr 2000 eine Veranschlagung in Höhe von 750 Millionen DM. Als dann 1997 und 1998 die Steuereinnahmen aufgrund einer falschen Steuerpolitik in Bonn abgebrochen sind – –

(Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich, die Sonder-AfA Ost hat bei der veranlagten Einkommensteuer zu massiven Einbrüchen geführt. Das können Sie doch nicht abstreiten, wenn Sie die Fakten kennen.

(Abg. Wieser CDU: Sie sprechen wie Lafontaine!  
– Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Als diese Einnahmen so massiv zurückgegangen sind, hat man diese Neuverschuldung auf über 2 Milliarden DM erhöht. Als dann 1999 die Einnahmen wieder massiv gestie-

(Kuhn)

gen sind, hat man es bei über 2 Milliarden DM belassen, um dann um 300 Millionen DM auf 1,9 Milliarden DM zurückzugehen, was man dann als Konsolidierung verkauft hat.

Da frage ich doch: Warum sind Sie, wenn Sie ehrlich wirtschaften und ehrliche Pläne aufstellen, bei dem deutlichen Plus der Steuereinnahmen nicht wieder auf die 750 Millionen DM Nettoneuverschuldung für 2000 heruntergegangen, die Sie ursprünglich veranschlagt hatten? Darin, wie Sie hier mit den Zahlen umgegangen sind, wird ganz deutlich, dass Ende 1999 in der Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg ein Kurswechsel weg von der Konsolidierung stattgefunden hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann dies ganz einfach personifizieren. Im Vergleich zum „Sparrambo“ Mayer-Vorfelder ist Herr Stratthaus, was das Sparen angeht, eher eine Art Schatten-Parker, um das unparlamentarische Wort „Weichei“ hier nicht zu benutzen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des Bündnisses 90/  
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wer bei den starken Einnahmen, die wir gegenwärtig haben, die vorgesehene Nettoneuverschuldung pro Haushaltsjahr nur um 300 Millionen DM senkt, hat meines Erachtens den Anspruch auf Konsolidierung verloren.

Wenn man jetzt den Haushalt anschaut und in seiner Gesamtheit wägt, muss man natürlich einmal auf die Haushaltsrisiken eingehen, die in dem Haushaltswerk in längeren Zeiträumen stecken. Ich will zuerst den Anstieg der Versorgungslasten nennen, der vor uns liegt. Wenn man diese Zahlen kennt, wird man die Frage, wann wir zu einer Nettoneuverschuldung von null oder gar zu einer Schuldentrückzahlung kommen, ganz anders diskutieren.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Zwei Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Im Jahr 2000 betragen die Versorgungslasten des Landes 4 Milliarden DM; im Jahr 2010 werden sie 7,9 Milliarden DM betragen. Das ist eine Verdoppelung innerhalb der nächsten zehn Jahre. Das heißt, wir müssten jetzt einen Haushalt verabschieden, der die Neuverschuldung wirklich nach unten fährt. Ob wir das in sechs oder sieben Jahren schaffen, ist allein wegen der Versorgungslasten keine fiktive, abstrakte Sommerlochdiskussion, sondern eine für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg entscheidende Diskussion.

(Abg. Moser SPD: Das ist richtig!)

Nehmen Sie ein anderes Haushaltsrisiko. Sie haben sich ja angewöhnt, im Rahmen der „Finanzierungsgesellschaft öffentliche Bauten“ immer mehr Baumaßnahmen sozusagen auf Kredit zu finanzieren. Das gilt für das Behördenbauprogramm, das gilt für das Bauprogramm Forschungsförderung, Emissionsschutz, Nachfolgebelegung militärischer Liegenschaften, und es gilt insbesondere für das Sonderprogramm Straßenbau.

Wir haben in diesen Bereichen einen Finanzierungsaufwand von 258,4 Millionen DM im Jahr 2000 und von 286,4 Millionen DM im Jahr 2001. Diesem Finanzierungsaufwand stehen aber schon Schulden von insgesamt 4 Milliarden DM gegenüber, wenn ich alles addiere. Das heißt, auch hier steckt ein Zukunftsrisiko im Haushalt.

Wenn man Stuttgart 21 nimmt, wo man auch, wenn man alles zusammennimmt und die mögliche Vorfinanzierung der Bahnstrecke Stuttgart – Ulm hinzunimmt, bei über 2 Milliarden DM liegt, und wenn man die Messe mit 275 Millionen DM nimmt – das alles ist ja noch nicht Teil des Haushalts, ist aber für die Regierung eine beschlossene Sache –, sieht man, welche zusätzlichen Risiken sich in dem Haushaltswerk für das Land Baden-Württemberg insgesamt befinden.

Da reden Sie, Herr Kollege, von der Steuerreform in Berlin. Ich kann Ihnen nur sagen: Die 44 Milliarden DM, um die die Steuerzahler in einem längeren Zeitraum netto entlastet werden, sind nach meiner Überzeugung, selbst wenn man auf eine gute Selbstfinanzierung hofft, was wir tun, das, was man gerade noch verantworten kann. Aber das, was Sie vorgeschlagen haben, müssen Sie sich einmal wirklich in Zahlen vorstellen.

Die Vorschläge unterscheiden sich vor allem beim Spitzensteuersatz. Die Regierung in Berlin will einen Spitzensteuersatz von 45 %, Sie wollen einen von 35 %.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Beim ganzen  
Tarif!)

Die zehn Prozentpunkte Unterschied machen aber eine zusätzliche Nettoentlastung um 30 Milliarden DM aus, die Sie bislang – zumindest in öffentlichen Vorschlägen – nicht finanziert haben. Das heißt im Klartext: Was Sie vorschlagen, würde für das Land Baden-Württemberg, weil die Einkommensteuer zu 42,5 % eine Ländersteuer ist – es gibt auch einen hohen kommunalen Anteil –, eine erhebliche zusätzliche Last bedeuten. Das müssen Sie dazusagen, wenn Sie darüber so blauäugig sprechen und sagen, die Vorschläge der Bundesregierung seien halbherzig oder nicht mutig genug.

Übrigens eine kurze Bemerkung zum Mittelstand. Ich glaube, Sie liegen da falsch. Dass die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angerechnet werden kann, stellt eine deutliche Entlastung des Mittelstands dar. Das gilt übrigens auch für den Vorschlag, den Eingangssteuersatz jetzt doch auf 15 % zu senken. Diejenigen, die bisher bei einem Steuersatz von unter 25 % liegen – das sind viele Handwerksbetriebe –, profitieren also von der Entlastung beim Eingangssteuersatz noch einmal zusätzlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da müssten Sie noch einmal ein bisschen genauer ran, Herr Kollege, wenn Sie kritisch darüber reden wollen.

Ich will kurz etwas zur Alternative sagen, Herr Finanzminister, die es ja auch gegeben hat. Das hat meine Fraktion in ihren Haushaltsanträgen beschrieben. Wir haben, obwohl wir zusätzliche Investitionsschwerpunkte bei Ökologie und Schule, zum Teil auch bei Familie, gesetzt haben,

(Kuhn)

beantragt, in den beiden Haushaltsjahren zusätzlich 127 Millionen DM zum Zurückzahlen der Schulden zu verwenden. Da wir den EnBW-Erlös mit 2 Milliarden DM sofort zur Rückzahlung verwenden wollen, könnten wir ab dem Haushaltsjahr 2001 jährlich 120 Millionen DM zusätzlich zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwenden. Ein wichtiger Punkt bei unseren Haushaltsvorschlägen – darin unterscheiden wir uns von den Kolleginnen und Kollegen von der SPD – ist: Wir wollten diese 120 Millionen DM Jahr für Jahr zur weiteren Absenkung der Nettoneuverschuldung nehmen und haben dies rechnerisch ausgewiesen.

Übrigens, Herr Teufel: In zehn Jahren bedeutete der Weg, den wir gehen wollen, dass wir über die Zinseszinsseffekte, die mit den 120 Millionen DM verbunden sind, zusätzlich 1,58 Milliarden DM Zinsbelastung vermieden und dass wir damit also nochmals zusätzlich um diesen Betrag weniger Schulden hätten. Da kann ich für meine Fraktion nur an die Landesregierung gerichtet sagen: Konsolidieren, meine Damen und Herren, lohnt sich real im Haushaltsergebnis in den nächsten Jahren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der auch die Schulministerin mit betrifft. Wir werden ja mit diesem Doppelhaushalt eine Art Abschied von den bisherigen Haushaltsberatungen haben, weil mit den Globalbudgets, die wir einführen, Haushaltsberatungen in der Zukunft ganz anders aussehen werden. Wir müssen über Kennziffern sprechen, wir müssen Evaluationsberichte untersuchen, und das Verhältnis von Finanzausschuss und Fachausschüssen wird sich verändern. Wir müssen nur noch festlegen, wie groß das Budget sein wird und anhand welcher Kriterien, Raster und Überlegungen wir dies als Landtag dann richtig bemessen wollen.

Ich mahne übrigens an, dass wir alle im Landtag uns auch in diesem Sinne auf den nächsten Doppelhaushalt vorbereiten, weil dies eine Veränderung und letztlich auch eine Weiterbildung der Finanzpolitik und der politischen Arbeit in diesem Haus notwendig macht. Ich rege an, bei allen Fraktionen einmal gemeinsam darüber nachzudenken, wie man dies am besten tun kann. Noch einmal die klare Botschaft: Das war der letzte Haushalt, der so beraten werden kann wie der, den wir diesmal haben.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir haben bei den Hochschulen positive Beispiele für die Budgets, denen wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch ausdrücklich zugestimmt haben. Ich finde es aber interessant, Herr Teufel, dass wir in diesem Bereich zunehmend budgetieren, aber die Konsequenzen bei der Administration auf Ministerialebene eigentlich noch nicht gezogen haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt noch!)

– Ja, dann machen wir aber mal! – Ich kann nicht verstehen, dass die Verantwortung nach unten gegeben werden soll – was richtig ist –, gleichzeitig aber oben weiterhin der

gleiche Vollzugsaufwand bestehen soll. Sie können niemandem erzählen, dass so eine Dezentralisierung vorgenommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann will ich einen Punkt ansprechen, der die Schulen angeht. Ich finde, dass wir mit diesem Prozess der dezentralen Verantwortung im Finanziellen, aber auch im Inhaltlichen vor unserem Schulwesen nicht Halt machen dürfen. Es ist absolut falsch, überall mit neuen Managementmethoden und anderen neuen Methoden effektivere Arbeit erreichen zu wollen, es aber bei der Schule nach wie vor so gehen zu lassen, wie es immer gegangen ist, weil man da nichts ändern will. Deswegen, Frau Ministerin Schavan, glauben wir, dass die Schulen autonomer werden müssen, und zwar nicht nur in bestimmten Detailfragen, die sie jetzt halt zusätzlich zum Alten selbst entscheiden können, sondern sie müssen prinzipiell autonomer werden. Wir meinen, dass in der nächsten Zeit auch Budgets für die Schulen, und zwar sowohl was Sachmittel als auch was Stellen betrifft, eingeführt werden müssen, sodass die Schulen selbst entscheiden – auch darüber, welche Lehrer sie einstellen

(Abg. Wieser CDU: Und entlassen!)

und welche Schwerpunkte sie zusätzlich zu den Rahmenlehrplänen setzen, damit Flexibilität und letzten Endes auch ein gewisser Wettbewerb zwischen unseren Schulen Markenzeichen des baden-württembergischen Schulwesens insgesamt werden können.

Natürlich müssen die Schulen selbst Lehrer einstellen können. Das geht übrigens nur, wenn die Lehrer Angestellte sind. Damit sind wir bei einer Frage, die Sie ja anscheinend sehr bedrückt.

(Abg. Wieser CDU: Oh, Herr Kuhn! Darüber haben Sie noch nicht richtig nachgedacht!)

Ich glaube, dass die Qualität unserer Schulen von einem Lehrerarbeitsmarkt, den wir ja gar nicht haben – wir haben eine sozialistische Bewirtschaftung von Lehrerstellen, aber keinen Arbeitsmarkt –, de facto und realiter nur profitieren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube auch, dass ein gewisser Wettbewerb unter den Schulen nur im Interesse der Beschäftigten sein kann, weil er Frust aus den Schulen herausnimmt und im Interesse der „Kunden“, nämlich der Kinder und der Eltern, liegt, die ja von unserem Schulsystem insgesamt profitieren sollen.

(Abg. Wieser CDU: Sie lade ich mal an meine Schule ein, da können Sie diskutieren!)

Deswegen mache ich weitere Vorschläge. Warum legen wir zum Beispiel nicht die Verwaltung von Schulen in die Hand von Leuten, die dafür, nämlich für die Managementfunktion, ausgebildet sind? Warum sind wir so dumm, die am besten ausgebildeten Pädagogen für das herzunehmen, was sie gerade nicht mehr können, nämlich die Verwaltung von Schulen?



(Kuhn)

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir schlagen also vor: kaufmännisch klar strukturierte Verwaltung der Schulen und die Pädagogen zur pädagogischen Leitung der Schulen, aber dafür, wofür sie zuständig sind und wovon sie auch wirklich etwas verstehen.

Ich glaube auch, dass sich Schulen, die einzelne Budgets haben, die selbst verantwortlich sind, bei bestimmten neuen Themen innovativer verhalten können, weil sie freier sind. Ich will ein Beispiel nennen, das Thema Multimedia an den Schulen. Das geht jetzt nach dem Muster: Jede Schule soll ihre Computer haben, Laptops in die Grundschule usw. Das ist alles recht und gut. Aber was damit geschieht, ob sich dadurch der Unterricht verändert, das ist eigentlich kein breites Thema.

Ich behaupte: Wenn Schulen selbstständig ihre Budgets haben, dann werden sie sehr schnell die Frage stellen: Wie viel Unterricht können wir mit den neuen Technologien machen? Wie viele Lehrer werden dadurch entlastet für eigentliche pädagogisch innovative Arbeit? Wir werden dann nicht die Struktur haben, dass alle nebeneinander das Gleiche machen, obwohl neue Informationstechnologien den Kindern zum Beispiel bei der Rechtschreibung, zum Beispiel beim Rechnen natürlich sehr viel helfen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Wer entscheidet das denn jetzt, Herr Kollege?)

– Herr Wieser, ich verstehe ja, dass Sie ein Mann des alten Schulsystems sind. So sehen Sie aus. So haben Sie immer gewirkt. Das ist doch ganz logisch.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Mühlbeyer CDU: Sprüchemacher!)

Aber wir sind halt für das neue Schulsystem, und das ist ein Unterschied, Herr Kollege Wieser.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des „Altlehrers“ Wieser?

(Allgemeine Heiterkeit)

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Das muss ich wohl. – Herr Wieser, bitte.

**Abg. Wieser** CDU: Herr Kollege Kuhn, wer entscheidet denn über die Deputatsnachlässe, über die pädagogischen Konzepte, die Sie vorgestellt haben: das Kultusministerium oder die Schulen vor Ort? Erklären Sie das mal dem erfahrenen „Altpädagogen“, der das seit 30 Jahren mit seinen Kollegen diskutiert.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Daran, wie Sie die Frage gestellt haben, merke ich – und deswegen bin ich für Ihre Frage dankbar –, dass Sie mich gar nicht verstanden haben.

(Abg. Wieser CDU: Das stimmt! Sie verstehe ich schon lange nicht mehr! – Unruhe)

Ich will es Ihnen erläutern. Ich schlage nicht vor, dass über ein paar zusätzliche Projektwochen dezentral an den Schulen entschieden wird, wie es die Ministerin vorhat.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben keine Ahnung!)

Ich sage, dass wir auch die Personalbewirtschaftung der Schulen, die Fragen, was sie mit dem Geld machen, wenn sie einstellen, an die Schulen dezentralisieren sollten.

(Abg. König REP: Aber ja nicht!)

Das ist ein anderes Konzept, als Sie es bisher im Land vertreten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Unwissenheit ist noch lange keine Innovation!)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen, Herr Wieser. Sie glauben doch nicht, wenn die Schulen selber entscheiden könnten, was sie mit den Mitteln machen, dass es sich Schulen vor Ort leisten würden, etwa beim Thema „Fremdsprachen an den Schulen“ so vorzugehen, wie es die Ministerin getan hat. Sie hat gesagt: „Wir führen die Fremdsprachen an den Schulen ein, ein Konzept kommt später, die Verwirklichung kommt auch später, wir sind noch nicht so weit.“ Selbstverständlich könnte sich keine Schule, die im Wettbewerb um „Kunden“ steht, um Kinder und Eltern, ein so leichtfertiges Herangehen leisten. Sie würde diskutieren: Wie können wir das machen? Dann würde sie es umsetzen, weil sie genau weiß, dass sie damit das Profil der Schule insgesamt verbessern kann.

(Abg. Wieser CDU: Sie fahren mit dem Fahrrad an der Schule vorbei, aber waren noch nicht drin!)

Ich kann gar nicht verstehen, Herr Wieser, dass Sie sich so gegen solche Vorstellungen wehren. In allen Bereichen der Gesellschaft, auch bei den Hochschulen, gehen Sie in Richtung mehr Selbstverantwortung der „Kunden“; nur bei den Schulen soll es so gehen, wie es immer gewesen ist. Ich glaube, da sind Sie insgesamt schief gewickelt.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Schluss und möchte für meine Fraktion noch einmal sagen: Es gibt keinen Grund, diesen Doppelhaushalt, den Sie heute wahrscheinlich mit Mehrheit verabschieden werden, noch unter das Prädikat „Konsolidierung“ fallen zu lassen. Es gibt guten Grund, wieder zur Konsolidierung zurückzukehren, weil sich die Haushaltsrisiken in den nächsten Jahren auf-türmen werden, allein über das Thema „Versorgungskosten im Jahr 2010“, und das baut sich ja langsam auf.

Es hat Vorschläge unterschiedlicher Qualität von der Opposition gegeben, wie man stärker konsolidieren kann. Sie sind diesen Wegen nicht gefolgt. Deswegen tragen Sie die Verantwortung für das, was heute verabschiedet wird. Sie müssen sagen, wie Sie in den nächsten Jahren Konsolidierungsziele erreichen wollen. Herr Kiel, Sie sind der Nächste, der reden darf. Ich bin gespannt, wann wir eine Netto-neuverschuldung von null erreichen.

(Abg. Wieser CDU: Jawohl, Herr Oberlehrer!)



(Kuhn)

Übrigens: Auch wenn die Konjunktur zurückgeht – nicht nur, wenn sie wächst –, müssen wir besser dastehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Du gehst einen schweren Gang, Fritz!)

**Abg. Kiel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kristallisiert sich wieder die Frage heraus: Ist der Doppelhaushalt nun ein Sparhaushalt, oder ist er es nicht? Ich meine, wer diese Frage korrekt beurteilen will, muss dafür zunächst einmal eine Grundlage bilden und einiges wissen.

Erstens: Ein Vergleich mit den Haushalten anderer Bundesländer zeigt: Der Haushaltsentwurf Baden-Württembergs kommt mit einer geringeren spezifischen Neuverschuldung aus als die Haushalte der anderen Länder.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kann auch sagen: Er ist solider als die Haushalte der anderen Länder finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Er ist darüber hinaus der einzige, der eine Vorsorge, von der eben so viel geredet worden ist, auch tatsächlich beinhaltet.

Herr Kuhn, an Ihrer Rede hat mich schon einiges gestört. Ich will das einmal zusammenfassen.

Sie fordern auf der einen Seite Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sagen darüber hinaus, dieser Haushalt berge gewaltige Risiken in sich.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Sie sagen zugleich, man müsse die Nettoneuverschuldung wesentlich herunterfahren – in größerem Umfang, als wir es schon getan haben.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist in sich nicht schlüssig. Man könnte dafür im parlamentarischen Raum sogar auch schärfere Geschütze auffahren. Das will ich mir ersparen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Meine Damen und Herren, Sparen heißt doch eigentlich, etwas, was man hat, nicht auszugeben, sondern auf die hohe Kante zu legen. Davon sind wir aber wirklich weit entfernt. So gesehen hat es in Baden-Württemberg seit 1972 keinen Sparhaushalt mehr gegeben.

(Zuruf des Abg. König REP)

Definiert man Sparen dagegen bescheidener mit einer geringeren Schuldaufnahme als bisher für die Bewältigung

vergleichbarer Aufgaben, dann kann dieser Haushalt sehr wohl auch als ein Sparhaushalt bezeichnet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Doch dieser Doppelhaushalt ist noch mehr als das. Er ist drittens ein Haushalt der Vernunft, der durch gezielte, sinnvolle Mehrausgaben heute höhere Mehrausgaben von morgen verhindert. Denn er versetzt nachfolgende Generationen in die Lage, den hohen und immer größer werdenden Anforderungen an die Arbeitswelt durch gute Bildung und Ausbildung gerecht zu werden.

Fest steht doch, meine sehr verehrten Damen, meine Herren: Es besteht, wie bereits 1999, auch in diesem Jahr die Chance – da bin ich mit Ihnen einig –, einen Kassenabschluss zu erreichen, der mit einer weitaus niedrigeren Kreditaufnahme als veranschlagt auskommt.

Der Nachtragshaushalt wird dies zeigen. Sie haben gerade gesagt, wir würden daran gemessen. Wir werden uns anhand des Nachtragshaushalts daran messen lassen, ob unsere Vorsorge richtig gewesen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, mit diesem vorsichtigen Haushalt besteht sogar Spielraum für die berechtigte Forderung Baden-Württembergs im Bundesrat nach einer weiter gehenden und gerechteren Steuerreform, als sie die Koalition in Berlin plant.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dazu will ich ein eklatantes Beispiel nennen. Doch vorab einige Anmerkungen.

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, wenn gesagt wird, Herr Kuhn – ich glaube, das kann ich hier einflechten –, die Budgetierung an den Schulen möge doch bitte erfolgen: Dies ist weiß Gott keine Angelegenheit des Kultusministeriums, sondern der Kommunen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Seit 1984 wird in Fellbach zum Beispiel dafür gesorgt, dass nicht nur die einzelne Schule

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– seit 1984 noch nicht – budgetiert ist, sondern dass das alle Schulen insgesamt sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Und die Schulkonferenzen entscheiden selber, welchen Anteil die Schulen kriegen müssen. Da ist die Adresse falsch, wenn Sie dort hinüberzeigen. Das haben die Kommunen zu entscheiden.

(Zurufe)

– Natürlich, ich sage nur: Ich weiß es zufällig, weil ich damals mit dem Regierungspräsidenten eine Diskussion darüber gehabt habe, dass wir die Ersten waren.

Noch ein paar Anmerkungen. Herr Pfister,

(Kiel)

(Abg. Pfister FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen. – Zuruf: Herr Pfister, Ihrem Kollegen zuhören! – Abg. Pfister FDP/DVP: Entschuldigung!)

erstens: Ich habe große Hochachtung vor den mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern, die bei persönlicher Haftung für ihre Familien und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hohe Verantwortung tragen.

Zweitens: Die angekündigte Steuerreform ist, zumindest was die Steuerhöhe anbelangt, ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Von Steuervereinfachung freilich ist noch nichts zu merken. Nein, das Steuerdickicht droht sogar noch dichter zu werden.

Drittens: Schade, dass im letzten Sommer der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck von den eigenen Genossen zurückgepfiffen wurde,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr schade!)

als er das an Klarheit und Wahrheit von keinem anderen Konzept zu übertreffende FDP-Modell mit Steuersätzen von 15 %, 25 % und 35 % in höchsten Tönen gelobt hat – er, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Der Mann ist gut! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der muss einen Sonnenstich haben!)

– Warte doch ab.

Ich füge hinzu: Schade auch, dass die letzte Bonner Koalition während ihrer Regierungszeit nicht rechtzeitig die Kraft aufgebracht hat,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist leider wahr!)

zu diesem großen Wurf zu kommen.

Viertens: Da ich selbst bereits 1985 einen Vorschlag zu einer weit gehenden Entlastung der Wirtschaft von der Gewerbesteuer vorgelegt habe, der übrigens jetzt von der Bundesregierung in gleicher Weise vorgesehen ist, kann ich schließlich heute, noch dazu als finanzpolitischer Sprecher der FDP/DVP, nicht erklären, das, was die in Berlin machten, sei alles falsch. Freilich, manches muss noch besser gemacht werden.

Dazu jetzt dieses Beispiel: Wenn die Absicht besteht, den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen für Kapitalgesellschaften steuerfrei zu machen, was durchaus sinnvoll und berechtigt sein kann, wäre es einfach schreiendes Unrecht, wenn es bei der vor etwa einem Jahr beschlossenen Vollbesteuerung der Veräußerungs- und Aufgabegewinne von Personen und Einzelunternehmen bliebe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Davon sind nämlich fast ausschließlich Familienbetriebe betroffen

(Abg. Pfister FDP/DVP: In Baden-Württemberg 90 %!)

– 90 % –, für die der Erlös aus dem Verkauf ihres Betriebs oder Büros einen Teil ihrer Altersversorgung darstellt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 7 % optieren!)

Es sollte ohne Finanzakrobatik möglich sein, die Einzelunternehmen in die gleiche Situation zu versetzen. Es wäre sonst wirklich nicht gerecht. Ich bin davon überzeugt, dass das im Bundesrat auch nicht durchgeht. Deshalb muss man es auch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade dieses Beispiel veranlasst mich zu einigen generellen kritischen Bemerkungen an die Wirtschaft, deren Verhalten den Staat nicht gleichgültig lassen kann. Da die FDP die Eigenverantwortlichkeit des leistungsfähigen Individuums ausdrücklich betont, sind wir wohl unverdächtig, der Staatsmacht übermäßig viel Gutes zuzutrauen. Wenn wir trotzdem der Auffassung sind, der Staat dürfe im Zeitalter globalen Wirtschaftens nicht alles so weiterlaufen lassen wie früher, muss ich dies natürlich begründen. Das will ich jetzt tun.

Im Augenblick, scheint mir, sind uns die auf das Gemeinwohl ausgerichteten Maßstäbe abhanden gekommen. Man sollte sich den kategorischen Imperativ Immanuel Kants noch einmal einprägen: Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte. Oder so ausgedrückt, wie es der Volksmund sagt: Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg auch keinem andern zu.

Ist es zum Beispiel richtig, dass insbesondere hoch qualifizierte – das bezweifle ich nicht –, aber eben doch nur angestellte, wenn auch höchstbezahlte Manager großer Konzerne den Sinn ihres Handelns nur im Shareholdervalue sehen? Ist es richtig, fast alles zu probieren und international zu riskieren, nur um möglichst keine Steuern und Abgaben zahlen zu müssen? Ist es richtig, auch dann, wenn es einem Konzern gut geht, einzelne, durchaus noch rentable Firmen ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schließen, nur um den Gewinn noch weiter zu steigern? Gilt die Auffassung von Hans Merkle, den ich auch persönlich sehr schätze, nicht mehr, der gesagt hat?: „Es kommt nicht nur darauf an, viel zu verdienen, sondern auch darauf, dem Gemeinwohl zu dienen.“ Oder gilt die Auffassung von Hermann Josef Abs nicht mehr, der gesagt hat?: „Gewinn ist gut, aber nicht alles.“

Wenn man schon mit beiden Augen nach Amerika schielt und mit einem Bein dort steht, dann sollte man sich überlegen, ob man das, was dort weit verbreitet ist, nicht auch bei uns einrichten kann, nämlich große Stiftungen, die nach allgemein gültigen Kriterien zum Beispiel Krankenhäuser sanieren könnten, den Breitensport in den Vereinen fördern könnten, sich der Kunst und Kultur oder der Wissenschaft auf breiter Front annehmen könnten. Eine unter Umständen notwendige Anpassung unseres Stiftungsrechts würde wohl schnell erfolgen, wenn entsprechende Signale aufgefangen werden könnten.

(Kiel)

Sind die Begriffe Solidarität – ich meine nicht Sozialmissbrauch – und Gerechtigkeit – ich meine nicht Gleichmacherei – nur noch für den Staat und die Kirchen gültig? Deshalb ist es so wichtig, meine Damen und Herren, dass sich die Politik das Heft des Handelns nicht von anderen aus der Hand nehmen lässt. Sie muss – wie Gräfin Dönhoff, ein liberales Urgestein, es formulierte – den Kapitalismus wieder zivilisieren. Auch dies bliebe im Übrigen nicht ohne Auswirkungen auf unseren Haushalt.

Ich bedanke mich zunächst bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den zurückliegenden Wochen haben wir im Finanzausschuss den Haushalt für die Jahre 2000/2001 intensiv beraten. Obwohl sich die Einnahmeseite des Landes deutlich verbessert hat, ist es der Landesregierung nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen oder zumindest den Versuch zu starten, dies zu tun.

Wenn ich davon spreche, dass wir den Haushalt intensiv beraten haben, dann möchte ich auch darauf zurückkommen, dass Herr Kuhn gerade eine große Rede gehalten hat, dass er bei den Beratungen im Finanzausschuss aber am seltensten von allen wirklich sichtbar war.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Es kommt einem schon komisch vor, wenn jemand, der dort nur hineingewählt, aber fast nie sichtbar ist, sich dann hier hinstellt und die größten Sprüche klopft – über andere, über sich selbst oder was auch immer. Herr Kuhn, vielleicht können Sie uns irgendetwas über den Rabatt für Vielflieger nach Berlin erzählen, aber Sie können uns niemals etwas darüber erzählen, was sich bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss abgespielt hat. Das können Sie nicht.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Puchta, dessen Kompetenz ich überhaupt nicht anzweifeln will, hat versucht, Werbung in eigener Sache für die SPD zu machen. Aber da muss ich schon sagen, lieber Herr Puchta, die rot-grüne Bundesregierung, mit der Sie Werbung gemacht haben, ist ein denkbar schlechter Werbeträger. Das sollten Sie nicht wieder tun.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, mit 4,3 Milliarden DM will sich die Landesregierung in den kommenden zwei Jahren neu verschulden. Baden-Württemberg sitzt, ob wir uns darüber im Klaren sind oder nicht, in der Schuldenfalle, und jeder Vergleich mit anderen Bundesländern, sei es das Saarland oder sei es Bremen oder welches Land auch immer, hinkt, weil zum Beispiel Bremen nicht unsere Schulden bezahlt, sondern am Ende bezahlen wir sie hier selber. Das muss maßgebend sein, wenn wir über so etwas beraten.

Meine Damen und Herren, die Zins- und Tilgungslast, die aus dieser hohen Verschuldung entsteht, wird kommende

Haushalte derart enorm belasten, dass der Handlungsspielraum der Politik auf null zurückgehen wird.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, darf ich bitten, die Gespräche im Saal einzustellen.

**Abg. Rapp REP:** Wenn Sie hier vom Sparhaushalt sprechen, Herr Finanzminister, möchte ich einmal versuchen, mit einem ganz leichten Beispiel klarzumachen, was Sparen und was Verschulden ist. Wenn Sie sparen wollen und Geld übrig haben zum Sparen, dann gehen Sie in der Sparkasse in die Sparabteilung. Der Finanzminister mit seinem so genannten Sparhaushalt muss aber in die Kreditabteilung gehen, und deshalb ist es ein Schuldenhaushalt und kein Sparhaushalt. Darüber sollten wir immer nachdenken.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben der Landesregierung mit 87 Änderungsanträgen ein Angebot vorgelegt, das die Nettoneuverschuldung auf die Hälfte reduziert hätte. Wir wären nicht ganz von den Schulden heruntergekommen, aber es wäre ein Ansatz gewesen. Anstatt jedoch über die Anträge ernsthaft zu diskutieren, hat man es vorgezogen, den leichtesten Weg zu wählen, und hat jeden Antrag, der von der Opposition kam, gnadenlos abgeschmettert, weil man glaubt, selbst das Recht gepachtet zu haben.

Meine Damen und Herren, anstatt aufgrund der positiven Einnahmesituation des Landes den weiteren Schuldenzuwachs zu begrenzen, treiben Sie Baden-Württemberg weiter in die Verschuldung. Sie sind offensichtlich nicht bereit, vorausschauend zu handeln, sondern Sie sehen nur die Landtagswahl 2001. Da fehlt Ihnen der Mut, konsequente Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir halten es für falsch, den Erlös aus dem Verkauf des Landesanteils an der EnBW in dieser gemeinnützigen Gesellschaft anzulegen und somit einen Nebenhaushalt neben dem offiziellen Landeshaushalt zu schaffen. Meine Damen und Herren, es kann und darf nicht sein, dass es auf der einen Seite Erwins Verfügungskasse gibt und auf der anderen Seite den bösen Landtag, der an allen Ecken und Enden streichen muss. Das ist keine Finanzpolitik, mit der man in dieses Jahrtausend gehen kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir wollten mit unseren Anträgen erreichen – das sind auch alte Versprechen dieser Regierungsfraktionen –, dass zum Beispiel die Feuerwehr und der Katastrophenschutz des Landes jährlich 5 Millionen DM mehr erhalten. 5 Millionen DM sind im Verhältnis nicht viel Geld. Anstatt aber diesem sinnvollen Begehren nachzukommen, haben es die die Landesregierung tragenden Fraktionen vorgezogen, in eigener Sache 30 Millionen DM für die völlig überflüssige Imagekampagne aus zweiter Hand anzulegen, und dagegen verwahren wir uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

(Rapp)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, im Zuge einer echten Verwaltungsreform einmal Mut zu beweisen und auf überflüssige Landeseinrichtungen zu verzichten. Dazu zählen wir ganz vorne die Landeszentrale für politische Bildung und das Landesamt für Verfassungsschutz. Hier könnte man mit Reformwillen Gelder in ungeahnter Höhe einsparen. Sie hatten nicht den Mut, hier einmal den Hebel anzusetzen und zu sagen: Manches ist überflüssig; darauf kann man verzichten.

Sie haben nicht den Mut gehabt, zum Beispiel bei den soziokulturellen Zentren zu sparen, sondern Sie pumpen weiter Geld in diesen Bereich hinein. Wenn Sie sehen, was dort zum Teil abläuft, müsste es einem Konservativen davon doch schlecht werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich möchte aber an dieser Stelle auch auf Anträge und Vorschläge anderer Fraktionen eingehen. Bei der Suche nach Einsparpotenzialen haben die Grünen ein ganz besonders schäbiges Beispiel eingebracht. Sie wollten – das war die kurze Zeit, in der Herr Kuhn einmal sichtbar war –, dass die zu Unrecht erhobenen Gebühren aus der Sonderabfallabgabe in Höhe von 102 Millionen DM den Betroffenen nicht generell zurückgezahlt werden. Obwohl das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass diese Gebühr verfassungswidrig war, wollten die Grünen nur denjenigen das Geld zurückgeben, die rechtzeitig Protest dagegen eingelegt haben. Dazu sage ich Ihnen eines: Das sind die großen Firmen mit Rechtsabteilungen, die in der Lage sind, alles zu prüfen. Sie hätten wieder den Mittelstand ausgehungert – die hätten nichts bekommen –, aber wir sind nicht bereit, solche Spiele mitzuspielen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das, was von dieser Seite zu betreiben versucht wird, ist mittelstandsfeindliche Politik.

Meine Damen und Herren, nach Ansicht der Abgabenerhöhungspartei Die Grünen sollen die Gebühren und Entgelte der Gewerbeaufsicht von 2,4 Millionen DM auf 18,4 Millionen DM erhöht werden, um die Kassen des Landes zu füllen. Auch das ist ein Beispiel mittelstandsfeindlicher Politik, weil die Erhöhung hauptsächlich die Mittelständler betrifft.

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne wollen jetzt wieder Gebühren für den Einsatz der Polizei bei Veranstaltungen erheben. Was glauben Sie eigentlich, was passieren würde, wenn die Österreicher von den Veranstaltern der Demos Gebühren wollten? Dann wäre Rot-Grün bankrott!

(Heiterkeit des Abg. Deuschle REP)

Dann wären Sie bankrott, weil es deutsche Touristen sind, die da rübergehen und das Land zertrümmern.

(Beifall bei den Republikanern)

Darauf sollte man einmal achten.

Des Weiteren fordern die Grünen, dass die Polizei eine Unfallaufnahmegebühr in Höhe von 110 DM erheben soll.

Das heißt, der arme Hund, den es betrifft und dessen Auto kaputt ist, der muss noch 110 DM zahlen, damit die Polizei überhaupt kommt und ihrem hoheitlichen Auftrag gerecht wird. Ich weiß nicht, wie Sie von den Grünen sich das vorstellen, ich weiß nicht, wie das funktionieren soll. Soll dann zukünftig an jedem Polizeiauto ein Aufkleber „Visacard herzlich willkommen“ sein? Oder müssen die Beamten mit dem Geldkoffer durch die Lande ziehen wie die CDU-Politiker?

(Heiterkeit)

Wie stellen Sie sich das vor? Ich weiß gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen können.

(Beifall bei den Republikanern)

Das sind doch keine Finanzbeamten. Das sind doch Polizeibeamte, und die haben doch nicht dafür zu sorgen, dass Geld eingenommen wird, damit Sie es nachher mit ihren Multikulti-Projekten wieder hinauspulvern können.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir Republikaner werden solchen Forderungen garantiert nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass Sicherheit durch die Polizei auf keinen Fall käuflich ist und auch nicht sein darf. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, statt ständig Millionenbeträge in neue Lehrerstellen zu investieren, den Lehrern eine Deputatsstunde mehr zuzumuten. Im Sinne der Gleichbehandlung mit anderen öffentlich Bediensteten, deren Arbeitszeit ja um 1,5 Stunden verlängert wurde, wäre dies vertretbar. Weil eine Deputatsstunde nur 45 Minuten lang ist, kämen die Lehrer trotzdem noch relativ gut weg. Aber der politische Mut, hier mitzustimmen, hat Ihnen gefehlt.

Zur Verbesserung der Einnahmesituation fordern wir Republikaner von der Landesregierung, mittels einer Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass die Kfz-Steuer abgeschafft wird und nach Schweizer oder österreichischem Vorbild eine Straßenbenutzungsgebühr in Form einer Vignette erhoben wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie sehen, meine Damen und Herren, das ist keine neue Idee. Von den Österreichern kann man lernen.

(Heiterkeit bei den Republikanern)

Man kann viel von ihnen lernen, auch dann, wenn die „Eurodemokratie“ dieses Land aufgrund eines Wahlergebnisses, das den europäischen Musterdemokraten nicht passt, ins Abseits stellen will. Man kann aber von ihnen lernen.

(Abg. Oettinger CDU: Haushalt!)

– Was? Das ist ein Stück lebendiger Haushalt, Herr Oettinger. Da geht es um Einnahmen. Schauen Sie sich mal die Lkw-Kolonnen auf unseren Autobahnen an, die unser Straßennetz nahezu zum Nulltarif benutzen. Wenn diese Gebühren zahlen müssten, könnten Sie Einnahmen ohne Ende erzielen und dann eine echte Haushaltspolitik ohne Schulden betreiben.

(Beifall bei den Republikanern)



(Rapp)

Möglicherweise könnte man die Ausgaben etwas senken, wenn unser Ministerpräsident in der Lage wäre, seiner CDU klarzumachen, dass dann, wenn er nach Berlin oder woanders hin muss, die Hubschrauberstaffel des Landes die Kosten dafür der CDU in Rechnung stellen sollte und nicht dem Land. Auch dadurch könnte man vielleicht ein paar Mark einsparen.

Meine Damen und Herren, wir wollten mit einem Antrag erreichen – und das ist nichts anderes als etwas ganz Normales –, dass der CDU die Mittel für die Parteienfinanzierung so lange nicht ausgezahlt werden, bis Rechtssicherheit besteht oder bis Thierse seine Entscheidung, wie er sich das vorstellt, bekannt gibt, bis letzten Endes Konsens gefunden ist, wie es mit Rückerstattungen dieser Partei weiterzugehen hat. Der gesamte übrige Landtag, Rot-Grün, FDP/DVP, CDU, hat gegen diesen Antrag gestimmt, aber draußen rennen Sie herum und versuchen, den Leuten zu erzählen, dass Sie natürlich gegen das schäbige Verhalten des Herrn Kanther und von anderen sind. Aber wenn es dann darum geht, wenn es keiner sieht, dann sitzen sie alle in einem Boot.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie sitzen alle in einem Boot, wenn es um den Schwarzgeldsumpf geht, bei dem man wirklich einmal konsequent verlangen müsste, dass Gelder, die mit betrügerischen Methoden an den Mann gelangt sind, wieder zurückgezahlt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie brauchen auch nicht irgendwie schäbig zu lachen. Solange Sie Bilanzbetrüger wie Herrn Koch in Ihrer Partei haben, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn das Ansehen aller, die damit zu tun haben, sinkt, weil Sie nicht in der Lage sind, sich von solch einem Mann zu trennen. Das betrifft vor allem die FDP, die ihn künstlich an der Macht hält.

(Beifall bei den Republikanern)

Da sollten Sie einmal zeigen, ob Ihnen das Wort Ihres Bundesvorsitzenden noch etwas wert ist oder ob Sie wegen der Machterhaltung, wegen zwei Ministersesseln bereit sind, in Hessen alles, aber auch wirklich alles und jeden moralischen Verfall zu akzeptieren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern die CDU auf – der Herr Ministerpräsident oder die Landesregierung hat jetzt einen Schritt gemacht, indem sie nach zwei Jahren Diskussion landesbeteiligte Betriebe durch den Rechnungshof kontrollieren lassen will –, jetzt und unverzüglich die 35 000 DM, die sie von der SWEG erhalten hat, wieder zurückzugeben, genauso, wie das andere gemacht haben. Wir mussten nichts zurückgeben, weil wir nichts bekommen haben. Wir fordern, dass nicht nur die Rechenschaftsberichte, sondern die kompletten Buchhaltungen daraufhin geprüft werden, ob es geldwerte Vorteile gab in Form von Sachspenden oder Ähnlichem. Aufgrund eines Rechen-

schaftsberichts ist so etwas überhaupt nicht zu entdecken. So etwas muss kommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir dürfen mit Recht davon ausgehen, dass Herr Teufel nicht nur als Abnicker nach Berlin gefahren ist, sondern dass er als verantwortungsvoller stellvertretender Bundesvorsitzender seine Aufgabe wahrgenommen hat. Deshalb darf man wohl auch davon ausgehen, dass er nicht ganz so wenig informiert ist, wie er uns das in der Vergangenheit klarzumachen versucht hat. Ich traue ihm wirklich nicht zu, dass er nur zum Abnicken nach Berlin gegangen ist. Sorgen Sie also dafür, dass bei der Bevölkerung wieder Vertrauen hergestellt werden kann und nicht durch ständiges Vertuschen und dadurch, dass Sie nur so viel herauslassen, wie Sie wollen, das Vertrauen weiter in der Bevölkerung bleibt.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir werden aus vielen Gründen Ihrem Haushalt nicht zustimmen können, vor allem deshalb, weil es kein Sparhaushalt ist, sondern ein Schuldenhaushalt, weil wir nicht bereit sind, nachfolgenden Generationen Ihre Schulden zu hinterlassen. Wir haben die Pflicht, unseren Kindern einen so geordneten Staat zu hinterlassen, wie wir ihn angetroffen haben.

(Anhaltender Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem Ausflug in Gefilde, die mit der Landespolitik mit Sicherheit nichts, aber auch gar nichts zu tun haben,

(Zuruf von den Republikanern: Wer weiß? – Abg. Rapp REP: Lasst einmal die Prüfung rumgehen!)

stelle ich nochmals ausdrücklich fest: Im Land Baden-Württemberg hat sich die CDU korrekt verhalten. Es gibt keine Vorwürfe, die durchgreifen könnten. Ich verurteile deswegen Ihre Äußerungen, Herr Kollege Rapp.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nochmals ganz kurz auf unsere Landespolitik, auf den Haushalt und auf einzelne Äußerungen von Rednern der Opposition zurückkommen.

Kollege Kuhn hat insbesondere einen Gesichtspunkt beleuchtet, den ich nochmals hervorheben möchte. Frau Erdrich-Sommer, in Abwesenheit des Kollegen Kuhn – darüber, dass er gerne Reden hält, sich dann aber nicht mehr der Auseinandersetzung zu stellen pflegt, wurde bereits gesprochen –

(Abg. Rapp REP: Und dass er nicht in den Ausschuss kommt!)

möchte ich Sie bitten, ihm dies weiterzuleiten. Herr Kollege Kuhn hat vorgetragen, die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 1996 bis 2000 habe noch eine Nettoneuverschuldung von 750 Millionen DM vorgesehen. Dann seien die

(Dr. Stefan Scheffold)

Steuereinnahmen weggebrochen, man habe deswegen vollkommen konsequent die Nettoneuverschuldung erhöht,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

würde sie aber jetzt, wo die Steuereinnahmen wieder anziehen, nicht in gleichem Maße zurückführen.

Herr Kollege Kuhn, da ist es so wie bei dem Beispiel, das ich vorhin angeführt habe: Die Betrachtung der Zahlen allein sagt nichts aus. Sie müssen schon die Hintergründe sehen und vor allem auch betrachten, wie die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 1996 bis 2000 bezüglich der Steuereinnahmen ausgesehen hat. Dort war nämlich für das Jahr 2000 noch eine Steuereinnahme von 46,2 Milliarden DM vorgesehen. Im Haushalt 2000 sieht diese Zahl aber anders aus; da haben wir nur 44 Milliarden DM, das heißt, eine Differenz von 2,2 Milliarden DM. Hätten wir diese 2,2 Milliarden DM, könnten wir eine Nettoneuverschuldung von null einfahren. Das ist der Unterschied.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass die Kommunen in den Jahren 2000 bis 2002, was in der mittelfristigen Finanzplanung damals noch nicht angedacht war, 500 Millionen DM pro Jahr aufgrund des geschlossenen Kompromisses zurückbekommen. Deswegen ist Ihr Vorwurf, Herr Kollege Kuhn, dass diese Landesregierung den Konsolidierungskurs verlassen habe, vollkommen abwegig.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nennen Sie einmal fünf Einsparungen! – Abg. Capezzuto SPD: Haben Sie denn etwas eingespart?)

Herr Kollege Puchta, Sie haben darauf hingewiesen, dass die SPD die große Linie halte, die SPD baue die Schulden ab, die CDU erhöhe sie. Herr Kollege Puchta, ich darf Sie einfach einmal mit Ihrem eigenen Konzept konfrontieren. Was haben Sie nicht alles an Einsparungen vorgeschlagen! Sie haben zum Beispiel Einsparungen in Höhe von 200 Millionen DM bei den Zinsaufwendungen durch die Tilgung von Altschulden mit Privatisierungserlösen aus dem Verkauf der EnBW, der GVS, der BW-Bank und der Sächsischen Aufbaubank vorgesehen.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verkauft ist bisher nur die EnBW. Einen Käufer für die BW-Bank kenne ich nicht. Verkäufe der GVS und der Sächsischen Aufbaubank haben auch nicht stattgefunden.

(Abg. Capezzuto SPD: Suchen! Bemühen!)

Bei der EnBW, Herr Kollege Puchta, ist es so, dass der Erlös erst dann zur Schuldentilgung und damit auch zur Zinsersparung herangezogen werden kann, wenn der Verkauf formell abgeschlossen ist. Wir haben noch keine Zustimmung des Finanzausschusses. Wir haben auch noch keine Zustimmung des Kartellamts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie auf Zinsersparungen in Höhe von 200 Millionen DM kommen, ist Ihre Erfindung und ein Rechenkunststück, das nur Sie beherrschen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Verkauft halt schneller!)

Ein zweiter Punkt sind die Einsparungen, die Sie durch die Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 0,6 % erzielen wollen. Ich lasse jetzt einmal ganz außen vor, dass die Tarifparteien – und auf die wird es ja am Schluss wahrscheinlich maßgeblich ankommen – derzeit zwischen 5 und 6 % fordern. Das ist also eine Rechnung, die auch wieder in keiner Weise seriös und glaubwürdig ist.

Aber ein entscheidender Unterschied ist auch noch vorhanden, Herr Kollege Puchta: Herr Kollege Eichel wollte die Einsparungen zur Konsolidierung seines Haushalts verwenden, Sie aber wollen sie nicht zur Konsolidierung verwenden, sondern damit Ihre Mehrausgaben finanzieren. Das ist der Unterschied.

Ich könnte weitermachen, aber meine Redezeit ist abgelaufen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihre Zeit ist abgelaufen! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Meine Redezeit ist abgelaufen, Herr Kollege Puchta. Ich hoffe nicht, dass meine Zeit abgelaufen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ganz kurz auf das zurückkommen, was ich am Anfang dieser Haushaltsberatungen gesagt habe: Nach dem chinesischen Kalender folgt auf das Jahr des Hasen das Jahr des Drachen. Ich weiß jetzt nicht, wie Sie sich selbst sehen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das Jahr des Hamsters!)

Ich will auch nicht sagen, dass Sie wie die Zukunft oder wie die Vergangenheit aussehen. Das bleibt Ihnen überlassen. Schauen Sie in den Spiegel und bewerten Sie sich selbst. Aber ich möchte sagen: Ihre Haushaltspolitik ist die der Vergangenheit, und unsere ist die der Zukunft.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach langen Haushaltsberatungen und nach langen Debatten ist das Allermeiste gesagt. Ich möchte deswegen doch einmal einige Gedanken dazu äußern, wie es mit unserer Haushaltspolitik in den nächsten Jahren wirklich weitergehen wird. Denn das, was hier, soweit es die Opposition betrifft, zum Teil diskutiert worden ist, hat mit dem, was sich in Baden-Württemberg abspielt, wirklich überhaupt nichts zu tun.

Ich möchte aber am Anfang noch einmal ganz herzlich den Beamten, insbesondere den Beamten im Finanzministerium, danken, die seit Monaten mitgeholfen haben – viele von ihnen haben mehr als 60 Stunden wöchentlich gearbeitet –, dass der Haushalt zustande gekommen ist. Ich glaube, dafür bekomme ich einmal den Beifall des ganzen Hauses.

(Minister Stratthaus)

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Gilt das auch für die Beamtinnen?)

Wenige, recht allgemeine Sätze zu dem, was die Opposition vorgetragen hat. Meine Damen und Herren, ich meinte manchmal wirklich, Sie haben von einem anderen Haushalt gesprochen als dem, den wir beraten haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Sie haben heute von dem Haushalt wieder wie ein Blinder von der Farbe gesprochen. Alles, was Sie gesagt haben – ich werde einige Beispiele bringen –, war falsch. Es war fundamental falsch. Es kam aus einer solchen Sphäre des Falschen, dass selbst noch das Gegenteil falsch ist. Deswegen ist es fast nicht möglich, es sachlich zu widerlegen. Es ist ganz, ganz schwierig, sich sachlich mit dem auseinander zu setzen, was Sie gesagt haben.

Sie sprechen immer vom Sparen, und Sie sagen, Sie würden sparen. In Wirklichkeit machen Sie doch genau das Gegenteil.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Die ganze Zeit habe ich zu Ihren Gunsten gehofft, Sie hätten sich in Ihrer Argumentation getäuscht. Nein, das haben Sie nicht. Sie wollen mit Ihrer Argumentation die Öffentlichkeit täuschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt aber!)

Sie wollen mehr, mehr, mehr. Man könnte stundenlang Hunderte von Anträgen mit jedes Mal mehr Ausgaben aufzählen.

(Abg. Haas CDU: So ist es! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Doch, das stimmt! – Abg. König REP: Außer bei uns!)

Dann schlagen Sie noch ganz seltsame und windige Gegenfinanzierungen vor. Sie wollen Unternehmen verkaufen, die uns überhaupt nicht gehören.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was? Die SPD!)

– Ja, die Schwäbische Aufbaubank.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist immer noch die Sächsische Aufbaubank!)

– Die Sächsische Aufbaubank. – Sie wollen Unternehmen für ein Viertel ihres Preises verschleudern, und Sie wollen die Beamtenbesoldung einfach niedriger ansetzen, als sie wahrscheinlich kommen wird. Das, meine Damen und Herren, ist keine seriöse Haushaltspolitik. So etwas können wir nicht mitmachen.

Herr Puchta hat beklagt, wir hätten den Sparkurs verlassen. Dann hat er den schönen Satz gesagt: „Wir haben gemeinsam dafür gesorgt.“ Sie haben dafür nicht gesorgt. Ich habe einmal nachgelesen, wie Sie sich in den großen Spardebatten der letzten Jahre verhalten haben.

(Abg. Dr. Puchta SPD: 1992/96!)

Da war jedes Mal davon die Rede, dass die Koalition den Haushalt und das Land kaputtsparen würde. Herr Mayer-Vorfelder, den Sie jetzt über den grünen Klee loben – ich habe schon immer viel von ihm gehalten –, haben Sie in einer früheren Sitzung als unseriös und als Vabanquespieler bezeichnet. Sie haben überhaupt keine Verdienste an den guten Finanzen. Deswegen können Sie nicht sagen, dass wir den Kurs verlassen hätten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kuhn vergleicht falsche Zahlen; das ist eben schon gesagt worden. Er spricht laufend von der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 1996. Sie hat, Herr Kuhn, für das Jahr 2000 2 Milliarden DM mehr Einnahmen vorgesehen, als wir tatsächlich haben. Ich gebe ja zu, dass die Mehreinnahmen im Verhältnis zu den Isteinnahmen der letzten Jahre gestiegen sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

Aber im Verhältnis zu dem, was wir 1996 angenommen hatten, sind die Einnahmen immer noch um 2 Milliarden DM niedriger. Damit aber müssen Sie vergleichen, wenn Sie einigermaßen redlich argumentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Puchta hat Istzahlen des vergangenen Jahres mit hohen Sollzahlen der Zukunft verglichen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ja! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ich hoffe im Sinne Ihrer wissenschaftlichen Seriosität, dass Sie das nicht ernst gemeint haben. Sie können doch nicht eine Istzahl des Jahres 1999 – dazu werde ich gleich etwas sagen – mit der oberen Zahl des Jahres 2002 vergleichen, wobei ich noch einmal sagen will: Für uns gilt die untere Zahl. Das habe ich hier schon einige Male gesagt.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Puchta SPD: Dann nehmen Sie doch die obere Zahl heraus! – Abg. Moser SPD: Dann streichen Sie doch die obere Zahl! – Zuruf des Abg. König REP)

Die Spannweite ist nur deshalb vorhanden, damit wir vorbereitet sind, wenn wieder Überraschungen aus Bonn

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aus Bonn?)

und wenn große Belastungen aus Bonn kommen, gegen die wir uns nicht wehren können.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So! – Abg. Moser SPD: Aus Bonn kommt überhaupt nichts mehr!)

Dafür ist die Spannweite da.

Jetzt zur Unternehmensteuerreform. Auch da argumentieren Sie einfach falsch, Herr Kuhn, und auch Sie, Herr Puchta.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ich habe dazu gar nichts gesagt!)



(Minister Stratthaus)

Sie sagen: Es wird um 44 Milliarden DM entlastet. Das ist richtig. Nur hat Eichel noch vor vier Monaten gesagt: Mehr als 8 Milliarden DM sind nicht drin. Dass er nun um 44 Milliarden DM entlasten will, ist in Ordnung. Deswegen sagen wir ja auch: Die Richtung stimmt. Die Richtung der Entlastung stimmt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch falsch argumentiert!)

Allerdings entlastet er an der falschen Stelle. Ursprünglich hatte es geheißen, unsere Wirtschaft, vor allem unsere öffentlichen Haushalte, verträgen nur 8 Milliarden DM. Jetzt vertragen sie plötzlich 44 Milliarden DM. Sie reden von 30 Milliarden DM mehr nach dem CDU-Konzept, Herr Kuhn. Das ist auch falsch. Das durchgerechnete Konzept der CDU – ich bin selbst in der Kommission dabei gewesen – kostet 50 Milliarden DM. Das sind zugegebenermaßen 6 Milliarden DM mehr, aber keine 30 Milliarden DM.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben schon immer von einer größeren Entlastung gesprochen. Es geht um eine Entlastung um 44 Milliarden DM im Verhältnis zu 50 Milliarden DM und nicht um 44 Milliarden DM im Verhältnis zu 74 Milliarden DM.

Dann noch zur Steuerreform. Um es ganz klar zu sagen: Ihre Steuerreform ist insofern richtig, als sich etwas tut. Aber – das ist vorhin bezweifelt worden – die alte Bundesregierung hatte im Bundestag eine Steuerreform beschlossen. Sie können doch heute nicht sagen, die Länder hätten dagegen protestiert. Die CDU-geführten Länder zumindest nicht, denn diese haben jener Steuerreform zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Abgelehnt worden ist sie doch von Lafontaine.

**Präsident Straub:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

**Finanzminister Stratthaus:** Gleich. – Ich muss Ihnen noch einmal sagen: Lafontaine hat doch diese Steuerreform zu Fall gebracht, und zwar im Dienste seiner Partei und gegen das Wohl des deutschen Volkes. Leider hat er sich durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Bitte sehr.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Finanzminister, ich will Sie nur noch einmal zur Klärung etwas fragen. Die beiden Konzepte der Bundesregierung und der CDU/CSU unterscheiden sich doch einerseits, was die Zeiträume der Umsetzung angeht, und andererseits im Spitzensteuersatz.

**Finanzminister Stratthaus:** Und noch mehr.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Und in der Deckung, natürlich. – Würden Sie bestreiten, dass ein um zehn Pro-

zentpunkte niedrigerer Spitzensteuersatz – da ein Prozentpunkt etwa 3 Milliarden DM ausmacht – 30 Milliarden DM Differenz bedeutet? Wenn Sie zu einem Konzept mit 50 Milliarden DM Nettoentlastung kommen, also zu nur 6 Milliarden DM zusätzlicher Nettoentlastung, dann müssen Sie hier einmal schildern – das haben Sie öffentlich nicht getan –, welche zusätzlichen Deckungen diese 30 Milliarden DM auf ihre 6 Milliarden DM Differenz reduzieren. Ich kann Ihnen sagen, was da von den Zahlen her für Deckungen dabei sein müssen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frage!)

Es geht um die Besteuerung zum Beispiel von Nacht- und Schichtarbeit. Geht es dabei um solche Deckungen, oder haben Sie wieder eine Mehrwertsteuererhöhung versteckt?

**Finanzminister Stratthaus:** Nein.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Das müssen Sie einmal öffentlich sagen.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Kuhn, weder haben wir in unserem Konzept eine verdeckte Mehrwertsteuererhöhung, noch wollen wir die Nachtarbeitszuschläge besteuern.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Sie müssen aber die Konzeption als Ganzes sehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Es ist doch nicht wahr, dass sich die beiden Konzeptionen nur im Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer unterscheiden. Sie unterscheiden sich ganz entscheidend bei der Besteuerung der Körperschaften.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Darum geht es doch. Bei den Körperschaften wollen wir doch das Anrechnungsverfahren beibehalten, wodurch wieder Geld hereinkommt. Das können Sie doch einfach nicht vergleichen. Das ist ein komplizierter Sachverhalt. Das ist eine Tatsache. Ich kann Ihnen das geben. Unser Konzept ist durchgerechnet. Es ist wahr, dass die Senkung des Spitzensteuersatzes natürlich mehr kostet. Dafür entlasten wir weniger die großen Unternehmen, zumindest dann, wenn nicht ausgeschüttet wird. Das ist eine sehr viel kompliziertere Angelegenheit.

Jetzt bin ich aber schon dabei. Sie entlasten doch in erster Linie die großen Unternehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Vetter CDU: Sehr richtig! – Widerspruch des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Darunter spitzt doch die Ideologie hervor. Herr Kuhn, es ist doch so: Sie wussten genau, dass Sie etwas für die Wirtschaft tun müssen. Sie wollen aber nicht etwas am Spitzensteuersatz ändern.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Tun wir doch!)

Deswegen haben Sie zunächst einmal die Körperschaften entlastet

(Abg. Moser SPD: Die zahlen doch gar keine Steuern! Wie will ich die dann entlasten?)



(Minister Stratthaus)

und dann diesen seltsamen Vorschlag gemacht, dass sich kleine Unternehmen wie Körperschaften verhalten könnten. Erstens nützt dies den allermeisten kleinen Unternehmen nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zweitens ist es unheimlich kompliziert, und drittens wollen Sie damit eine Art Investitionssteuerung, eine Investitionslenkung machen. Das ist ganz falsch; denn es bedeutet doch letzten Endes, dass Sie wollen, dass der Gewinn immer dort bleibt, wo er entstanden ist. Aber das ist doch unsinnig in einer Wirtschaft, die sich durch so starke Strukturveränderungen auszeichnet wie unsere. Schauen Sie sich doch einmal den neuen Markt an. Der neue Markt braucht das Geld, der alte Markt verdient es.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Deswegen ist es doch Unsinn, das Geld im alten Markt einzusperren, wenn es der neue Markt braucht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das sind allerdings Dinge, bei denen man sich nicht zu beschimpfen braucht. Darüber kann man sich auseinandersetzen. Ich muss Ihnen offen sagen: Ich werde im Bundesrat das Meine dafür tun, dass dieses Mal eine Steuerreform zustande kommt.

(Abg. Moser SPD: Also! Wenigstens etwas! Da sind wir uns sogar einig!)

Im Unterschied zu Lafontaine werden wir dafür sorgen, dass eine Steuerreform zustande kommt.

Ich sehe da allerdings ein Problem. Immer dann, wenn es um quantitative Fragen geht – 45 oder 35 % –, kann man sich ja irgendwo einigen. Das Problem wird hier sehr viel größer, weil Sie durch die Bevorzugung der Großunternehmen und der Körperschaften ein ganz anderes System mit dieser Halbeinkünftebesteuerung wollen. Vorhin sind die Auswüchse geschildert worden. Da sehe ich im Augenblick große Schwierigkeiten. Aber wir werden mitarbeiten, damit tatsächlich etwas zustande kommt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Vielleicht brauchen wir euch gar nicht im Bundesrat!)

So weit zur Opposition. Ich habe da schon viel zu viel geredet.

Ich will jetzt doch einige Zahlen nennen und einiges von dem schildern, was wir vorhaben, was wir in Zukunft machen werden.

Es ist immer wieder behauptet worden, wir hätten keine Konsolidierungserfolge. Wir können diese schwarz auf weiß belegen.

(Abg. Nagel SPD: Schwarz auf gelb!)

Jetzt muss ich doch noch etwas klarmachen. Bei uns ist es so, dass wir nach den Prinzipien der kaufmännischen Vorsicht handeln. Bei der SPD habe ich den Eindruck, es geht

um Hoffnungen und Planungen. Bei uns geht es um Realitäten und Resultate.

(Abg. Moser SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

– Ich habe mir das aufgeschrieben. Wenn ich immer diesen Unsinn höre! Ich brauche niemanden, der das aufschreibt. Sie machen so viele Fehler, dass ich niemanden brauche, um diese beschreiben zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich will es Ihnen noch einmal schildern: Wir hatten in den letzten Jahren immer eine bessere Jahresrechnung, als die Planung war, und das ist doch ganz wichtig.

Vorhin haben Sie von der Nullverschuldung gesprochen. Jetzt will ich Ihnen etwas verraten – Sie sind doch so große Haushaltsfachleute –: Wir hatten im letzten Jahr eine tatsächliche Verschuldung von ca. 900 Millionen DM, und gleichzeitig hatten wir einen Kassenüberschuss von ca. 900 Millionen DM. Wenn wir gewollt hätten und wenn wir unsere Haushaltspolitik, wie Sie es machen, nur auf Schau auslegten, wäre es überhaupt kein Problem gewesen, die Istverschuldung im Jahr 1999 auf null zu stellen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es! – Abg. Moser SPD: Das ist ja komisch!)

Wenn wir eine entsprechende Kassen- und Liquiditätsplanung gemacht hätten und ich mich so verhalten hätte wie Sie, hätte ich mich hierher gestellt und gesagt: Wir haben die Nullverschuldung erreicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aber das ist keine seriöse Haushaltspolitik, sondern wir müssen auch die entsprechenden Reste bilden. Wir müssen das im Zusammenhang sehen. Wir müssen sehen, dass das zum Teil von der Verschiebung von Ausgaben herkommt. Ich wollte es nur noch einmal feststellen: Wir hatten im letzten Jahr, wenn wir die Liquiditätsreserven der Verschuldung gegenüberstellen, im Grunde genommen eine realistische, tatsächliche Nullverschuldung. Ich glaube nicht, dass das noch ein anderes Land von sich behaupten kann.

Nun sagt dieser Kassenabschluss relativ wenig, aber eines ist schon sicher: Wir werden einen guten Rechnungsabschluss bekommen. Wir werden einen Überschuss – ich möchte es bewusst sagen – von ungefähr 1,4 Milliarden DM haben; es wird vielleicht sogar noch mehr sein. Für die Steuerreform haben wir da bereits 300 Millionen DM bereitgestellt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da könnten wir noch was machen!)

Aber, meine Damen und Herren, das brauchen wir doch bitter notwendig. Denn wenn die Steuerreform so kommt, wie Eichel sie geplant hat, dann wird sie uns ungefähr 1,8 Milliarden DM kosten. Ich sage das nicht negativ.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: 1,9!)

(Minister Stratthaus)

– 1,9. Wir hatten noch nicht die Ausfälle durch den Verkauf von Körperschaften drin. Denn Eichel hat ja ursprünglich, um das bei der SPD durchzudrücken, behauptet, da gäbe es keine Ausfälle.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 4 Milliarden!)

In der Zwischenzeit gibt es doch Ausfälle in Höhe von 4 Milliarden DM. Man muss nur suchen; dann findet man solche Ausfälle. Aber unabhängig davon: Wir haben mit 1,8 oder meinetwegen auch 1,9 Milliarden DM zu rechnen. Wir haben wahrscheinlich die Möglichkeit, ohne zusätzliche Kreditaufnahme im Jahr 2001 diese 1,9 Milliarden DM aus Überschüssen der Vorjahre zu finanzieren.

Vorhin hat jemand Herrn Oettinger hämisch vorgehalten, er sei ursprünglich gegen einen Nachtragshaushalt gewesen und jetzt sei er dafür. Ja, selbstverständlich, denn für die Steuerreform, von der wir heute noch nicht wissen, wie sie aussehen wird, müssen doch Mittel veranschlagt werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich! – Abg. Dr. Puchta SPD: Das wusste man doch auch schon im September!)

Deswegen werden wir in der zweiten Hälfte dieses Jahres noch einmal etwas machen müssen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nichts dagegen!)

– Sie haben es auch nicht gesagt, aber von anderer Seite ist es gesagt worden. Selbstverständlich brauchen wir einen Nachtragshaushalt, einfach um das, was aus Berlin kommt, zu verarbeiten.

(Abg. Moser SPD: Sagen Sie zu, dass Sie so was nicht mehr in ein Flugblatt schreiben! Darum gehts! Volksverdummung!)

Des Weiteren ist es so, dass wir – darauf muss ich noch einmal hinweisen – auch in unserer Planung den Haushalt konsolidiert haben. In der Planung, die wir bisher immer unterschritten haben, haben wir in den nächsten beiden Jahren jeweils 300 Millionen DM weniger Verschuldung vorgesehen, als ursprünglich veranschlagt war, und wir werden so weitermachen.

Sie reden immer so leichtfertig vom zusätzlichen Sparen. Ich will Ihnen erklären, was möglich ist. Wirklich sparen, ernsthaft sparen, strukturell sparen können wir nur, wenn wir die Personalausgaben abbauen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es!)

Aber da haben Sie natürlich Mehrausgaben verlangt. Ich will es Ihnen ganz klar sagen: Die bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2000 betragen 59 Milliarden DM. Davon entfallen auf Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen 5,2 Milliarden DM, auf Ausgaben im kommunalen Ausgleich 10,4 Milliarden DM. Die Zinsausgaben betragen 3,5 Milliarden DM, und an Investitionen haben wir 6,5 Milliarden DM. Dann bleiben noch 33 Milliarden DM übrig. Darin enthalten sind die gesamten landesgesetzlichen Leistungen, die gesamten sächlichen Ausgaben und 24 Milliarden DM an Personalausgaben. Das heißt, wenn wir ernst-

haft und strukturell und auf Dauer sparen wollen, müssen wir tatsächlich bei den Personalausgaben ansetzen.

Auf diesem Gebiet hat diese Landesregierung in den letzten Jahren Hervorragendes geleistet. Wir haben doch Personalstellen abgebaut, und zwar in großem Maß. Da wird uns auch wieder hämisch entgegengehalten, das stimme nicht. Ich will es Ihnen sagen: Wir haben in den Jahren 1993 bis 1999 5 477 Stellen abgebaut. Allerdings haben wir gleichzeitig rund 5 100 Stellen zugehen lassen. Nur: Von den zugehenden Stellen entfielen allein 3 300 auf Lehrer und 800 auf Polizeibeamte. Das wollten Sie doch auch immer. Wie gesagt, wir haben bei der Verwaltung rund 5 400 Stellen abgebaut, und wir werden auf diesem Gebiet weiterarbeiten. Sie können uns aber nicht einerseits mangelnden Stellenabbau vorwerfen und gleichzeitig noch mehr Stellen für Lehrer und für Steuerbeamte und für viele andere Bereiche verlangen. Das geht einfach nicht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Allein für die Jahre 1997 bis 1999 beträgt der Wert des Stellenabbaus 400 Millionen DM. Ich könnte Ihnen jetzt noch viele weitere Zahlen nennen. Aber glauben Sie mir: Eine strukturelle Ersparnis für die kommenden Jahre ist nur über die Personalausgaben möglich.

Da werden wir Weiteres tun. Wir werden die neue Steuerung einführen. Sie kostet 650 Millionen DM, und sie versetzt uns nach Aussagen von Wissenschaftlern in die Lage, bis zu 7 000 Stellen einzusparen. Das heißt, die Rationalisierungseffekte sind so groß, dass 7 000 Stellen eingespart werden können.

Aber auch da mögen Sie wieder unsere Vorsicht und unsere Seriosität sehen. Wir haben zunächst einmal nur den Abbau von 3 500 Stellen geplant, denn diesen Abbau brauchen wir, um die 650 Millionen DM für die neue Steuerung zu finanzieren. Alles, was wir darüber hinaus abbauen können, ist eine echte Ersparnis im Haushalt. Ich sage Ihnen: Ich wünsche dem nächsten Landtag – es betrifft nicht diesen Landtag – den Mut, diese Effektivitätsreserve tatsächlich auszunutzen.

Reden wir nun über die Beamten. Sie werfen uns vor, wir würden die Altersteilzeit nicht wollen. Mich verwundert schon, wie leichtfertig Sie von den Beamten verlangen, sie sollten im nächsten Jahr mit einer Besoldungserhöhung um 0,6 % zufrieden sein. Denn wenn etwas ins Kontor schlägt, ist es die Tatsache, dass dann, wenn die Löhne und Gehälter in der privaten Wirtschaft um 5 oder 6 % steigen und die Beamten nur 0,6 % mehr erhalten –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Die Forderungen liegen doch in dieser Höhe.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Gut. Gestern hat Herr Nagel gesagt, die Forderungen bewegten sich zwischen 2,5 und 5 %. Er muss es wissen. Auf jeden Fall werden die Löhne und Gehälter wesentlich stärker – um das Drei- oder Vierfache – als um 0,6 % steigen. Das können wir in dieser Form nicht mit vollziehen.

(Minister Stratthaus)

Ich will jetzt nicht noch zusätzliche und lange Ausführungen über die Altersteilzeit machen, aber eines klarstellen: Die Altersteilzeit wird nicht kommen, auch wenn immer wieder das Gegenteil gesagt wird. Die Altersteilzeit kostet Geld.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Viel Geld! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Jeder, mit dem ich darüber bisher gesprochen habe, hat dies eingesehen. Es ist doch nicht seriös,

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

zu behaupten, es sei kostenneutral, wenn jemand zu 50 % arbeitet und 75 % Gehalt bekommt und dann jemand zu 50 % eingestellt wird und 50 % Gehalt bekommt.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben auch gestern wieder lange Gespräche geführt. Die Altersteilzeit wird viel Geld kosten, und sie schafft keinen Arbeitsplatz. Sie erzählen immer, Altersteilzeit würde Arbeitsplätze schaffen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie bringt junge Leute in die Verwaltung!)

– Ja, sie bringt junge Leute heute in die Verwaltung. Die Stellen stehen aber in fünf oder zehn Jahren für die dann jungen Leute nicht mehr zur Verfügung.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Quatsch!)

– Ja, ja. Wenn Sie einmal unsere Alterszusammensetzung betrachten – wir beklagen ja heute, wir hätten zu wenig Lehrer an den Gymnasien –, wissen Sie, dass genau dann, wenn die Stellen notwendig wären, wenig Stellen zur Verfügung stehen, unter anderem durch die Altersteilzeit. Denn im Jahr 2010 werden wir sehr viele Abiturienten haben. Ein Teil dieser Stellen ist dann vorher schon mit jungen Leuten besetzt worden. Das ist ein Vorzieheffekt.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es kommt noch ein Weiteres hinzu. Ich erhalte jeden Tag vorgedruckte Karten. Da schreibt mir eine Frau, sie würde ihren Platz gern für einen jungen Kollegen zur Verfügung stellen. Nach den Prinzipien, die hier in Bezug auf die Altersteilzeit diskutiert werden, ist es ja so, dass sich in den ersten Jahren ohnehin kaum Effekte einstellen würden; die Verjüngungseffekte kämen erst in den kommenden Jahren. Wir stellen in diesem Jahr 800 zusätzliche Lehrer ein, und zwar zu 100 % genau dort, wo wir sie brauchen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dann stellt ihr junge Lehrer ein, nicht alte!)

Ich glaube, das ist ein guter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Meine Damen und Herren, wir werden – das möchte ich hier in aller Klarheit sagen – auch in Zukunft weiter sparen müssen, und wenn wir unsere Personalabbauprogramme, wie sie angedeutet worden sind, konsequent durchführen, werden wir weiter sparen. Das ist überhaupt keine Fra-

ge. Aus diesem Grund hat das Kabinett beschlossen – und wir werden diesen Beschluss umsetzen –, eine Haushaltsstrukturkommission einzusetzen, denn es wird notwendig sein, dass wir auch in Zukunft den Haushalt nach Sparmöglichkeiten durchsuchen. Nachdem zehn Jahre lang gespart worden ist, ist mit dem Rasenmäher nichts mehr zu machen. Wir müssen an die einzelnen Titel heran.

Meine Damen und Herren, alles in allem: Ich bin überzeugt, dass dies ein hervorragender Haushalt ist. Herr Kuhn hat vorhin gesagt, wir müssten die Verantwortung übernehmen. Wir übernehmen sie gern, denn dieser Haushalt wird das Land Baden-Württemberg ein gutes Stück voranbringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Finanzminister, meine Damen und Herren! Es ist natürlich etwas schwierig – der Finanzminister kann hier ohne jeden Zeitdruck reden, während mir noch genau zwei Minuten zur Verfügung stehen –,

(Zurufe von der CDU)

auf alles einzugehen. Ich werde aber versuchen, dennoch die wichtigsten Punkte anzusprechen.

Herr Finanzminister, es ist doch selbstverständlich: Natürlich habe ich die Istzahl dessen, was Sie im vergangenen Jahr an Neuverschuldung aufgenommen haben, mit Ihren Planzahlen verglichen. Das ist doch das einzig Richtige. Wenn Sie schon im vergangenen Jahr in der Lage waren, die Nettokreditaufnahme bei rund 1 Milliarde DM zu stabilisieren, zeigt das doch, dass Sie eben keine Sparpolitik machen, wenn Sie in den kommenden Jahren von Anfang an mehr als das Doppelte veranschlagen. Das ist der entscheidende Punkt, und da liegen Sie falsch.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Zahlen sind entscheidend!)

Das Zweite ist: Sie sind hingegangen – Herr Kiel, da spreche ich insbesondere die FDP/DVP an, aber noch mehr Sie, Herr Pfister – und haben 1998/99, als die Steuereinnahmen weggebrochen sind, den Verschuldungsrahmen um 5 Milliarden DM ausgeweitet. Jetzt haben wir inzwischen 2,5 Milliarden DM Steuermehreinnahmen, und jetzt fahren Sie nicht einmal wenigstens den Neuverschuldungsrahmen um diese 2,5 Milliarden DM zurück, sondern Sie fahren pro Jahr nur um 300 Millionen DM zurück. Das ist schlicht und einfach alles andere als eine solide Haushaltspolitik.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist windig!)

Zum Dritten möchte ich an dieser Stelle doch wenigstens noch kurz etwas zur EnBW sagen. Das meiste ist schon gesagt worden. Aber Sie sind, glaube ich, mit dem Landesvermögen schlecht umgegangen, nachdem jetzt der Ministerpräsident gesagt hat, dass die Verhandlungen mit der EU ungefähr noch sechs Monate dauerten. Die steuerrechtlichen Änderungen kommen zum 1. Januar nächsten Jahres. Es geht also noch um einen kurzen Zeitraum von ungefähr



(Dr. Puchta)

fünf bis sechs Monaten, den wir hier hätten überbrücken können. Jetzt sehen Sie, wie ein bereits privatisiertes Unternehmen handelt, nämlich die Telekom. Die Telekom wollte ursprünglich ihre Netze im Januar dieses Jahres verkaufen. Sie hat diesen Verkauf aufgrund der zu erwartenden neuen gesetzlichen Regelungen ausgesetzt. Die Telekom sagt sogar, man könne eventuell jetzt schon die Verträge abschließen, aber die eigentliche Eigentumsübertragung erst zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen. Die Telekom überlegt sich auch, ob man die Kabelnetze nicht zum Beispiel im Rahmen eines Termingeschäfts verkaufen kann. Das heißt, dass das Geld kommt, aber die eigentliche Eigentumsübertragung viel später stattfindet. Meine Damen und Herren, das ist das einzig Unvergleichliche zwischen Ihrem Vorgehen und dem Vorgehen der Telekom. Die Telekom ist eben bereits privatisiert.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Herr Finanzminister, Sie haben doch vorhin selbst gesagt, dass es bei den Einsparmöglichkeiten in unserem Landeshaushalt im Wesentlichen um die Personalkosten geht. Nun hat Ihnen doch Herr Eichel mit seinem Vorschlag der Erhöhung der Beamtenbesoldung um 0,6 % eine Steilvorlage gegeben. Selbst wenn wir etwas höher abschließen, haben Sie doch jetzt über Ihre Mehrheit im Bundesrat die Möglichkeit, genau diese Eichel'sche Sparpolitik umzusetzen. Dann sparen wir auch bei den Personalkosten in Baden-Württemberg.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Welche Mehrheit? Wir haben doch gar keine mehr!)

Etwas unfair fand ich Ihre Aussage, Herr Minister, dass die SPD keine Verdienste an den Einsparungen in den Neunzigerjahren habe. Herr Finanzminister, die Jahre 1992 bis 1995 waren der einzige Zeitraum während der gesamten Neunzigerjahre, in dem in der mittelfristigen Finanzplanung 8,8 Milliarden DM neue Schulden veranschlagt waren, tatsächlich aber nur 8 Milliarden DM aufgenommen wurden. Das war, wie gesagt, die einzige Phase in den Neunzigerjahren.

Ich weiß, Herr Kiel – weil Sie sich zu Wort gemeldet haben –, Sie kommen dann und sprechen vom Jahr 1996. Zum einen hatten wir die Verantwortung dort nur noch bis Mai 1996. Aber selbst wenn ich die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 1996 und die tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1996 mit dazuzähle, komme ich trotzdem zu dem Ergebnis, dass die Jahre von 1992 bis inklusive 1996 der einzige Zeitraum in den Neunzigerjahren waren, in dem die geplante Nettokreditaufnahme der mittelfristigen Finanzplanung mit den tatsächlich aufgenommenen Mitteln auf Heller und Pfennig übereinstimmt, nämlich 8,8 Milliarden DM. Ich denke, Herr Finanzminister, es ist ein Gebot der Fairness, dies hier noch einmal zu sagen: Die erfolgreichste Zeit, was die Schuldenkonsolidierung in Baden-Württemberg anbetrifft, war die Zeit der großen Koalition. Viele in der CDU-Fraktion sehen das auch so.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nicht schon wieder!)

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf ein paar Dinge sollte man schon noch einmal eingehen. Ich fange bei dem Letzten an, Herr Kollege Puchta.

Heute Vormittag sind vielfach Äpfel mit Birnen verglichen worden. Es sind Planansätze mit Istergebnissen verglichen worden. Es sind Zeiträume miteinander verglichen worden, die nicht übereinstimmen. Auch Sie, Herr Puchta, haben eben, als Sie den Finanzminister angesprochen haben, 2,1 Milliarden DM 300 Millionen DM entgegengesetzt. Wenn schon, dann hätten Sie 600 Millionen DM nehmen müssen, weil es um zwei Jahre ging.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ich habe gesagt, zweimal 300!)

Damit will ich zum Ausdruck bringen: Zeigen wir nicht so sehr auf andere, sondern seien wir ein bisschen ehrlicher. Dann kommen wir wahrscheinlich auch besser zurande. Auch die Tatsache, dass das Ergebnis des letzten Jahres sicherlich das beste seit vielen Jahren gewesen ist, lässt sich wohl nicht bestreiten. Seien wir doch froh darüber! Wir können dadurch doch auch mehr in unserer Gesellschaft erreichen.

Ich möchte zweitens noch etwas zur Altersteilzeit sagen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nicht finanzierbar!)

Richtig ist, dass sich die Altersteilzeit so, wie sie im Augenblick gesetzlich festgelegt ist, nicht kostenneutral darstellt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch nicht in Bayern!)

– Auch nicht in Bayern. – Wenn wir erreichen wollen, dass sie in Baden-Württemberg eingeführt wird, und zwar kostenneutral – wenn das nämlich nicht der Fall wäre, wüsste ich mit dem Geld sehr viel mehr und Besseres anzufangen, zum Beispiel Lehrer einzustellen –, dann muss zumindest eine Rahmengesetzgebung über den Bundesrat erfolgen, sodass wir diese Altersteilzeitregelung modifizieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, im Finanzausschuss haben wir doch ein paar ganz klare Entscheidungen getroffen. Da möchte ich wirklich einmal wissen, ob einige von diesen Punkten denn von der Opposition infrage gestellt werden. Zwangsläufig sind zum Beispiel die von uns nicht zu beeinflussenden Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben aufgrund der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses und der Novellierung des SED-Unrechts-Bereinigungsgesetzes. Das macht zusammen 150 Millionen DM aus; da sind wir uns doch wohl einig. Die Soforthilfe für die Schäden durch den Orkan Lothar erfordert 100 Millionen DM; da sind wir uns doch wohl einig. Über die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, die alles in allem 194 Millionen DM ausmacht, sind wir uns doch wohl auch einig. Bei der Aufstockung des Wettmittelfonds, wo letztendlich 38,5 Millionen DM durch besondere Einnahmen weiter verteilt werden sollen, habe ich niemanden gehört, der dagegen gewesen wäre.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)



(Kiel)

Die Aufstockung des Strukturprogramms für die Justiz mit 6,5 Millionen DM ist auch von niemandem in irgendeiner Weise in Zweifel gezogen worden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Auch von Puchta nicht!)

Lassen Sie mich, wenn ich schon diese Dinge hier offen anspreche, noch zwei Punkte nennen. Der eine ist nicht so ganz ernst gemeint. Herr Dr. Puchta, ich habe schon gewaltig aufgehört und es als einen Anschlag auf meine Gesundheit angesehen, als Sie erkennen ließen, Sie wollten eine Weinsteuer einführen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein! Ich will die Biersteuer weg haben!)

Wissen Sie: Willst du gesund noch lange leben, dann musst du zumindest in Fellbach einen heben. Einen Roten übrigens, das kann ich Ihnen nur empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Puchta SPD: Aber die Biersteuer muss auch weg!)

Aber zum Schluss wieder etwas sehr Ernstes und auch etwas sehr Selbstkritisches. Ich wurde darauf angesprochen, wie sich die FDP in Hessen verhält. Ich mache keinen Hehl daraus: Mir wäre es am liebsten – ich weiß, dass die Fraktion genauso denkt –, wenn man sich von Herrn Ministerpräsidenten Koch trennen würde oder, wenn das nicht geht, für Neuwahlen einträte.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der SPD: Das war äußerst schwach!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

**Finanzminister Stratthaus:** Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch auf das eingehen, was Herr Dr. Puchta zum EnBW-Verkauf gesagt hat, und ganz sachlich einige Punkte feststellen.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir unseren Anteil nicht in erster Linie verkaufen, um Kasse zu machen, sondern um der EnBW die Chance zu geben, eine gute Entwicklung für die Zukunft zu haben.

(Abg. Brechtken SPD: Deshalb habt ihr das alles sauber mit den Kommunen abgestimmt! Gute Strategie!)

Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt verkauft haben. Dazu will ich Ihnen noch einige Dinge kurz erläutern.

Erstens: Wir wissen ja gar nicht, ob die Steuerfreiheit der Anteilsveräußerung bei Kapitalgesellschaften überhaupt kommt. Wir sind dafür, aber wir können doch jeden Tag in der Zeitung lesen, dass innerhalb der Koalition und auch innerhalb der SPD ein Kampf tobt, ob sie kommen soll.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Abg. Capezzuto SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Herr Poß hat gestern gerade wieder gesagt, er sei der Meinung, dies gehe zu weit; man solle zumindest eine kleinere

Steuer nehmen. Also das ist alles noch lange nicht gegessen.

(Abg. Capezzuto SPD: Bei uns herrscht Meinungsfreiheit!)

Ich war sowieso überrascht: Die Einzigen, die da richtig gefeiert haben, waren die Börsen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ärgert Sie!)

Ich glaube nicht, dass die SPD-Fraktion gefeiert hat, als sie erfahren hat, wie das passiert ist.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die steigenden Kurse haben uns auch gefreut!)

Die erste Frage ist also, ob die Steuerreform überhaupt kommt.

Zweitens: Wir stehen wirtschaftlich so da, als ob wir zum 1. Januar verkauft hätten. Ich will es Ihnen erläutern: Der Kaufpreis wird in der Tat erst gezahlt, wenn das Unternehmen übergehen kann, aber verzinst wird der Kaufpreis rückwirkend zum 1. Januar 2000.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Wir stehen also so da, als ob wir bereits verkauft hätten.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Dann ist aber Ihr Zinsargument von vorhin falsch!)

Das Nächste ist, dass es uns darum gegangen ist, jetzt zu verkaufen. Wer weiß, wie in einem Jahr der Energiemarkt aussieht. Sie haben uns doch oft vorgeworfen, wir seien viel zu spät dran. Jetzt sollen wir plötzlich wieder ein Jahr warten. Es war der späteste Zeitpunkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Höchste Zeit! Sonst gibt es nichts mehr zu verteilen!)

Deswegen war es richtig, dass wir verkauft haben.

(Abg. Dr. Puchta SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Capezzuto SPD: Sie hätten doch 400 Millionen DM sparen können, wenn Sie sechs Monate gewartet hätten!)

– Nein. 400 Millionen DM kostet es auch dann noch Steuern, wenn das durchgeht, was die Bundesregierung will.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber nicht in der Höhe!)

– Gut, es sind keine 1,9 Milliarden DM. Das ist keine Frage. Es kostet nach wie vor Steuern. Es kostet wesentlich weniger Steuern. Wir waren aber der Meinung, im Sinne der EnBW muss zum jetzigen Zeitpunkt verkauft werden und nicht zu einem späteren Zeitpunkt.

Bitte sehr, Herr Dr. Puchta.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Finanzminister, man kann sich von Regierungsseite aus ja auf den Standpunkt stellen, dass es, egal, aus welchen Gründen, richtig ist, jetzt zu verkaufen. Aber ich frage Sie noch einmal: Als absehbar war,

(Dr. Puchta)

dass die Steuerreform wahrscheinlich kommt, warum haben Sie da nicht wie beispielsweise die Telekom dieses Unternehmen auf Termin verkauft oder die Eigentumsübertragung ins nächste Jahr verschoben? Dann hätten Sie diese Steuern sparen können, und es wäre insgesamt nicht diese komische Konstruktion der Stiftung nötig gewesen. Wir hätten dann weiterhin die Souveränität gehabt, hier im Parlament über die Mittelvergabe zu entscheiden und nicht in einer Stiftung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Rapp  
REP: Weil man sich auf diese Bundesregierung nicht verlassen kann!)

**Finanzminister Stratthaus:** Ganz einfach deswegen, weil ich der Meinung bin, dass Terminverkauf, wie Sie das nennen, ein Steuerumgehungstatbestand wäre. Darüber müsste man noch einmal diskutieren. Das ist keineswegs so klar.

Dann kommt noch dazu: Es gibt auch böse Zungen, die behaupten, das Ganze sei nur für die Telekom gemacht worden.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Es gibt auch diese Unterstellung, dass sich der Bund da einen besonderen Vorteil verschaffen wollte.

Ich muss Ihnen noch einmal sagen: Auch 400 Millionen DM wären zu viel gewesen. Wir mussten jetzt verkaufen. Wir haben jetzt einen Käufer gehabt. Die strategischen Überlegungen können jetzt schon angestellt werden. Deswegen war der Verkauf wirtschaftlich, erfolgte aber auch im Sinne der Industriestruktur genau zum richtigen Zeitpunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse in der Zweiten Beratung, Drucksachen 12/4849 und 12/4850.

Wir stimmen zunächst ab über den

Staatshaushaltsplan 2000/01

Hierfür ist Abstimmungsgrundlage die Drucksache 12/4849.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich, wie es in früheren Jahren ebenfalls praktiziert wurde, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dem Einzelplan 01 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 02 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 04 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 05 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 06 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Hier liegt zu Kapitel 0704 – Denkmalpflege – der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/4859, vor. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP abstimmen.

(Abg. Brechtken SPD meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Bitte schön, Herr Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Präsident, wir bitten um getrennte Abstimmung über die Titelgruppe 95 und die Titelgruppe 99.

**Präsident Straub:** Jawohl. Dann lasse ich zunächst über den Teil des Änderungsantrags Drucksache 12/4859 abstimmen, der sich auf Titel 893 95 bezieht. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Teil des Änderungsantrags ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Teil des Änderungsantrags, der sich auf die Titelgruppe 99 bezieht. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – mit den beschlossenen Änderungen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium Ländlicher Raum

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 08 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Sozialministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 09 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt und Verkehr

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 11 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über das

Staatshaushaltsgesetz 2000/01

Dafür ist die Drucksache 12/4850 die Abstimmungsgrundlage.

Ich rufe auf

§ 1

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist § 3 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4861. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über § 4 abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe auf

§ 6

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Ich rufe auf

§ 7

Wer stimmt zu? – Einstimmig.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

§ 8

Wer stimmt zu? – Einstimmig.

Ich rufe auf

§ 9

Wer stimmt zu? – Einstimmig.

Ich rufe auf

§ 10

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Einstimmig.

Ich rufe auf

§ 11

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 12

Wer stimmt zu? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 13

Wer stimmt zu? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 14

Wer stimmt zu? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 15

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 15 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

§ 16

Wer stimmt zu? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 17

Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – § 17 ist mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Februar 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01 – StHG 2000/01)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit mehrheitlich angenommen und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Auswirkungen der von 14 EU-Mitgliedsstaaten beschlossenen Strafmaßnahmen gegen Österreich auf die Europapolitik der Landesregierung – beantragt von der Fraktion Die Republikaner**

Es gelten die üblichen Redezeiten: Gesamtredezeit 50 Minuten, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner der zweiten Runde. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diesen Redezeitrahmen zu halten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, bitten, die Gespräche im Saal einzustellen.

**Abg. Dr. Schlierer** REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungsbildung am 4. Februar in Wien hat europaweit zu hysterischen Reaktionen geführt, auch in Deutschland, wo sich manche regelrecht überschlagen haben, um ein Schreckgespenst aus Österreich an die Wand zu malen.

Obwohl die neue österreichische Regierung eine geradezu entwürdigende Deklaration unterschreiben musste, wurde so getan, als ob der Leibhaftige vor der Türe stünde. Der Schreckensruf „Haider ante portas“ gellte durch das Land, und was dabei sichtbar geworden ist, ist ein unglaubliches Ausmaß an politischer Heuchelei.

(Beifall bei den Republikanern)

Besonders schlimm ist, meine Damen und Herren, dass offensichtlich auf maßgebliches Betreiben der Bundesregierung ein Boykott der 14 EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Österreich angezettelt wurde.

(Zuruf: Mit Recht!)

Mit dem Einpeitscher Joschka Fischer, von dem wir seit Monaten ein klares Wort zu Tschetschenien vermissen, wurde nun eine Quarantänemaßnahme gegen Österreich ins Leben gerufen. Die bilateralen Beziehungen zwischen den 14 EU-Staaten und Österreich sollen eingefroren werden, und dieser Boykottvorschlag, meine Damen und Herren, entbehrt nicht grotesker Züge. Da gibt es einen Außenminister in Belgien, der davon spricht, dass er seinen Landsleuten nicht mehr raten könne, in Österreich Ski zu fahren,

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

weil das nach seiner Ansicht unmoralisch sei.



(Dr. Schlierer)

Meine Damen und Herren, ich wüsste gern, was es für eine Diskussion gegeben hätte, wenn ein deutscher Minister den Belgiern gegenüber erklärt hätte, es wäre wohl besser, wenn niemand mehr mit kleinen Kindern nach Belgien fahren würde.

(Beifall bei den Republikanern)

Österreich, unser Nachbarland, wird zu einem Aussätzigenstaat erklärt. Dieses Maß an Heuchelei, meine Damen und Herren, das dahinter steht, hat Berthold Kohler in der FAZ am 2. Februar dieses Jahres recht zutreffend wie folgt zum Ausdruck gebracht. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

Noch nie haben die Mitglieder der Europäischen Union mit einer solchen diplomatischen Härte und Geschwindigkeit wie in diesen Tagen reagiert; nicht, als auf dem Balkan das Vertreiben und Morden begann, nicht wegen der Moskauer Vernichtungskriege in Tschetschenien und auch nicht wegen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Recht hat er. Das war es. Die Maßstäbe selbst, die hier sichtbar werden, machen deutlich, worum es hier wirklich geht. Es geht nicht darum, meine Damen und Herren, irgendwelchen Fehlentwicklungen etwas entgegenzustellen, sondern es geht darum, politisch in Europa in einer unverantwortlichen Art und Weise Stimmung zu machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Im Übrigen wird ja wohl die Frage erlaubt sein, was es denn damit auf sich hat, dass die FPÖ in Österreich schon einmal mit den Sozialisten in einer Regierungskoalition war, und dass es nur wenige Wochen her ist, dass der ehemalige Bundeskanzler Klima sich noch bei Herrn Haider darum bemüht hat, eine Duldung einer SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ zu erreichen. Dazu kann ich nur eines sagen: Wenn das so ist, müssen diejenigen, die nun von Menschenrechten, die gefährdet seien, sprechen und alle anderen Fehlentwicklungen hier beschwören, sich selbst fragen lassen, welche Maßstäbe sie haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Auswirkungen dieses Boykotts, meine Damen und Herren, sind fatal.

Auch hier darf ich noch einmal auf den vorhin schon zitierten Artikel in der FAZ zurückgreifen. Darin schreibt Herr Kohler sehr zutreffend, vor allem die Beitrittskandidaten im Osten würden sich fragen, ob die EU tatsächlich aus Sorge um die Demokratie den Wählerwillen der Österreicher missachte, oder ob es vielmehr darum gehe, den kleinen Ländern die politischen Vorstellungen der Großen aufzuzwingen. Die Mittel- und Osteuropäer können sich noch gut an die Breschnew-Doktrin erinnern;

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

sie sind nicht erpicht auf eine neue Doktrin aus Brüssel.

(Beifall bei den Republikanern)

Genau das ist das Problem.

Damit, meine Damen und Herren, stellt sich für uns hier in Baden-Württemberg folgende Frage: Wie geht es denn mit der Europapolitik der Landesregierung weiter? Wir haben die Internationale Bodenseekonferenz, wir haben die ARGE Alp, wo wir ständig mit Österreichern zusammenarbeiten, wir haben die Kontakte dieses Landtags zu Vorarlberg und zur Steiermark.

Wir Republikaner fordern daher heute, meine Damen und Herren, die Landesregierung auf, sich klar und deutlich von den Boykottmaßnahmen der Bundesregierung abzusetzen und auch künftig europäische Solidarität mit dem Nachbarland Österreich zu üben.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir fordern die Landesregierung weiterhin auf, in den schon erwähnten Organisationen mit österreichischen Vertretern wie gehabt zusammenzuarbeiten und keine Ausgrenzung zu üben.

(Zuruf von der SPD)

Und wir richten auch an Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier in diesem hohen Hause, den Appell, auch künftig die guten Beziehungen zu den österreichischen Landtagen aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Zu Österreich schon, aber nicht zu rechtsex-tremem Gschwerl!)

– Ja, ja.

Der Landtag in Graz und der Landtag in Bregenz kennen auch die FPÖ-Klubs, und zu denen gilt dann eben auch der gute Kontakt.

Meine Damen und Herren, wer es mit Europa ernst meint, darf und kann sich an der Ausgrenzung Österreichs nicht beteiligen. Wer sich um die Wahrung der Menschenrechte sorgt, soll sich um die Menschenrechtsverletzungen in Grosny kümmern. Da aber ist bei Ihnen auf dem linken Flügel bis heute Fehlanzeige.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe von der SPD)

– Sie schreien da jetzt links außen.

Aber eines will ich Ihnen auch noch sagen: Wer den Boykott Österreichs zum Maßstab macht, muss sich doch fragen lassen, ob dann nicht auch die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Beteiligung einer demokratie-feindlichen kommunistischen Partei in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unter Quarantäne gestellt werden müsste.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie müssen sich vorhalten lassen, dass Sie es mit den Maßstäben, die Sie gerne an andere anlegen, selbst nicht genau nehmen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Wir lieben Österreich, aber kein braunes Gschwerl!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich weise nochmals darauf hin, dass die Aussprache in der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schmid.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Vorlesewettbewerb!)

**Abg. Roland Schmid** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsbildung in Österreich war langwierig. Sie war schwierig. Ein anderes Ergebnis wäre möglich gewesen, wenn sich die SPÖ etwas mehr von ihrem gewerkschaftlichen Flügel gelöst hätte.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Uns wäre es natürlich sehr viel lieber gewesen, die neue österreichische Regierung würde allein von der ÖVP ohne die FPÖ getragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Es ist doch so: Die Regierungsbildung in Österreich verdient Aufmerksamkeit, aber weder von links noch von rechts Aufregtheit.

(Zuruf des Abg. König REP)

Es ist auch, meine Damen und Herren, bemerkenswert, dass sich niemand darüber aufgeregt hat, dass sich Kommunisten und Exkommunisten in zahlreichen Regierungen in Europa tummeln,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

und dass sich niemand aufgeregt hat, als die Türkei – auch auf Betreiben von Außenminister Fischer –, wo eine rechtsextreme Partei mitregiert, als Beitrittskandidat der EU aufgenommen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Niemand hat sich darüber mokiert, dass in Deutschland selbst die PDS hoffähig gemacht wurde und in einer Landesregierung mitwirkt. Niemand hat sich darüber mokiert, dass Jörg Haider in Österreich bereits in Verantwortung steht.

(Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie? – Abg. Capezzuto SPD: Wo stehen Sie eigentlich? – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Was wollen Sie uns mitteilen? – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist doch schon die Sache! Er kapiert es nur nicht! Cappuccino! Ein so schwaches Bild!)

Keiner ist aufgetreten, der gesagt hat – –

– Ich sage es Ihnen gleich; Sie müssen sich noch ein bisschen gedulden und zuhören.

(Zurufe von der SPD: Er liest auch ab! – Weitere Zurufe von der SPD)

Im Übrigen ist bemerkenswert, meine Damen und Herren,

(Abg. Nagel SPD: Das kann ja „Haider“ werden!)

wie sich die Koalition in Österreich verhält.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ich denke, man sollte auch verfolgen, was dort geäußert wird. Dort wurde – ich darf zitieren – erklärt:

(Zuruf von der SPD: Jetzt darf er ablesen!)

Die Bundesregierung

– in Österreich –

arbeitet für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden. . . . Sie sind für volle Beachtung der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen jeglicher Nationalität, gleichgültig, aus welchem Grund sich diese in Österreich aufhalten.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir alles schon gelesen!)

Sie unterstützen die Charta der europäischen politischen Parteien für eine nicht rassistische Gesellschaft und verpflichten sich, auf die vorbildliche Verwirklichung der in dieser enthaltenen Grundsätze in Österreich hinzuwirken.

Meine Damen und Herren, dies verdient unsere Aufmerksamkeit, sorgfältige Beobachtung und Bewertung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir müssen wissen und verfolgen, ob diesen Worten auch Taten folgen, ob sich die überzeugten Europäer der ÖVP in dieser Regierung durchsetzen können

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

und ob die FPÖ in der Verantwortung in der Regierung merkt, dass mit markigen Sprüchen allein Politik nicht gemacht werden kann,

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

sondern dass wirklich etwas anderes folgen muss.

Wir wissen natürlich auch: Haider hat in der Vergangenheit schon sehr viel Unsinn geredet.

(Abg. Bebbler SPD: Unsinn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Er hat sehr viel Unsinn und Blödsinn geredet.

(Zuruf von der SPD: Verniedlichung!)

Erst dann, wenn dies in Österreich Politik werden sollte, ist der Zeitpunkt gekommen, meine Damen und Herren,

(Abg. Bebbler SPD: Rechtsbruch wird zum Fehler!)

(Roland Schmid)

auf der Grundlage der europäischen Verträge und Regelungen zu Konsequenzen zu kommen.

Es ist falsch, Österreich heute in die Isolation zu treiben. Man muss ja auch einmal die Reaktion bedenken. Wir wollen doch eine vernünftige europäische Politik. Wenn Österreich den Fehdehandschuh aufnimmt und nicht mehr mitmacht, ist doch in Europa fünf Jahre lang Lethargie angesagt.

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es!)

Das können wir ja auch nicht wollen.

(Zurufe von der SPD)

– Das ist doch völlig falsch.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist unglaublich!)

Wissen Sie, einigen Leuten gefällt es, sich gegenüber allen anderen als Zuchtmeister aufzuspielen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Ja-wohl!)

Wir müssen doch auf die Ergebnisse schauen. Ich denke, das ist auch das für uns Wichtige.

Wir wollen Haider weder verteidigen noch schützen.

(Abg. Capezzuto SPD: Was machen Sie denn dann die ganze Zeit? – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

Im Gegenteil. – Reden Sie doch jetzt nicht immer so einen Papp daher. Wie kann ich acht Minuten reden, wenn ich fünf Minuten Redezeit habe und immer noch eine Minute habe? Rechnen war noch nie Ihre Stärke.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es geht im Gegenteil darum, Haider und seine Partei und auch rechtsextreme Strömungen im In- und Ausland zu verurteilen. Wir wollen uns aber selbst an das halten, was wir von anderen verlangen, nämlich an die Regelungen und die Vereinbarungen der EU. Wir wollen auf dem Fundament unserer gemeinsamen politischen Ziele und unserer Werte Europapolitik fortführen und vollenden. Das ist unser Auftrag, und nicht aufgeregt herumzurennen und falsche Dinge zu machen. Wir wollen ein gescheites Ergebnis auch noch in fünf Jahren haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das ist ja beängstigend!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir von den Vorrednern vernommen haben, ist der Gipfel der Verharmlosung.

(Lachen bei den Republikanern und Abgeordneten der CDU – Abg. Hauk CDU: Sie sind hier nicht in Vorderösterreich!)

Dabei geht es, meine Damen und Herren, um das Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie in Europa.

(Abg. Käs REP: Wurden die nicht gewählt? – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Überlegen Sie jeden Satz! Der wird auch von unseren österreichischen Nachbarn gehört! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Überlegen Sie jeden Satz!)

– Oh, ich überlege mir jeden Satz sehr genau, Herr Kollege.

Ich verweise auf Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union, wonach die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es! – Zurufe von den Republikanern)

die Grundlage für ein modernes, demokratisches, offenes und tolerantes Europa bilden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Roland Schmid CDU: Türkei! – Zuruf des Abg. Herrmann CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Wo ist denn Ihre Toleranz?)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie jetzt einmal mit einigen Zitaten konfrontieren und frage Sie, ob diese mit den genannten Grundwerten in Einklang zu bringen sind.

(Abg. Roland Schmid CDU: Sagen Sie gleich noch etwas zur Türkei!)

1991 musste der Vorsitzende der FPÖ nach einem Lob für die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

als Landeshauptmann in Kärnten zurücktreten. Während einer Parlamentsdebatte 1995 nannte Haider die NS-Konzentrationslager verharmlosend „Straflager“.

(Abg. Bloemecke CDU: Da wird auch abgelesen! Keine freie Rede! – Zuruf des Abg. Mappus CDU – Gegenruf des Abg. Zeller SPD)

In einer Fernsehdebatte 1998 verglich der FPÖ-Chef die Deportation der Juden im Dritten Reich mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Meine Damen und Herren, im November 1999 forderte Haider strengere Gesundheitskontrollen an Schulen und Kindergärten mit hohem Ausländeranteil.

(Abg. König REP: Ja! Was ist daran falsch? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Was? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich könnte diese Reihe beliebig fortsetzen. Aber ein Zitat ist mir noch besonders wichtig, das, was Haider 1995 über SS-Angehörige gesagt hat.

(Abg. Deuschle REP: Waffen-SS!)

(Dr. Caroli)

Zitat:

Es ist gut, dass es in dieser Welt einfach noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind.

(Abg. Weimer SPD: Unglaublich! Jetzt, bitte, Schlierer! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Das kommt, das kommt! Mit Freude! – Abg. Wintertruff SPD: Da strahlen die Republikaner!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer solche Äußerungen tut und dann mit seiner Partei Mitglied der Regierung wird, hat Grundwerte der Europäischen Union im Vorfeld mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Darauf muss Europa reagieren. Darauf haben die 14 Mitgliedsstaaten der EU reagiert, aber anschließend auch die Kommission.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Es gibt eine Entschliebung des Europäischen Parlaments,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die aber nicht ausgrenzt! Im Unterschied zu einigen SPD-regierten Ländern!)

die in genau diese Richtung geht. Diese Entschliebung ist mit den Stimmen der Konservativen gefasst worden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Die CDU Baden-Württemberg! – Zuruf des Abg. König REP)

Ich kann Ihnen nur raten, sich anstelle von Stoiberismus und des Guthaltens einer Reise nach Österreich an die besonnenen Worte der EVP im Europäischen Parlament zu erinnern,

(Abg. Roland Schmid CDU: Das haben wir gelesen!)

die einfach ihre Besorgnis zum Ausdruck bringt, wenn sie sagt: Für die Zukunft Europas muss nach Artikel 6 gewährleistet sein, dass die Grundrechte gewahrt sind.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das haben wir doch! – Abg. Roland Schmid CDU: Wo ist da die Neuigkeit?)

Es gibt im Übrigen unter dem Vorsitz von Roman Herzog derzeit ein Gremium, das eine Grundwertecharta erarbeiten wird.

(Abg. Göbel CDU: Richtig!)

Dort sollen diese Grundwerte festgehalten werden. Deswegen ist es für alle Demokraten dringend notwendig, in dieser Frage den Schulterschluss zu üben, und dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Roland Schmid CDU: Jetzt sagen Sie noch was zur Türkei!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema der von der Fraktion Die Republikaner beantragten Aktuellen Debatte lautet: „Auswirkungen der von 14 EU-Mitgliedsstaaten beschlossenen Strafmaßnahmen gegen Österreich auf die Europapolitik der Landesregierung“. Meine Damen und Herren, ich finde es nicht in Ordnung, dass dieses Thema so lautet. Es handelt sich nicht um Strafmaßnahmen, und es handelt sich nicht um Maßnahmen gegen Österreich.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Solche Maßnahmen sind nicht einmal beschlossen worden,

(Abg. Roland Schmid CDU: So ist es!)

sondern die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind vor der Regierungsbildung in Österreich übereingekommen, der österreichischen Öffentlichkeit, der europäischen Öffentlichkeit und den Partnern mitzuteilen, dass es über die europäischen Begegnungen in der Europäischen Union hinaus keine bilateralen Treffen geben wird, solange es diese Regierung gibt. Das ist etwas anderes.

(Zuruf von den Republikanern)

– Das ist keine Beschneidung der Rechte in Österreich, das sind auch keine Maßnahmen gegen Österreich,

(Abg. Göbel CDU: Doch! – Abg. Rapp REP: Was ist es dann?)

sondern das ist eine Maßnahme, die von vielen in Österreich erwartet und begrüßt wird,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

so wie ich mir wünschen würde, dass, käme jemand in Baden-Württemberg auf die Idee, eine Regierungskoalition mit den Republikanern zu bilden,

(Abg. Rapp REP: Sollen sie doch kommen!)

die Bayerische Staatsregierung zu einer ähnlichen Reaktion bereit wäre.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Diese Absprache innerhalb Europas ist ein Ausdruck dafür, dass es eine europäische Innenpolitik gibt. Sie ist ein Ausdruck dafür, dass Europa sich nur einigen kann, wenn wir uns über die Grundlagen verständigen, auf denen in Europa Politik gemacht werden kann, wenn wir uns darüber verständigen, dass eine politische Richtung, die sagt: der eigene Staat zuerst – Frankreich zuerst, Österreich zuerst –, die Europa ein Gegeneinander von Nationen begreift, nicht die Grundlage der europäischen Einigung sein kann. Denn die prekäre Grundlage dieser Einigung wäre, dass möglicherweise bestehende Widersprüche sozialer und sonstiger Art national umgesetzt werden, und genau das ist die Funktion von Jörg Haider in Österreich.



(Dr. Hildebrandt)

Fragen wir doch einmal – und das würde ich gerade die CDU gerne fragen –, wie die Funktion ist. Da geht es nicht um einzelne Aussagen. Jörg Haider ist ein Wiederholungs-täter, der zu jeder Aussage eine Entschuldigung nachlie-fert, ohne sich wirklich zu ändern und ohne das zu ändern, womit er in Österreich das geworden ist, was er ist, näm-lich Anheizer einer fremdenfeindlichen Stimmung, einer kulturfeindlichen Stimmung,

(Beifall der Abg. Birgit Kipfer SPD)

die sich auch mit Hatz und Hetzjagd gegen einzelne öster-reichische Dichter und Künstler gerichtet hat. Diese Ver-sprecher und diese Entschuldigungen gehören mit dazu, das zu bleiben, was er ist,

(Abg. Weimer SPD: Ein Lügenbold, ein Rechtsra-dikaler!)

und das, was er macht, nämlich eine fast völkische Politik in Österreich, vorzutragen und durchzusetzen.

Da ist die Reaktion der europäischen Staaten, da ist diese Ab-sprache, die sie getroffen haben, notwendig und richtig, und sie müssen die weitere Entwicklung mit Aufmerksam-keit verfolgen.

(Abg. Schonath REP: Diktatur!)

– Ich sehe, dass es gefährlich ist. Natürlich gibt es die Ge-fahr, dass Haider davon in Umkehrung der Argumente in Österreich profitiert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Genau so ist es!)

Aber es gibt einen Gedankengang, den ich Ihnen nahe le-gen will: Es gilt als Verdienst der CSU in Deutschland, dass sie den rechten Rand integriert und rechts von sich nichts mehr lässt als die Wand. Möglicherweise ist die CSU in Bayern in sich selbst genau das, was in Österreich im Augenblick stattfindet, nämlich eine schwarz-blaue Ko-alition.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Keitel: Gerade Sie müssen das sagen! – Abg. Dr. Schlierer REP: Da lacht ja seine eigene Frakti-on!)

Herr Stoiber, der den Österreichern im Oktober letzten Jah-res diese Koalition empfohlen hat, möchte nicht in die Nä-he von Herrn Haider gebracht werden. Diese Sorge finde ich verständlich. Man kann ihn aber in die Nähe von Herrn Schüssel bringen, der diese Koalition in Österreich gebildet hat. Wenn jemand, der von „durchrasster Gesellschaft“ und davon spricht, nationale Loyalität sei nicht teilbar, die Empfehlung gibt, mit der FPÖ zu koalieren, ist das ein gu-ter Hinweis darauf, dass die Integrationspolitik nach rechts nicht immer die richtige ist, sondern dass es Momente gibt, in denen es eine Abgrenzung, in denen es Klarheit geben muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist das, was ich bei Ihnen vermis-se.

(Zurufe von der CDU)

Ein letztes Wort zu denjenigen, die diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Wenn danach gefragt wird, welche Aus-wirkungen es habe, dass Jörg Haider der Chef einer Partei ist, die jetzt an der Regierung beteiligt ist, so haben Sie ge-rade eine dieser Auswirkungen erlebt. Der Bundesvorsit-zende der Partei Die Republikaner glaubt nämlich, Anlass zu haben, sich hier bereits aufblasen zu können.

(Abg. Deuschle REP: Sehr gut! Wunderbar!)

Sie haben vielleicht den Triumph in seiner Stimme gehört.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Aber ich sage Ihnen: Wenn man sich Herrn Schlierer und Herrn Käs ansieht, versteht man den brennenden Wunsch, Jörg Haider ähnlich zu werden. Das versteht man dann schon.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grü-nen und bei der SPD – Abg. Rapp REP: Die Öster-reicher machen nicht alles falsch!)

Die Absprachen unter den Mitgliedsstaaten der Europäi-schen Union und unsere eindeutige Haltung gehören zu den Maßnahmen, die notwendig sind, damit es hier bei uns nicht dazu kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Deuschle REP: Sagen Sie einmal etwas zu Hessen! – Abg. Rapp REP: Schöne Krawatte heu-te! Haben Sie extra für die Debatte diese Krawatte ausgesucht?)

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehr-ten Damen und Herren! Ich bin über das Vorgehen der Eu-ropeäischen Union gegen die Regierungsbildung in Öster-reich nicht glücklich. Ich bin deshalb nicht glücklich darü-ber, weil mir dieses Vorgehen – zum Teil jedenfalls – zu hysterisch erscheint und es – zum Teil – von Heuchelei ge-kennzeichnet ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin über das Vorgehen vor allem deshalb nicht glück-lich, weil das europäische Haus unter dem Strich in Miss-kredit gerät,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Um Gottes willen!)

in eine Situation gerät, in der partnerschaftliche Beziehun-gen zwischen den Staaten gestört werden.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ich glaube, mit diesem Vorgehen ist dem europäischen Ei-nigungsprozess unter dem Strich eher ein Bären-dienst er-wiesen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Pfister)

Ich bin nicht glücklich über das Vorgehen der 14 EU-Mitgliedsstaaten, weil es – jedenfalls zum Teil – auch ein falsches Signal an die neuen Beitrittskandidaten gibt. Das gilt für die neuen Länder im osteuropäischen Raum, das gilt aber etwa auch für die Schweiz. Welches Bild müssen neue Beitrittskandidaten von dieser Europäischen Union eigentlich erhalten, was den Toleranzgedanken angeht?

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ich denke: kein gutes Bild.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb sage ich: Dass jetzt die große Keule gegen das kleine Österreich geschwungen wird, ist europapolitisch nicht gut.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist nicht gegen Österreich gerichtet!)

Es ist aber auch ein Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht der Verträge. Denn zu einem Gemeinschaftsrecht und zu einer Gemeinschaftstreue gehören doch wohl auch ein Mindestmaß an gegenseitiger Solidarität und der Grundsatz, dass man, bevor der Stab über einen EU-Partner gebrochen und er in die Isolation getrieben wird,

(Abg. Bebber SPD: Das ist der helle Wahnsinn, was Sie sagen!)

zunächst einmal in Ruhe die konkrete Politik dieser Regierung abwarten sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Hier wird aber das Gegenteil gemacht. Das muss man kritisch sehen. Das heißt, ein Land wird vorsorglich in Haft genommen. Es wird so getan, als seien künftige Schandtaaten geradezu vorprogrammiert. Darauf hin werden die Sanktionen aufgebaut. Dies ist ein glatter Bruch der Amsterdamer Verträge. Man kann es nicht anders sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie haben ja jeden Maßstab verloren!)

Jörg Haider ist kein Liberaler, und die FPÖ ist keine liberale Partei. Das haben wir immer gesagt. Aber gerade deshalb müssen diejenigen, die zu hysterisch reagieren und jetzt auf die Straße gehen, daran denken: Vermeidet um Himmels willen alles, was dazu führen kann, dass dieses Verhalten geradezu ein Wählerbeschaffungsprogramm für Haider ist. Das müssen wir doch alle miteinander vermeiden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Wahrheit ist eine andere, meine Damen und Herren.

(Abg. Bebber SPD: Sie stellen alle Maßstäbe auf den Kopf!)

Das Wahlverhalten der Österreicher bei der letzten Wahl geht doch nicht auf die angebliche Lichtgestalt Jörg Haider

zurück, sondern das Wahlverhalten ist die Reaktion auf eine seit Jahrzehnten erstarrte Politik von SPÖ und ÖVP.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Genau so ist es!)

Schwarz und Rot haben in Österreich zu einer Proporzdemokratie geführt, haben Österreich zu einer Proporzdemokratie verkommen lassen, haben sich nach dem Muster „Mal links, mal rechts, mal schwarz, mal rot“ den Staat zur Beute gemacht und die Posten verteilt. Genau davon haben viele Österreicher in der Zwischenzeit die Schnauze gestrichen voll.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Republikaner – Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Genau!)

Nur aus diesem Grund jetzt 30 % oder fast 30 % der Wähler einer maßlosen Kritik auszusetzen, sie gewissermaßen in eine verbrecherische Ecke zu stellen, meine Damen und Herren, ist an Hysterie nicht zu überbieten, schadet aber – ich sage es noch einmal – vor allem der europäischen Einigung.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Diese Einschätzung ist falsch!)

Rot-Grün – das muss man kritisch sagen – war an diesem Irrweg, wie ich ihn bezeichnen möchte, durchaus beteiligt. Der Kanzler und auch der Außenminister haben eine Europapolitik betrieben, die von Opportunismus und auch von Heuchelei gekennzeichnet war.

Meine Damen und Herren, ein deutscher Außenminister, der freundlich in der Türkei oder in China oder anderswo Shakehands macht, ein deutscher Außenminister, dem die Barbareien in Tschetschenien ein Achselzucken wert sind,

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Unverschämt!)

ein solcher deutscher Außenminister, der jetzt hergeht und österreichischen Regierungspolitikern die Einreise verwehrt, ist unglaubwürdig.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Unglaublich, was hier vorgeht! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Joschka Fischer, meine Damen und Herren, in der Opposition

(Abg. Dr. Caroli SPD: Diese Rede ist ein Skandal!)

ein Menschenrechtsgladiator, und ein Joschka Fischer in der Regierung ein Menschenrechtsdäumling. Das ist die Situation. Ich kann nur sagen: Bei einer solchen Politik hat man Sehnsucht nach einem seriösen Außenminister.

(Oh-Rufe von der SPD)

Klaus Kinkel wäre dies nicht passiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Pfister)

Es bleibt die Frage, wie dieser Schaden für die Europäische Gemeinschaft beseitigt werden kann; denn es ist Schaden entstanden. Meine klare Antwort ist: Die deutsche Bundesregierung muss ihren Kurs ändern. Sie hat den Fehler gemacht, sie muss den ersten Schritt dazu tun, dass das Verhältnis zu Österreich wieder normalisiert wird. Dazu gehört Einsicht. Dazu gehört Bereitschaft, diesen Fehler zu korrigieren.

(Abg. Capezzuto SPD: 14 Staaten, und Sie reden einen solchen Mist! Das gibt es doch gar nicht!)

Ich fordere die deutsche Bundesregierung auf, diesen Fehler zu korrigieren und auf den Kurs einer europäischen Partnerschaft zurückzugehen.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

(Große Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bemerkenswert: Die Republikaner machen sich Sorgen um die Europapolitik der Landesregierung. Wenn ich es in den vergangenen Jahren richtig verstanden habe, wäre es den Republikanern doch am liebsten gewesen, es gäbe überhaupt keine Europapolitik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Warum dann dieser Antrag heute: „Hilfe für Österreich in schwerer Zeit“? Ist das die Motivation, . . .

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** . . . oder soll die Gelegenheit benutzt werden, hier im Landtag ein bisschen vom Haider-Effekt zu profitieren? Darauf deutet ja die rührende, die hübsche Aufforderung von Herrn Schlierer hin: Deutsche, macht in Österreich Urlaub. Wir sind froh, Herr Schlierer, dass Sie uns noch nicht zu Gemeinschaftsreisen mit „Kraft durch Freude“ verpflichten wollen. Das würde noch fehlen. Jeder Baden-Württemberger wird weiter dort Urlaub machen, wo er es für richtig hält, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von den Republikanern: Ja, jetzt aber noch viel lieber!)

Damit eines von vornherein unmissverständlich klar ist: Diese Landesregierung hat stets rechtsradikale Parolen, rechtsextreme Positionen und eine rechtspopulistische Politik strikt abgelehnt, und wir lehnen sie weiter ab – sei es nun bei uns in Deutschland, sei es in anderen europäischen Ländern. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

(Beifall bei der CDU)

Vieles von dem, was Haider vertritt, erfüllt uns mit großen Sorgen. Eine Schwierigkeit bleibt allerdings: Er wechselt die Positionen schneller, als man sie ihm nachweisen kann. Er ist glitschig; er geht der Auseinandersetzung aus dem Weg. Sie haben es in den vergangenen Tagen in verschiedenen Debatten verfolgt. Für uns hier im Landtag, zumindest für vier Fraktionen, muss eines ganz klar sein: Rechtsextremismus ist abzulehnen. Rechtsextremismus heißt: aggressiver Nationalismus, aggressive Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

(Abg. Deuschle REP: Sie müssen hier als Regierungsmann reden!)

Es bedeutet Hass gegen demokratische Entscheidungsstrukturen und gegen demokratische Meinungsbildungsprozesse.

(Zuruf von den Republikanern: Meinungsterror!)

Das verabscheuen wir in diesem Haus. Das darf in Deutschland keine Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wintruff SPD zur CDU: Warum klatscht ihr nicht?)

Herr Schlierer, ich finde es schon bezeichnend, dass Sie eine Erklärung, die das fundamentale Wertgerüst der europäischen Werteordnung beschreibt – nämlich die Erklärung, die Bundespräsident Klestil dieser Regierung auferlegt hat –, als eine entwürdigende Erklärung bezeichnen. Das ist eine selbstverständliche Erklärung, die sich diese Koalition selbst gegeben hat. Diese selbstverständliche Erklärung basiert auf dem Boden der europäischen Traditionen, auf den Fundamenten der europäischen Werteordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schlierer?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Bitte schön.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Minister, ist Ihnen entgangen, dass dieses Bekenntnis den die Regierung tragenden Fraktionen regelrecht abgepresst worden ist – mit der Folge, dass das Ganze beispielsweise in der FAZ vom 4. Februar 2000 im Kommentar „Die guten Europäer“ als ein „entwürdigendes Bekenntnis“, zu dem diese Regierung „gezwungen wurde“, bezeichnet wurde?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Für mich ist es kein entwürdigendes Bekenntnis. Für die ÖVP war es eine Selbstverständlichkeit, diese Erklärung zu unterschreiben, weil sie all das umfasst, was die ÖVP über viele Jahre hinweg, seit 50 Jahren in der österreichischen Politik vertreten hat, Herr Schlierer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nun wurde in Österreich eine neue Bundesregierung gebildet. Grundlage dieser Regierungsbildung war eine demokratische Wahl. Ihr folgten Koalitionsverhandlungen, an denen die drei großen österreichischen Parteien in den ver-

(Minister Dr. Palmer)

schiedensten Variationen beteiligt waren. Denn nicht nur die ÖVP bot der FPÖ Verhandlungen an, auch die SPÖ hat diese Verhandlungen geführt.

Im Übrigen, Herr Maurer, Herr Caroli: Wenn hier irgendjemand die Möglichkeit hat, die Debatte ohne eigene Rücksichtnahmen zu führen, dann muss ich einräumen, dass das die Grünen sind. Denn die SPÖ regiert derzeit in sechs österreichischen Bundesländern zusammen mit der FPÖ:

(Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

in Oberösterreich, in Niederösterreich, im Burgenland, in Kärnten, in der Steiermark und in Wien. Dort sitzt sie zusammen mit der FPÖ in der Regierung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass nach österreichischem Verfassungsrecht alle Parteien, wenn sie eine Mindestprozentzahl überschreiten, an den Landesregierungen nach einem bestimmten Proporz beteiligt werden?

(Abg. Capezzuto SPD: Müssen! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Sie müssen doch nicht! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das war link, was er macht! – Abg. Maurer SPD: Das war so etwas von übel, was Sie gerade gemacht haben! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das war ein übler Propagandatrick! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit der Herr Minister antworten kann.

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Ich würde Herrn Kollegen Brechtken gern die österreichische Situation erläutern: Nach der österreichischen Verfassungssituation ist es überhaupt nicht so, dass in den Ländern gezwungenermaßen Konzentrationsregierungen stattfinden. Salzburg und Tirol haben in den vergangenen Jahren diese Konzentrationsregierungen in den Verfassungen auf Betreiben der ÖVP abgeschafft. Es ist mir überhaupt nichts darüber bekannt, dass es SPÖ-Initiativen in den anderen Bundesländern gibt, in denen die SPÖ mitregiert, diese Konzentrationsregierung zu beenden. In den vergangenen Jahren sind in zwei österreichischen Bundesländern diese Konzentrationsregierungen abgeschafft worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie brauchen die Mehrheit zum Abschaffen! – Abg. Maurer SPD: Sie sind ein Trickser, ein übler Trickser!)

Im Übrigen hat die SPÖ am Anfang in Kärnten angekündigt, dass sie ihre Mandate nicht wahrnehmen, dass sie die Mandate unter Landeshauptmann Haider in der kärntnerischen Regierung nicht ausüben werde. Sie ist mit drei Lan-

desräten vertreten. Sie hat jetzt gerade dem Haushalt in Kärnten zugestimmt. Sie regiert in Oberösterreich zusammen mit der Schwester von Herrn Haider, und in der Steiermark war bisher ein Landesrat, der jetzt neuer FPÖ-Infrastrukturminister der Bundesregierung ist, nämlich Herr Schmid. Deshalb können Sie nicht hier herzutreten und sagen, dass mit der FPÖ keine Koalitionsbildung möglich sei.

(Abg. Bebber SPD: Das ist doch haarscharf verlangen!)

Sie müssen zuerst die Situation in den österreichischen Ländern verändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Bitte schön.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie überall dort, wo Sie den Zwang zur Regierungsbildung abschaffen wollen, dazu eine Mehrheit brauchen? Das ist meines Erachtens der Punkt, an dem Sie vorbeigeredet haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Vorbeigetrickst haben!)

Sie müssen in jedem Bundesland die Mehrheitsverhältnisse studieren und sich die Frage stellen, ob es möglich wäre, diese Regelung abzuschaffen. In den beiden Bundesländern, die Sie zitiert haben, war es so, dass dafür eine Mehrheit, ausgehend von der ÖVP, aber auch getragen von der SPÖ, zustande gekommen ist. Das muss man doch auch als Minister fairerweise sagen, und man darf nicht nur den Teil der Fakten nennen, die einem gerade in den Kram passen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Falsch!)

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Lieber Herr Kuhn, man kann auch Mandate ruhen lassen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Abg. Weimer SPD: Das sagt der Richtige!)

Die Österreichische Volkspartei hat in Kärnten, als sie nach skandalösen Äußerungen von Haider nicht mit diesem regieren wollte, ihre Mandate in der Landesregierung nicht wahrgenommen. Das war der richtige Kurs. Sie regieren in sechs von neun österreichischen Bundesländern mit. Sie haben daher nicht die Möglichkeit, hier herzutreten und eine Koalitionsbildung mit der FPÖ in Österreich zu verurteilen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Legalität der neuen österreichischen Regierung steht außer Frage. Nun kommt es auf die politische Praxis an. Daran werden wir als baden-württembergische Landesregierung die neue österreichische Regierung messen. Wir haben zu Bundeskanzler Wolfgang Schäussel und zur ÖVP großes Vertrauen. An der die proeuropäische Bündnistreue



(Minister Dr. Palmer)

und die europäische Werteordnung verteidigenden Einstellung der größten Regierungspartei besteht kein Zweifel.

(Zuruf von der SPD: Nicht ablesen!)

Ich möchte einige Worte zum Vorgehen der 14 EU-Mitgliedsstaaten und, mittendrin, unserer Bundesregierung sagen. Diese Reaktionen waren im höchsten Maße überzogen. Sie waren kontraproduktiv, und sie werden auf Dauer auch keinen Bestand haben können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die „Frankfurter Allgemeine“ hat geschrieben:

Sie waren der falsche Schritt zur falschen Zeit am falschen Ort und im falschen Stil.

Diese Politik der Sanktionen und der Abgrenzung hat im Übrigen ein besonnener Mann wie der EU-Außenkommissar Günter Verheugen, Ihr Parteifreund, auch nicht mitgemacht. Sie müssen sich einmal die Erklärung der Kommission anschauen. Die Kommission hat sich an dieser Abgrenzungspolitik, an dieser Politik gegen den Geist der Verträge nicht beteiligt. Sie war nicht parteipolitisch geprägt, sondern sie hat sich an Recht und Gesetz, an die Artikel 6 und 7 des Amsterdamer Vertrages gehalten

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoffentlich! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das genügt!)

und hat folgende Formulierung unter der Verantwortung von Günter Verheugen gefunden:

Zu diesem Zeitpunkt ist die Arbeit der europäischen Institutionen nicht betroffen. In diesem Zusammenhang wird die Kommission im engen Kontakt mit den Regierungen die Situation aufmerksam verfolgen, während sie ihre Arbeitsbeziehungen mit den österreichischen Behörden aufrechterhält.

Das ist die richtige Einstellung, die die Europäische Kommission mit Günter Verheugen gegenüber Österreich praktiziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer hätte denken können, dass die internationale Politik in unseren aufgeklärten Zeiten in so archaische Muster der Abgrenzung zurückfällt?

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist wirklich archaisch!)

Dieses Verhalten kann keine Maxime für die zukünftige Zusammenarbeit in Europa sein, und diese Maxime ist auch gegen den Geist der Verträge gerichtet gewesen.

Das Bild der Europäischen Union, die von Gleichberechtigung der Staaten gekennzeichnet ist und daher für viele junge Demokratien in Mittelost-, in Südost- und in Osteuropa Richtschnur ist, hat durch dieses Vorgehen der europäischen Mitgliedsstaaten Risse bekommen, eindeutige Risse bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Freie Rede!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen wirklich aufpassen, dass die Maßstäbe in Europa nicht verrutschen. Ich sage das ohne Vorwurf an irgendeine Seite des demokratischen Spektrums in diesem Haus. Wo sind denn die Proteste geblieben, als in Frankreich 1981 zum ersten Mal mit orthodoxen Kommunisten, mit Stalinisten, paktiert worden ist? Wo sind denn die Proteste geblieben, als sich in diesem Jahrzehnt, 1994/95, in Italien eine bürgerliche Regierung mit den Postfaschisten unter Gianfranco Fini an der Regierung Berlusconi beteiligt hat? Diese Proteste sind ausgeblieben, und deshalb dürfen wir jetzt auch gegenüber Österreich nicht mit zweierlei Maß messen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wem dient die Hysterie? Doch einzig und allein Haider,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

der sich als falsch Verstandener, als ungerecht behandelt und als Märtyrer stilisiert sehen kann. So, wie Schröder und Fischer es machen, so verhilft man jemandem in Europa zu Medienaufmerksamkeit. Erst die Sanktionen haben Haider zum Quotenrenner gemacht, sonst haben sie in Europa bisher überhaupt nichts bewirkt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Baden-Württemberg behält seine gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Österreich bei – zur österreichischen Regierung, zu den österreichischen Bundesländern –, wir werden selbstverständlich mit den österreichischen Bundesländern weiter in der Internationalen Bodenseekonferenz zusammenarbeiten, in der Versammlung der Regionen Europas, in der Arbeitsgemeinschaft der Alpen- und Donauländer. Wer daran Zweifel gehabt hätte, der wäre zu kurz gesprungen. Das ist für uns eine pure Selbstverständlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wirtschaft, Kultur, Umwelt, Landwirtschaft, Jugend, Wissenschaft – das sind die Themen, bei denen wir mit den österreichischen Bundesländern zusammengearbeitet haben und zusammenarbeiten werden, und in wenigen Tagen wird uns der österreichische Landeshauptmann Herbert Sausgruber von Vorarlberg besuchen, und wir freuen uns auf diesen Besuch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Nutzen der Menschen diesseits und jenseits der Grenzen sind unsere Energien gefordert, nicht Säbelrasseln und eine geradezu lächerliche Kanonenbootpolitik.

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die baden-württembergische Landesregierung wird peinlich darauf achten, dass die europäische Rechts- und Werteordnung von allen eingehalten wird. Das war bisher so, das bleibt auch in Zukunft so. Die bisherige Europapolitik der Landesregierung wird sich nicht verändern, ob Herr Haider von Kärnten die

(Minister Dr. Palmer)

Geschicke Österreichs mitbestimmt oder ob Herr Haider in Klagenfurt bleibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich in der zweiten Runde das Wort erteile, weise ich noch einmal darauf hin, dass die Debatte nach § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung in freier Rede zu führen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dieser Hinweis geht zumindest als Wunsch auch an die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Palmer, auswendig lernen!)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf eine Vorbemerkung machen: Ich kann die Ängste der Grünen hier durchaus entkräften. Wir haben gar nicht vor, Haider zu kopieren, weil wir die österreichischen Verhältnisse zu gut kennen, um nicht zu wissen, dass sie sich nicht auf dieses Land übertragen lassen.

(Zuruf: Schade, gell?)

– Nein, nicht unbedingt schade. – Aber wir sind froh, dass durch Jörg Haider und die Reaktion auf ihn jetzt wenigstens eines deutlich geworden ist: dass sich nämlich die Maßstäbe, die Sie selbst hier wie eine Monstranz vor sich hertragen, spätestens dann regelmäßig in Luft auflösen, wenn es mal zu einem konkreten Fall kommt.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Sie selber sind gescheitert an Ihren hehren und hier immer aufgeblasenen Wertvorstellungen, weil Sie sich jetzt im konkreten Fall dieser Wertvorstellungen völlig entledigt haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Erlauben Sie ein Wort zu Herrn Minister Palmer. Eines hat natürlich die Debatte heute schon Positives ans Tageslicht gebracht, dass sich nämlich die Landesregierung von Baden-Württemberg vom Kurs der Bundesregierung deutlich absetzt. Das begrüßen wir. Das ist hervorragend.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/  
DVP: Hoffentlich! – Abg. Roland Schmid CDU:  
Auf vielen Feldern!)

Allerdings, Herr Palmer, wenn Sie uns hier als Reisesachverständige oder Urlaubssachverständige darstellen, dann sollten Sie sich lieber an das eigene Portepée fassen, denn bei Flugreisen und Ähnlichem sind Sie wesentlich erfahrener als wir.

(Beifall bei den Republikanern)

Worum geht es? Meine Damen und Herren, es geht doch darum, deutlich zu machen, was Europapolitik jetzt eigentlich bedeutet. Heißt dies, Politik zwischen souveränen Staaten, die nach dem Völkerrecht einen Anspruch darauf haben, dass sich nicht jeder ungefragt in ihre inneren Angelegenheiten einmischt, oder gibt es jetzt – die Grünen sind die einzigen, die es offen sagen – eine Wertegemeinschaft, die eine Art europäischer Innenpolitik zur Folge hat? Für uns ist eines klar – das ist das Positive an dieser Debatte, das wir noch einmal deutlich machen können –: Wir sind nicht gegen Europa, wir waren es auch in der Vergangenheit nicht, aber wir sind gegen das Europa, das Sie jetzt hier loben,

(Beifall bei den Republikanern)

ein Europa, das, um Herrn Hildebrandt im Kern zusammenzufassen, doch darin besteht: „Am deutschen Wesen soll Europa genesen.“

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

So wollen Sie Politik in Europa machen, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei den Republikanern)

Für mich zeigt das – ich sage es ganz offen – eigentlich ein totalitäres Denken in der Grundstruktur.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Deswegen fällt an dieser Stelle Ihre wohlgehütete Maske. Im Übrigen gilt das auch für die SPD. Wenn Herr Caroli jetzt davon spricht, es gehe dabei um das Grundverständnis von Demokratie, kann ich Ihnen nur eines entgegenhalten: Zur Demokratie gehört auch, dass man sich beispielsweise im internationalen Bereich an Verträge hält. Was Sie hier deutlich gemacht haben – dass Sie nämlich glauben, aufgrund des Amsterdamer Vertrages könnte man so handeln, wie das jetzt die 14 EU-Regierungschefs gemacht haben –, zeigt, dass Sie entweder den Amsterdamer Vertrag nicht kennen oder ihn aber vorsätzlich missachten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Da gibt es im Artikel 7 ganz klare Prozeduralien, aber um die schert man sich gar nicht. Man setzt sich darüber hinweg, man stellt einfach etwas fest – das ist die klassische Vorverurteilung – und meint dann, sozusagen den moralischen Anspruch zu haben, so zu handeln, wie wir das hier gesehen haben.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wintruff  
SPD: Wehret den Anfängen!)

Ich will an dieser Stelle nur eines festmachen. Es ist wirklich so – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der heutigen „Welt“ –, wie es Michael Wolffsohn sehr zutreffend heute zu Haider formuliert hat:

Die Dummheit seiner Gegner macht mir Sorgen – und deren Heuchelei. Das demokratische Österreich wird von der EU boykottiert. Hofiert werden aber gleichzeitig Diktatoren wie Iraks Saddam Hussein, besonders von Frankreich; Libyens Gaddafi von Italien; oder die iranischen Mullahs von fast allen Europäern, obwohl Teheran den Friedensprozess in Nahost durch Morde torpediert.

(Dr. Schlierer)

Sehen Sie, das ist das Problem. Die doppelte Moral. Die wollen wir hier deutlich machen, und das muss offen gelegt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Im Übrigen noch ein Wort zu den Zitaten. Wenn sich Herr Haider von bestimmten Äußerungen inzwischen distanziert hat, sehe ich keine Notwendigkeit, hier in Baden-Württemberg einen Nachklapp dazu zu machen.

Aber an einem Beispiel will ich Ihnen auch Ihre doppelte Moral vorhalten. Sie haben vorhin ein Zitat gebracht, in dem sich Haider vor etlichen Jahren gegenüber Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS geäußert hat. Das wäre einmal ein abendfüllendes Thema, insbesondere wenn man die Äußerungen von SPD-Politikern zu diesem Thema heranzieht. Ich habe inzwischen Zeitzeugen kennen gelernt, die sich noch gut daran erinnern können, was Helmut Schmidt hier in Stuttgart vor Angehörigen der HIAG zu seiner Position zur Waffen-SS ausgeführt hat.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Das deckt sich mit dem, was der Senator Helmut Schmidt am 12. November 1965 in der „Zeit“ wie folgt ausgedrückt hat:

Man darf nicht in den Fehler verfallen, alle 900 000 Soldaten der Waffen-SS mit einer besonderen Kollektivschuld zu beladen und sie mit den SS-KZ-Bewachungsmannschaften in einen Topf zu werfen.

(Zurufe der Abg. Drexler, Wintruff und Dr. Caroli SPD)

Ich sage Ihnen nur eines: Sie müssen sich doch einmal an Ihren eigenen Zitaten aus Ihren eigenen Reihen messen lassen. Wenn ich das nehme, sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit, eine Diskussion zu führen, wie Sie sie hier versucht haben.

(Zuruf von der SPD: Sie verstehen nicht einmal, was Sie lesen!)

Zum Abschluss will ich Ihnen eines nur deutlich sagen: Was mir an dem Haider imponiert, ist Folgendes:

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Er hat im Gegensatz zu anderen Politikern keine Gesetze gebrochen, niemals Steine auf Polizeibeamte geworfen, nicht mit Mauermördern oder Diktatoren kokettiert, keine Menschenrechte verletzt, niemals zur Anwendung von Gewalt aufgerufen, keine Geldwäsche betrieben, keine schwarzen Kassen geführt und sich nicht bereichert. Ich glaube nicht, dass Sie das von sich hier sagen können.

(Anhaltender Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Ich muss mich von Ihnen nicht beleidigen lassen! Von so einem Typ wie Sie nicht! Im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht vorbestraft!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wer dem Thema gerecht werden will, muss zunächst bekennen, wie er es mit Haider hält. Haider ist ein Mann ohne Grundwerte, ein gefährlicher Demagoge, ein Rechtspopulist. Er hat ein unausgeglichenes Weltbild und kommt mit Medien geschickt zurecht. Deswegen ist er gefährlich. Aber er hat nichts mit dem Gedankengut unserer demokratischen Verfassung in Baden-Württemberg und für mich als Christdemokrat im Süden Deutschlands nichts mit unserer Partei gemein. Wir haben keine Abgrenzung nötig. Die Abgrenzung kommt allein aus dem, was Haider sagt, denkt und wie er handelt.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Dabei muss man schon, so glaube ich, deutlich machen, dass er sich zwar von Äußerungen distanziert, aber seine ganz gezielten verbalen Entgleisungen Taktik in ihm selbst sind. Er geht immer mit seinen Gedanken nach vorn und zuckt zurück. Aber die Gedanken sind trotzdem in ihm. Distanzierung mag formal ausreichend sein,

(Zuruf des Abg. Eigenthaler REP)

in Wahrheit ist sie das aber nicht. Stoi. . . --

(Abg. Dr. Schlierer REP: Wie Stoiber! Da haben Sie Recht!)

Haider steht, glaube ich, für eine gefährliche rechtspopulistische Politik, die Auswirkungen auf ganz Europa haben kann. Aber

(Abg. Wintruff SPD: Aber?)

wenn wir uns hier gemeinsam überlegen, wie wir erreichen, dass dies nicht neue Nahrung bekommt, dass Haider nicht mehrheitsfähig wird

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

im Nachbarland oder der Funke gar nicht zu uns überspringen kann,

(Abg. Deuschle REP: Was wäre dann?)

wird man festhalten müssen, dass die letzten Wochen nicht gegen Haider, sondern für Haider gelaufen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Hätte Haider die Chance zu einem Drehbuch gehabt, er hätte es genau so geschrieben, wie es die Regierungen in Paris und in Berlin getan haben,

(Zustimmung bei der CDU)

wie es die EU in den letzten Wochen praktiziert hat. Ich glaube, dass wir uns sehr nachdenklich fragen müssen, wenn wir uns über die Person und die Position von Haider einig sind und keinen Nachholbedarf an Abgrenzung haben, was der richtige Weg ist, um ihn nicht direkt und indirekt weiter aufzuwerten.

Wer das Land Österreich bestraft, weil Haider im Parlament sitzt und jetzt indirekt in Regierungsverantwortung ist, führt im Grunde genommen ein falsches Instrument.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr richtig!)

(Oettinger)

Ich halte es mit Kinkel. Kinkel hat in der Tat völlig klug gesagt: Die Maßnahmen, die diplomatisch eingeleitet und angedroht worden sind, sind nicht durchführbar und kontraproduktiv.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wer Maßnahmen androht, die er nicht durchführen kann, schadet seinem Ziel.

Das Ziel, Haider zu schwächen, teilen wir. Aber der Weg ist der falsche, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu: Sosehr ich überzeugter Europäer bin, die Europäische Union ist nicht der Zensor über demokratische Willensbildungen in den souveränen Staaten in ihr selbst.

(Zuruf von der SPD: Wer denn sonst?)

Es ist schon ein Quantensprung, dass erstmals auf europäischer Ebene im Grunde genommen eine Drohung für ein Wahlverhalten oder für eine Folge aus einer Wahl einem Land gegenüber geäußert worden ist. Diese Klugscheißerei halte ich für falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen: Sowohl im Hinblick auf das Verständnis von einer föderalen Europäischen Union, das ich habe, als auch auf das, was ich unter Strategie der Demokraten verstehe, wurde in den letzten Wochen der falsche Weg beschritten.

Übrigens, das scheint ja auch bei Ihnen nicht ganz unstrittig zu sein. Frau Röstel, Ihre Vorgängerin oder wie auch immer, Herr Kollege Kuhn, äußert sich skeptisch zur Wirksamkeit der EU-Sanktionen. Sie sagt:

Es bleibt abzuwarten, ob das dem Ziel, Haider zu schwächen, wirklich dienen kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist genau der Punkt!)

Ich glaube, sie hat Recht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich hat sie Recht!)

Wenn ich mir anschaue, was führende Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sagen, so teile ich deren Haltung.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Diese Diskussion würde ich gerne mit Ihnen führen, das ist etwas anderes als vorhin!)

Gerhard Schmid, Vizepräsident des Parlaments in Straßburg, sagt, eine derart weitgehende Einmischung habe es nie gegeben. Sie sei nur zu rechtfertigen, wenn die Demokratie in Gefahr sei. Das sei aber in Österreich nicht der Fall.

Franz Maget, stellvertretender Fraktionschef der SPD im Bayerischen Landtag, bezeichnet die auf europäischer Ebene ins Auge gefassten Sanktionen als Sackgasse.

Kurzum: Ich rate Ihnen, sich nicht selbstgerecht hinter das zu stellen, was Schröder und Fischer gemeinsam mit der Regierung in Frankreich vollzogen haben. Sie haben gewaltig überzogen und nützen damit in Wahrheit Haider und seiner populistischen Art.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt anführen, der mir auch sehr wichtig ist: Eine Frage geht auch an die Medien. Christiansen hat ihn eingeladen und wieder ausgeladen und ihn in Wahrheit damit erhöht. Und Böhme war mit seinen Gästen schlichtweg überfordert.

Wer Haider begegnet, muss gewappnet sein.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Wie wäre es Ihnen denn gegangen?)

Deswegen kann ich uns allen nur sagen: Wir haben Grund, aus den letzten Wochen zu lernen, aber in großer Nüchternheit und Gelassenheit. Manche Reaktion aus Berlin und Paris aber ist nachweisbar falsch. Ich rate uns: Abrüsten! Dann wird Haider längst nicht so stark, wie er es durch falsche Maßnahmen werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist genau der Punkt!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann, Herr Kollege Oettinger, eine sehr interessante Debatte über die Frage führen, wie man sich mit Haider und seiner Partei taktisch und strategisch richtig auseinandersetzt. Wenn sich Ihr werter Herr Minister im Staatsministerium und der wertere Herr Vorredner auf diese Frage konzentriert hätten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

hätten wir eine andere Debatte bekommen. Was Sie vorhin gemacht haben, hat zunächst dazu geführt, dass die kühnsten Träume von Herrn Schlierer in Erfüllung gegangen sind. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Bebbler SPD: Er lacht sich ins Fäustchen!)

Herr Palmer, an Ihre Adresse: Wenn Sie – Sie sind ja jetzt bei Ihren Bemühungen zu den österreichischen Länderverfassungen gründlich entlarvt worden – nicht lernen, dass Sie sich spätestens bei solchen Anlässen den Versuch der parteitaktischen Ausbeutung solcher Themen abschminken sollten,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

haben Sie nicht begriffen, wie ernst die Situation in Europa ist, in der wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)



(Maurer)

Das, was Sie vorgetragen haben, war sowohl vom Vorlesen her als auch sonst an Peinlichkeit nicht zu übertreffen. Ich sage Ihnen bei dieser Gelegenheit auch noch eines. Ich habe das Thema Österreich in der Debatte um den Haushalt des Herrn Ministerpräsidenten angesprochen. Es wäre angemessener gewesen, dieses Thema bei dieser Gelegenheit und nicht auf Veranlassung der Republikaner zu diskutieren.

Ihr Ministerpräsident zieht es bis heute vor, zu dieser Frage sowohl im Parlament als auch in der Landespressekonferenz zu schweigen

(Abg. Deuschle REP: Richtig! Den wollten wir heute haben!)

und sich durch Herrn Palmer vertreten zu lassen. Auch das ist peinlich; das können Sie ihm ausdrücklich ausrichten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was haben Sie denn zu sagen?)

Herr Kollege Oettinger, jetzt müssen wir uns einmal darüber unterhalten, ob wir dasselbe Verständnis bei der Frage haben, was die Europäische Union ist, und ob wir das gleiche Verständnis bei der Frage haben, worum es sich bei der FPÖ unter Herrn Haider handelt.

Fangen wir mit dem Letzteren an. Ich sage Ihnen – das haben Sie ja bei Herrn Schlierer und seinem Agieren deutlich gemerkt –: Bei der FPÖ unter Herrn Haider handelt es sich von der politischen Einordnung her ziemlich genau um dasselbe wie bei den Republikanern in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Eigenthaler REP: Danke, Herr Maurer! – Abg. Deuschle REP: Danke! Wir müssen bloß noch wachsen!)

Das ist ein ganz zentraler Ausgangspunkt. Es handelt sich nämlich bei der FPÖ um eine rechtsextremistische Partei, die geschickter agiert als beispielsweise die DVU oder die NPD. Das ist aber auch der einzige Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Das tut euch Leid! – Abg. Dr. Schlierer REP: SPD und PDS ist ja auch fast dasselbe!)

Sie agieren wesentlich geschickter. Damit sind wir bei dem zentralen Punkt. Als Christdemokraten würde mich Folgendes strategisch sehr beschäftigen: Was in Österreich vor diesem Hintergrund passiert ist, ist das Gleiche, wie wenn Sie in Deutschland, was Sie – Gott sei Dank! – bisher nie getan haben, eine Regierung mit den so genannten Republikanern bilden würden.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das ist das, was in Österreich passiert ist.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Deswegen sage ich Ihnen: Dass der ÖVP-Vorsitzende in Österreich eine Regierung mit den dortigen Reps gebildet hat, ist für seine eigene Partei existenziell bedrohend. Im Übrigen ist es, wenn es auf andere Länder übergreift, existenziell bedrohend für die Unionsparteien. Das müssen Sie sich klarmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Keitel CDU: Klima hätte es gemacht! – Abg. Dr. Schlierer REP: Aber sich dulden lassen! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie eine solche Koalitionsbildung in Deutschland – in diesem Fall mit den Reps – machen würden, wären die Reaktionen in Deutschland und im Ausland nicht zu vergleichen

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

mit den Reaktionen auf die österreichischen Ereignisse, zu denen es jetzt in Österreich und im Ausland gekommen ist. Ihnen fehlt, glaube ich, wirklich die Klarheit, strategisch richtig zu sehen, was das eigentlich heißt.

Herrn Schüssel werfe ich eines vor – und das wird allmählich überhaupt unser Trauma; von dieser Versuchung ist keiner in einer demokratischen Partei frei –: In dem Moment, in dem man anfängt, das persönliche Machtinteresse über grundsätzliche Erwägungen zu stellen, befindet man sich auf einer abschüssigen Bahn. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Das aber hat der ÖVP-Vorsitzende gemacht. Das hat mitnichten etwas mit dem österreichischen Volk zu tun.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Das ist ja allmählich irrwitzig. Ich weiß gar nicht, ob Sie überhaupt noch merken, was Sie hier sagen, Herr FDP/DVP-Fraktionsvorsitzender. 27 % bei einer nicht hundertprozentigen Wahlbeteiligung jetzt auch noch durch die Hintertür zum österreichischen Volk zu erklären,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

was Sie de facto machen, ist eine Beleidigung für die Mehrheit der österreichischen Wähler, damit das einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie müssen zuhören, Herr Maurer! Ich habe von einem Teil der Wähler gesprochen! Hören Sie doch zu! – Zurufe von der CDU und den Republikanern)

– Nein, nein. Ich mache Ihnen klar, mit welchen Suggestionen Sie hier arbeiten.

Die Beschlüsse der Europäischen Union und der Staatschefs der Europäischen Union richten sich mitnichten gegen Österreich oder das österreichische Volk. Wenn man Ihnen zuhört, könnte man gerade meinen, da seien ein Embargo oder irgendwelche wirtschaftlichen Sanktionen oder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder sonst etwas beschlossen worden.

(Unruhe)

Alles nichts, sondern die Staatschefs, und zwar auch die konservativen Staatschefs – diese übrigens vorweg, und zwar aus der Erwägung heraus, die ich Ihnen nahe zu bringen versucht habe – haben gesagt: Wir frieren unsere Kon-

(Maurer)

takte auf der diplomatischen Ebene auf das notwendige Maß ein. Und das suggerieren Sie hier zu einer gigantischen Bestrafung des österreichischen Volks.

(Abg. Rapp REP: So ist es!)

Dies ist eine Warnmaßnahme gegenüber Haider und seinen Anhängern und nicht gegenüber dem österreichischen Volk. Bei Ihnen sind ja in diesem Zusammenhang nicht mehr alle Tassen im Schrank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Deuschle und Herbricht REP)

Zum Schluss, Herr Präsident, komme ich zum Verständnis der EU. Da haben wir möglicherweise einen Dissens, Herr Kollege Oettinger. Aber es lohnt sich, sich darüber zu unterhalten.

(Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Das Verständnis von der Europäischen Union, das hinter diesem einstimmigen Beschluss der 14 steht – – Ich will Sie schon einmal daran erinnern, dass Herr Chirac kein Sozialdemokrat ist. Ich will Sie daran erinnern, dass Herr Aznar kein Sozialdemokrat ist. Ich will Sie daran erinnern, dass an dem Beschluss Regierungen beteiligt sind, die mitnichten unter sozialdemokratischer Führung stehen. Im Übrigen sollten Sie der Versuchung widerstehen, so zu tun, als ob das Ganze eine Erfindung von Schröder und Fischer gewesen wäre. Dies ist maßgeblich in Paris und in Madrid erbracht worden, damit jetzt einmal Klartext geredet wird.

(Zurufe der Abg. Dr. Schlierer und König REP sowie des Abg. Bloemecke CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Durch die tiefe Sorge konservativer Staatsführer in Europa, die aus der Geschichte etwas gelernt haben und diese Bedrohungen sehen, ist das zustande gekommen. Lassen Sie doch deswegen diese parteitaktischen Manöver in diesem Zusammenhang. Es wäre mir viel lieber, wir würden wieder zu dem Grundkonsens zurückkehren,

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

der da heißt: Mit solchen Parteien wie den Reps und der FPÖ gibt es keine Koalition in europäischen Regierungen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Genauso wenig wie mit der PDS! – Abg. Dr. Schlierer REP: Aber mit der PDS machen Sie eine Koalition! – Weitere Zurufe von der CDU und den Republikanern)

Es ist in der Tat das Verständnis von Europa, das hinter diesem Beschluss steht.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Maurer SPD:** Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

Das Verständnis von Europa, das hinter diesem Beschluss steht, ist, dass es sich um europäische Innenpolitik handelt. Das ist das, was der Kollege Pfister überhaupt nicht begreift.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wirklich, Herr Kollege: Ich halte normalerweise viel von Ihnen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das war eine hervorragende Rede!)

Aber hier eine Emotion gegen den Bundesaußenminister loszutreten,

(Zuruf der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

und zwar in einem x-fachen Umfang wie die Emotionen, die Sie beispielsweise gegenüber Herrn Haider erkennen lassen, das ist so was von dummdreist. Ich weiß gar nicht, was bei Ihnen im Kopf abgeht, solche Entgleisungen hier abzuliefern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nur zweierlei Moral, Herr Kollege! – Zurufe von den Republikanern)

Hinsichtlich Tschetschenien kann man sehr verschiedener Meinung sein. Ich bin übrigens auch anderer Meinung, was die harsche Reaktion angeht. Bei Tschetschenien geht es um Außenpolitik.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter!

(Abg. Haas CDU: Herr Präsident, er soll noch etwas zur PDS sagen! – Abg. Käs REP: So ist es!)

**Abg. Maurer SPD:** Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Hier geht es aber, jedenfalls nach unserem Verständnis, um europäische Innenpolitik. Es geht nicht mehr nur um eine Geschichte zwischen den souveränen Staaten Deutschland und Österreich, sondern es geht um europäische Innenpolitik,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist der Streitpunkt! – Zurufe der Abg. Deuschle und König REP)

und es geht um die Frage, ob es in der europäischen Innenpolitik gemeinsame Werte gibt – dazu gehört auch, dass man mit Rassisten keine Regierungen bildet –,

(Abg. Herbricht REP: Aber mit Kommunisten! – Weitere Zurufe von den Republikanern)

und darum, dass man bei Verletzung dieser Werte in Europa gemeinsam reagiert. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Schlierer REP: So was Verlogenes! – Abg. Roland Schmid CDU: Kein Wort zur PDS!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

(Abg. Haas CDU: Es ist die Frage, was der Maurer im Kopf hat! – Abg. Deuschle REP: Jetzt sagen Sie einmal etwas zu Herrn Fischer, zu seiner Vergangenheit! Hausbesetzer! – Unruhe)

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Europäische Gemeinschaft hat sich bei ihrer Reaktion auf die Regierungsbildung in Österreich bewusst auf wenige diplomatische Mittel beschränkt. Sie hat zu einem Mittel gegriffen, das auf dem gegenwärtigen Stand der europäischen Einigung möglich ist.

Es ist ja nicht nur so, dass es sich um europäische Innenpolitik handelt, sondern es ist auch so, dass sich diese überhaupt erst entwickeln muss. Dabei muss sie erstens die Ziele von Demokratie, Toleranz und Freiheit an die oberste Stelle setzen. Zweitens kann sie nicht existieren, sich gar nicht entwickeln, sondern muss im nationalen Gegensatz zerbröseln, wenn nicht von Anfang an in der Europäischen Gemeinschaft dafür gesorgt wird, dass es eine Nationen-, eine völkisch zentrierte Regierungspolitik nicht gibt. Das ist der Ausgangspunkt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Was wir jetzt gehört haben – entschuldigen Sie –, das gibt Ihnen nicht das Recht, von hysterischer und überzogener Reaktion zu sprechen. Wenn sich ein Minister der Regierung dieses Landes hinstellt und das, worauf sich die europäischen Staaten geeinigt haben, Kanonenpolitik nennt,

(Abg. König REP: Kanonenbootpolitik! – Abg. Drexler SPD: Kanonenboote auf der Donau!)

– Kanonenbootpolitik meinetwegen, die österreichische Marine seligen Angedenkens ist ja auch eine Geschichte –, wenn er das Kanonenbootpolitik nennt, wissen Sie, was das ist? Das ist – Herr Pfister, das will ich auch Ihnen sagen – Haider-Rhetorik:

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Schlierer REP: Jetzt beleidigt er auch noch den Haider! Ist ja allerhand!)

nichts klären, alles anspielen und ins Groteske verzerren, um somit Ressentiments zu bedienen. Das ist Haider-Rhetorik.

Haider-Rhetorik ist auch, „ja, aber“ zu sagen. Sie haben doch auch einen bei Ihnen in den Reihen, der „ja, aber“ sagt: ja, natürlich Entschädigung der Zwangsarbeiter, aber was ist mit den anderen?

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Deuschle REP: Natürlich!)

Der Zweck dieser Rhetorik, meine lieben Kollegen, ist etwas anderes. Der Zweck dieser Rhetorik ist,

(Abg. Drexler SPD: Relativierung!)

das Ja immer wieder in Zweifel zu ziehen und es zu relativieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Palmer hat angefangen mit Grundsätzen, denen wir alle zustimmen können – wir haben angefangen, zu klatschen –, dann aber „ja, aber“ gesagt. Wenn es darauf ankommt, sich darauf zu verständigen, dass das in der europäischen Politik nicht Fuß fassen darf, dann wird gesagt: „ja, aber“, und dann wird gesagt, das sei Kanonenpolitik, das dürfe man nicht machen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Na und?)

Der Hinweis auf Tschetschenien, Kollege Pfisterer,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Pfisterer!)

und der Hinweis auf die Türkei sowie die Art und Weise, wie Sie sich mit dem Außenminister unseres Staates auseinandergesetzt haben, ihm Heuchelei vorgeworfen haben

(Abg. Dr. Schlierer REP: Majestätsbeleidigung!)

– nein, das hat nichts mit Majestätsbeleidigung zu tun –,

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ja, natürlich!)

das ist eine Art, auf einem Rasen abmähen zu wollen, der die gleiche Wiese ist, die die Rechtsradikalen und Demagogen abmähen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist PDS-Rhetorik!)

Die Maßnahmen richten sich nicht gegen die Wähler und nicht gegen Österreich.

Über einen Punkt können wir wirklich ernsthaft miteinander reden; das interessiert mich, und das interessiert uns alle: Ist das eine Politik, die Haider wirklich aufwertet oder nicht? Wenn Sie das ernsthaft diskutiert hätten, Kollege Oettinger, hätten Sie auch das Für und Wider erwogen, hätten Sie auch erwogen, dass die Politik gegenüber Haider und der FPÖ nicht heute angefangen hat. Zum Beispiel hätten Sie den Vorstoß des Vorsitzenden der CSU, Herrn Stoiber, erwogen, den Österreichern diese Koalition vorzuschlagen. Die Aufwertung geschieht nicht dadurch, dass man sagt: „Hier ist ein Stopp, hier geht es nicht weiter“, sondern dadurch, dass man Herrn Haider koalitionsfähig macht. Und diejenigen, die Herrn Haider koalitionsfähig gemacht haben, sitzen in Ihren Reihen.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wen meinen Sie jetzt?)

– Sie sitzen in Ihren Reihen. Oder gehört die CSU nicht dazu?

Wenn Sie das ernsthaft diskutieren wollen, was ich ehrenwert finde und woran ich auch interessiert bin, dann müssen Sie sich die Frage stellen, wie Sie sich mit dem auseinander setzen, was in Ihren Reihen zur Aufwertung der FPÖ und des Herrn Haider getan worden ist.

(Abg. Haas CDU: Sagen Sie mal was zur PDS!)

(Dr. Hildebrandt)

Dann schlagen Sie uns vor, was man dagegen machen kann, wie man diese Politik ändern soll. Dann haben wir die ernsthafte Diskussion, die nötig ist, um die europäische Einigung nicht nur voranzubringen, sondern überhaupt erst möglich zu machen. Die europäische Einigung kann nur funktionieren, wenn das, was es an sozialen und politischen Widersprüchen und Streitigkeiten in Europa gibt, nicht Wasser auf die Mühlen der nationalen Extremen ist.

Es ist ja richtig – dies zum Schluss –, dass es sich um eine Reaktion auf die Verfilzung der großen Koalition in Österreich handelt, dass die Wähler in Österreich darauf reagieren.

Es ist auch richtig, wenn Schlierer sagt, es gebe in Deutschland Politiker, die schon einmal Steine geworfen hätten,

(Zurufe von den Republikanern)

Politiker, gegen die schon einmal ein Strafverfahren gelaufen sei, und Politiker, die schwarze Kassen hätten.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Das ist ja alles richtig. Sie, Herr Pfisterer, haben diese Argumentation auch verwendet.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Schlierer REP: Pfister! Der weiß nicht einmal, wie er heißt!)

Aber das ist doch eine Argumentation, bei der die Frage vergessen wird: Ist es richtig, dass die Reaktion ausgerechnet eine Haider'sche sein muss?

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ist es richtig, dass ausgerechnet die Rechtsradikalen davon profitieren? Ist es nicht wahr, dass demokratische Kritik und Kontrolle das sind, worüber wir uns einigen müssen? Wenn Sie da mit uns einig sind, sind wir in dieser Debatte schon einen Schritt weitergekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Pfisterer.

(Abg. Haas CDU: Pfisterer! Herr Pfisterer kommt!)

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade der letzte Beitrag von Ihnen, Herr Hildebrandt, veranlasst mich, doch noch einmal auf Folgendes hinzuweisen:

(Abg. Drexler SPD: Nachdenken!)

Jetzt ist auf jeden Fall klar geworden, dass es besser gewesen wäre, dieser EU-Boykott wäre nicht gekommen.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt keinen Boykott! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Natürlich ist das ein Boykott! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Wenn Staatschefs aus Europa verbieten wollen, dass österreichische Regierungsmitglieder in ein anderes euro-

päisches Land einreisen: Was ist das anderes als ein Boykott der europäischen Politik? Das muss man doch einmal sagen. Aber das ist jetzt nicht mein Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Republikanern sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

An Ihrem Beitrag, Herr Hildebrandt, wird doch eines klar: Es wäre besser gewesen – ich sage es noch einmal –,

(Zurufe von der SPD)

dieser EU-Boykott wäre nicht gekommen. Warum nicht? Denn nur dadurch, dass er gekommen ist, dass dieser falsche Weg eingeschlagen worden ist, haben Sie die Möglichkeit eröffnet, dass sich Herr Schlierer von den Republikanern überhaupt produzieren kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Begreifen Sie endlich einmal, dass Ihre Politik – so, wie Sie das Thema angegangen sind – im Ergebnis dazu führt,

(Zurufe von der SPD)

dass in der Tat eine Wählerbeschaffung für Jörg Haider und letztlich auch für die Republikaner stattfindet.

(Zurufe von der SPD)

Genau dies wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Für Ihre dumme Rede sind wir nicht verantwortlich!)

Jetzt will ich Ihnen, Herr Maurer, nur noch sagen: Ich warne Sie vor einer falschen Moral und vor allem vor einer doppelten Moral.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen, u. a. Abg. Kuhn: Das ist ungeheuerlich! Hessen! – Abg. Drexler SPD: Hessen lässt grüßen!)

Sie bilden in einigen Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland Koalitionen mit der PDS.

(Beifall bei der FDP/DVP, der CDU und den Republikanern – Abg. Dr. Schlierer REP: So ist es!)

Jetzt frage ich Sie, Herr Maurer: Was würde eigentlich das Mitglied des Präsidiums der SPD, Maurer, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg, sagen,

(Zurufe von der CDU und der SPD)

wenn ihm jemand aus einem europäischen Nachbarland vorwerfen würde, dass die SPD mit der PDS eine Koalition bildet? Was würde Herr Maurer sagen? Er würde sich mit Recht dagegen verwahren.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)



(Pfister)

Deshalb sollten Sie, Herr Maurer, nicht über Moral sprechen. Sie haben eine falsche, Sie haben vor allem eine doppelte Moral. Dies muss festgehalten werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei der CDU und den Republikanern – Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:59 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:17 Uhr)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

#### Fragestunde – Drucksache 12/4796

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Genehmigung von Landeplätzen für Hubschrauber

Ich darf zur Verlesung seiner Anfrage Herrn Abg. Teßmer das Wort erteilen.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Hat die Landesregierung den Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 18. Februar 1999 für Baden-Württemberg bereits umgesetzt und dabei auch Übergangsregelungen vorgesehen?
- b) Welche Hubschrauberlandeplätze öffentlicher Träger in Baden-Württemberg sind von den neuen Richtlinien betroffen?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Teßmer wie folgt:

Zu Buchstabe a: Die Länder haben Bedenken bezüglich der Umsetzung des Erlasses des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, da dessen Anwendung aufgrund der Anforderungen der neuen Baurichtlinie ICRO gewerblich durchgeführte Sekundärtransporte auf Krankenhaushubschrauberlandeplätzen künftig in zahlreichen Fällen unmöglich macht. Diese neue Richtlinie kann aufgrund der örtlichen Situation an nahezu allen Landeplätzen nicht umgesetzt werden. Um diese Bedenken auszuräumen, haben die Länder deshalb auf Initiative Baden-Württembergs im Bund-Länder-Fachausschuss Luftfahrt am

17. bzw. 18. Juni 1999 den Bund einstimmig gebeten, von seinem Erlass Abstand zu nehmen und mit einer langen Übergangsregelung per Bundesgesetz den Bestandsschutz der bereits vorhandenen genehmigten Landeplätze zu ermöglichen sowie eindeutige Bauvorschriften zu erlassen. Dies ist in der Zwischenzeit noch nicht geschehen. Nach Auskunft des Bundes ist zur Sicherstellung des Bestandsschutzes in den nächsten Monaten eine Besprechung mit den Betroffenen vorgesehen. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr wird diese zögerliche Vorgehensweise beim nächsten Bund-Länder-Treffen Ende Februar dieses Jahres zur Sprache bringen und auf beschleunigte Abhilfemaßnahmen drängen.

Zu Buchstabe b: Betroffen sind alle Hubschrauberlandeplätze, an denen gewerblicher Verkehr durchgeführt wird. Dies sind im Bereich öffentlicher Träger insbesondere Landeplätze an Krankenhäusern, an denen Flüge zum Krankenverlegungs- und Organtransport durchgeführt werden.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage, Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Staatssekretär, ich darf Sie fragen: Heißt das, dass im Augenblick, ohne dass man ein zeitliches Limit zieht, dieses Gesetz nicht in Kraft tritt und sich demnach auch eine Hubschrauberbesatzung nicht weigern kann, etwa wegen Auflagen der Berufsgenossenschaft, weiterhin auf Krankenhäusern – um die geht es ja vor allem – zu landen?

Ich habe dann noch eine zweite Frage. Aber die hängt davon ab, was Sie jetzt antworten.

**Staatssekretär Mappus:** Wir haben im Prinzip in zweierlei Hinsicht ein Problem, nämlich zum einen, dass diese Richtlinie, wie ich gerade gesagt habe, oder die Vorschrift nicht anwendungsfähig ist, und zum Zweiten – das ist eigentlich auch ein bemerkenswerter Punkt –, dass mit dieser neuen Vorschrift die bislang angewandte Richtlinie nicht außer Kraft gesetzt wurde. Das heißt, wir haben derzeit, rein juristisch betrachtet, ein Nebeneinander zweier sich widersprechender Zulassungsbestimmungen. Das macht die Sache natürlich auch nicht einfacher und sorgt nicht unbedingt für Rechtssicherheit. Deshalb sind sich alle Länder einig, dass man so schnell als möglich mit dem Bund zusammen nach einer Lösung im Sinne einer Rechtssicherheit suchen sollte.

**Abg. Teßmer SPD:** Ich habe Sie mit der ersten Zusatzfrage noch gefragt, ob das ausschließt, dass man sich etwa auf berufsgenossenschaftliche Gründe berufen könnte und deshalb nicht mehr landet. Es geht ja auch um die Leute, die die Hubschrauber fliegen. Sollen die das nicht von sich aus sagen können?

**Staatssekretär Mappus:** Nein, dieses Problem sehe ich nicht.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Herr Staatssekretär, sind es nicht internationale Vorschriften zum Flugverkehr, die auch die Bundesregierung binden, sodass ein großer Spielraum, etwa die von den Ländern artikulierten Bedenken zu berücksichtigen, gar nicht gegeben ist?

**Staatssekretär Mappus:** Es ist richtig, dass es sich um eine europäische Flugbetriebsvorschrift handelt. Nur: Sie mag noch so europäisch oder international sein, aber wenn sie bei uns nicht anwendungsfähig ist, weil sie zur Konsequenz hätte, dass bei strenger Einhaltung dieser Richtlinie auf allen bestehenden Landeplätzen nicht mehr gelandet werden dürfte, dann sind wir uns sicherlich einig, dass wir das so nicht umsetzen können. Deshalb wollen wir zusammen mit dem Bund nach einem Ausweg suchen.

**Abg. Junginger SPD:** Herr Staatssekretär, gibt es schon Erwägungen, auch durch Fördermittel die Voraussetzungen zu schaffen, dass die notwendigen baulichen Umgestaltungen durchgeführt werden? Denn die Richtlinie oder der Erlass vom Februar 1999 ging davon aus, dass die Voraussetzungen zeitnah geschaffen werden sollten. Auch wenn es dann zu einer Modifizierung käme, so bleibt doch mit Sicherheit ein Regelungsbedarf übrig, der mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sein wird.

**Staatssekretär Mappus:** Genau das ist das Problem. Deshalb wollen wir versuchen, mit langfristigen Übergangsregelungen zu arbeiten, weil es einen sehr hohen Prozentsatz der bestehenden Landeplätze betreffen würde und der Aufwand kurzfristig unverhältnismäßig hoch wäre. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den anderen Ländern, die genau das gleiche Problem haben, nach entsprechenden Übergangslösungen suchen.

(Abg. Teßmer SPD meldet sich zu einer weiteren Zusatzfrage.)

**Stellv. Präsident Weiser:** Sie haben bereits zwei Zusatzfragen gestellt.

(Abg. Teßmer SPD: Die eine hatte der Staatssekretär – –)

– Nein, Sie haben das zweite Mal das Wort ergriffen und haben eine weitere Frage gestellt.

(Abg. Teßmer SPD: Darf ich noch – –)

– Ja, Sie dürfen. Aber halten Sie sich bitte an die Geschäftsordnung.

(Abg. Teßmer SPD: Ich hatte vorhin den Herrn Staatssekretär nur gefragt, ob er diesen Teil meiner Frage – –)

Sie haben das Wort.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Staatssekretär, die Frage ist, in welcher Form die Kreise das lesen. Tun Sie das durch eine Veröffentlichung oder per Rundbrief kund? Im Augenblick ist nur bekannt, dass es diese europäische Richtlinie gibt, dass der Bund sie umsetzen muss und dass die Länder und die Kreise – die im Augenblick vor allem betroffen sind – das finanziell nicht leisten können. Man sollte sich da nicht in eine gesetzlose Lage bringen.

Gibt es von Ihnen Pläne, das bei den betroffenen Landkreisen, bei allen unseren Landkreisen sehr schnell bekannt zu machen?

**Staatssekretär Mappus:** Ich nehme die Frage gerne auf, Herr Kollege.

(Abg. Teßmer SPD: Ich bitte Sie darum!)

Das ist zweifellos ein berechtigtes Anliegen. Wir werden dafür sorgen, dass es hinreichend bekannt wird. Gerne.

(Abg. Teßmer SPD: Mehr wollten wir gar nicht!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – Stiftung „Sport in der Schule“ in Baden-Württemberg

Frau Abg. Rudolf, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Nach welchen Kriterien und von wem werden Mittel aus der Stiftung „Sport in der Schule“ vergeben?
- Wer hat in den letzten beiden Jahren, seit die Stiftung existiert, Mittel erhalten?

**Stellv. Präsident Weiser:** Zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle das Wort.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Kollegin Rudolf, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu a: Die Kriterien sind an zwei Textstellen abzulesen. Es gibt Förderrichtlinien, die wir in der Broschüre „Mach mit! – Sportwettbewerbe“ veröffentlichen. Die Kriterien sind auch in der Satzung der Stiftung festgelegt. Da wird als Fördergrund die Förderung sportpädagogischer Vorhaben im Bereich des außerunterrichtlichen Schulsports in Baden-Württemberg genannt.

Insbesondere unterstützt die Stiftung materiell zukunftsweisende Vorhaben, die das verantwortliche Denken und Handeln von Schülern entwickeln und die das ehrenamtliche Engagement der Lehrer und Schüler stärken. Darüber hinaus kann die Stiftung auch besondere Vorhaben auf sportlicher Ebene unterstützen, wie zum Beispiel fächerübergreifende Initiativen.

Anträge werden bewilligt, wenn ersichtlich ist, dass in hohem Maße freiwillige sowie ehrenamtliche Tätigkeit der Schulgemeinde eingebracht wird.

Zu der Frage, von wem die Mittel vergeben werden: Die Anträge gehen bei der Geschäftsstelle der Stiftung ein. Sie werden dort gesichtet, aufgearbeitet und in einer Synopse dargestellt. Diese Synopse wird dann dem Kuratorium vorgelegt, und vom Kuratorium geht sie in den Vorstand. Wenn diese beiden Hürden genommen sind, kann die Geschäftsstelle die entsprechenden Zuschüsse auszahlen.

(Staatssekretär Köberle)

Bisher war es so – wir haben jetzt zwei Jahre hinter uns –, dass 99 % der Anträge bewilligt werden konnten. Es sind nur vier Anträge abgelehnt worden, die formal falsch oder inhaltlich nicht sachgemäß waren. Wenn ein Wirtschaftsunternehmen mit einer Schule etwas machen will, ist das natürlich nicht förderfähig. Die Schule selbst muss der Antragsteller sein. Das sind Ablehnungsgründe. Sonst sind alle Anträge, die der Stiftung vorgelegt worden sind, als förderfähig erachtet worden.

Zu b: Wer hat die Stiftungsmittel in den letzten beiden Jahren erhalten? Der Präsident würde mir sicher das Wort entziehen, wenn ich jetzt 120 Schulen vorlesen würde. Ich glaube, diese Auskunft können wir Ihnen auf eine andere Art und Weise zukommen lassen.

Ich will nur sagen: Es gibt vier Gruppen, an die die Mittel gegangen sind. Zum einen sind Projekte gefördert worden: Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften, Unterstützung besonderer Projekte und von Partnerschulen des Sports, von Bewegungserziehungsprogrammen, „Jugend trainiert für Olympia“ und vieles mehr. Wir fassen die Richtlinien absichtlich nicht eng, sondern es sollen auch Ideen neu entstehen und dadurch verwirklicht werden können, dass sie gefördert werden. Diese Projekte sind der eine Bereich.

Ein zweiter Bereich ist die Schulhofumgestaltung im Rahmen der Initiative „Bewegungsfreundlicher Schulhof“.

Ein dritter Bereich existiert seit 1999; ihn gab es 1998 noch nicht. Wir unterstützen Modellversuche zur Entwicklung einer Spielekiste und zur Entwicklung von Programmen, die im Rahmen der verlässlichen Grundschule eingebracht werden können, also sportlich profilierte Betreuung an der Grundschule. Da möchte man einmal einzelne Projekte ausprobieren. Momentan sind 14 solche Grundschulen im Programm.

Jetzt die Zahlen dazu: 1998 konnten 41 Maßnahmen gefördert werden, 12 Projekte und 29 Schulhofgestaltungen. Hierfür stand eine Fördersumme von etwa 97 000 DM zur Verfügung. 1999 gab es 25 Projekte zu unterschiedlichen Sportbereichen und 41 Projekte zur Schulhofgestaltung, außerdem die genannten 14 Projekte in Bezug auf die verlässliche Grundschule, also insgesamt 80 Projekte, mit einer Fördersumme von etwa 180 000 DM.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage, Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Sie haben vorhin gesagt, dass vier Gruppen bezuschusst würden. Ich habe bei Ihrer Aufzählung aber nur drei mitbekommen.

**Staatssekretär Köberle:** Das ist richtig.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Ich bin über den Förderalmanach auf diese Stiftung gestoßen. Dort ist sie aufgeführt. Gibt es noch andere Publikationen, mit denen die Schulen oder auch andere mögliche Stiftungsnehmer und -nehmerinnen über die Stiftung informiert worden sind, oder wie ist die Veröffentlichung bisher gelaufen?

**Staatssekretär Köberle:** Die Ausschreibung aller Schulsportwettbewerbe erfolgt durch diese Broschüre, und auf diese Broschüre reagieren die Schulen und melden sich dann bei der Stiftung. Es ist Ihnen in den letzten Wochen ja

bekannt geworden, dass diese Schulsportstiftung auch im Internet einsehbar ist. Das ist eine andere Form der Information, bei der es Irritationen gegeben hat; ich will jetzt gar nicht debattieren, ob zu Recht oder zu Unrecht. Es wird in Zukunft so sein, dass die Stiftung „Sport in der Schule“ eine eigene Homepage erstellt und sich also von dem Informationsanteil unseres Hauses löst.

Der Punkt, den ich vorhin vergessen habe, war eine Maßnahme. 1998 haben wir jeder Schule – also über 4 000 Schulen – je ein Gratisexemplar der Handreichung Kinderleichtathletik zukommen lassen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Kinderleichtathletik?)

– Ja.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Danke!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g . A r n o l d T ö l g C D U – E i n o r d n u n g T r o c k e n b a u

Herr Abg. Tölg, bitte.

**Abg. Tölg CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- Wie ist die Haltung der Landesregierung zur Trockenbauentschließung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie vom 1. Dezember 1999, nach der der Trockenbau handwerksfrei gestellt werden soll?
- Ist die Landesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, dass der Trockenbau als Bestandteil von Handwerksberufen der Anlage A der Handwerksordnung erhalten bleibt?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Der Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags hat sich am 1. Dezember 1999 darauf verständigt, folgende gesetzliche Ergänzung der Handwerksordnung vorzunehmen – Zitat –:

Der Akustik- und Trockenbau ist keine wesentliche Tätigkeit eines in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführten Gewerbes.

Ob der so genannte Trockenbau als Bestandteil von Handwerksberufen der Anlage A der Handwerksordnung, insbesondere dem Stuckateur- und Zimmererhandwerk, anzusehen ist, ist im Zuge der letzten Novellierung der Handwerksordnung 1998 zu einer heftig diskutierten Streitfrage geworden. Nach allgemeiner, bundesweit gültiger Rechtspraxis und Verwaltungsrechtsprechung wird der Trockenbau bisher zum Handwerk im Sinne der Anlage A der Handwerksordnung – Vollhandwerk – gerechnet, sodass zu



(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

seiner selbstständigen Ausübung die Meisterprüfung in einem einschlägigen Handwerk oder eine Ausnahmegewilligung nach § 8 der Handwerksordnung notwendig ist. Die Herausnahme des Trocken- und Akustikbaus aus dem Handwerk wird vor allem damit begründet, dass Existenzgründungen in diesem Bereich wesentlich erleichtert werden sollen.

Aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums ist die komplette Herausnahme des Trocken- und Akustikbaus sachlich nicht gerechtfertigt. Vielmehr sollten die eher einfachen Trockenbauarbeiten als so genanntes handwerksähnliches Gewerbe ohne Meisterprüfung betrieben werden können, während die eher schwierigen Trockenbauarbeiten weiterhin im so genannten Vollhandwerk verbleiben sollten.

Zur Abgrenzung liegt ein Vorschlag des Zentralverbands des deutschen Handwerks vor, dessen Grundlinien gefolgt werden kann. Damit kann insbesondere den Gesichtspunkten der handwerklichen Qualitätssicherung und der Ausbildung besser Rechnung getragen werden.

Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass der zu erwartende Gesetzentwurf im Bundesrat beraten wird, unabhängig davon, ob dieser, was von der Bundesregierung bestritten wird, der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Im Rahmen dieser Beratungen wird das Wirtschaftsministerium für eine Lösung, die einen teilweisen Verbleib des Trockenbaus im Vollhandwerk bedeutet, eintreten.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Damit ist die Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Claus Schmiedel SPD – Engelbergtunnel

Herr Abg. Schmiedel, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) In welcher betragsmäßigen Höhe und in welchem prozentualen Umfang sind die Kosten zur Beseitigung des Wassereintritts in einer der Engelberg-Tunnelröhren durch die Gewährleistungspflicht der bauausführenden Firmen abgedeckt?
- b) Wie werden die durchgeführten Renovierungsarbeiten an einer der Engelberg-Tunnelröhren in Bezug auf Dauerhaftigkeit, zukünftige Sicherheitserwartungen und künftige Gewährleistungspflichten der bauausführenden Firmen beurteilt, wenn es zutrifft, dass die Ursache des jetzigen Wassereintritts offenkundig in der Geologie des Engelbergs zu suchen ist, das heißt in entsprechenden Gebirgsumlagerungen, die auf eine 4 mm dicke Polyethylen-Folie auf dem tragenden Innengewölbe treffen?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Schmiedel wie folgt:

Zu a: Die aufgetretenen Schäden im Engelbergtunnel durch Wasserzutritt wurden von der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft im Rahmen ihrer Gewährleistungspflicht auf ihre Kosten beseitigt. Der Auftraggeber hat sich an den Kosten der Schadensbeseitigung nicht beteiligt. Die Höhe dieser Kosten ist der Straßenbauverwaltung nicht bekannt.

Zu b: Die Schadensursache ist nicht offenkundig. Neben eventuellen örtlichen geologischen Ursachen kommt auch eine Beschädigung der Abdichtung während der Betonierarbeiten für die Innenschale in Betracht. Die ARGE ist vertraglich verpflichtet, auch eventuelle weitere solche Schäden während der Gewährleistungsfrist von fünf Jahren auf ihre Kosten zu beseitigen.

(Abg. Bebbler SPD: Und danach?)

Beschädigungen der Abdichtung, die sich im Tunnelbau leider nicht immer ganz vermeiden lassen, werden in aller Regel frühzeitig, also während der Gewährleistungsfrist, erkannt. Schäden dieser Art können durch Verpressen der Schadstellen mit Zementinjektionen zuverlässig und dauerhaft beseitigt werden. Eine Beeinträchtigung der Dauerhaftigkeit des Bauwerks als solchem ist dadurch nicht zu befürchten.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank. Keine Zusatzfragen? – Ja, bitte.

**Abg. Bebbler SPD:** Herr Staatssekretär, beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass während der Gewährleistungsfrist die Ursache für die Mängel noch festgestellt wird, damit noch während der Gewährleistungsfrist auch die Ursache beseitigt werden kann? Sonst besteht ja die Gefahr, dass nach Ablauf der Gewährleistungsfrist und weiterem Bestehen der Ursache weitere Schäden auftreten, die dann das Land tragen muss.

(Abg. Deuschle REP: Haben Sie kein Vertrauen in unsere Verwaltung?)

**Staatssekretär Mappus:** Herr Kollege, ich gehe davon aus, dass die Straßenbauverwaltung alles tut, damit in Zukunft keine weiteren Belastungen für das Land entstehen. Das schließt meines Erachtens auch die Vorgehensweise ein, die Sie gerade angesprochen haben.

**Stellv. Präsident Weiser:** Keine Zusatzfragen. Vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Mechatroniker-Ausbildung am EAZ e. V. in Aalen

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Krisch REP:** Ich frage die Landesregierung:

- a) Wurden die Förderzuschüsse aus Landesmitteln vom Landesgewerbeamt Baden-Württemberg an das Elektro-Ausbildungszentrum (EAZ e. V. Aalen) in Höhe von 2 974 900 DM aus der Zeit von 1990 bis 1998 auch für das Qualifizierungsprojekt „Mechatroniker“ verwendet und, wenn ja, in welcher Höhe?



(Krisch)

b) Wie viele Mechatroniker wurden vom EAZ Aalen ausgebildet mit dem Förderzuschuss aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds – Ziel 3 – für das Qualifizierungsprojekt „Mechatroniker“, der in Höhe von 700 000 DM nur für den Zeitraum 15. November 1998 bis 31. Dezember 1999 erstattet wurde?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Frau Staatssekretärin Lichy.

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantwortet das Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium Ihre Anfrage, Herr Abg. Krisch, folgendermaßen:

Zu a: Mittel des Landesgewerbeamtes wurden für das Projekt „Umschulung zum Mechatroniker“ nicht bewilligt. Den ersten Teil Ihrer Frage kann ich also mit Nein beantworten.

Zu b: In dem aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds – Ziel 3 – geförderten Projekt „Umschulung zum Mechatroniker“ wurden 48 Teilnehmer qualifiziert. Davon haben nur vier die Teilnahme an dem Projekt abgebrochen, drei davon wegen einer Beschäftigungsaufnahme.

Das Projekt diene nicht, wie ursprünglich vom Träger geplant, der Ausbildung von Mechatronikern, sondern es diene vielmehr der Höherqualifizierung der Teilnehmer mit Vorkenntnissen in Metall- und Elektroberufen in den Bereichen Elektro- und Metall-Mechatronik.

Das Projekt hat zwei Ziele verfolgt: erstens die arbeitslosen Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und zweitens die Erarbeitung eines Schulungskonzepts und die Vorbereitung eines interaktiven Lernprogramms sowie die modellhafte Durchführung künftiger Umschulungen zum Mechatroniker.

Das Projekt wurde so durchgeführt, wie es vom Sozialministerium bewilligt wurde. Eine Vor-Ort-Prüfung des Verwendungsnachweises findet – das gilt übrigens für alle Träger – noch statt. Über die im Rahmen des Projekts gewonnenen Erfahrungen wird das Elektro-Ausbildungszentrum Aalen das Sozialministerium noch unterrichten.

Nach der bisherigen Bewertung durch den Träger verlief das Projekt positiv.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank.

Eine Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Der Antwort der Landesregierung auf meine Anfrage vom März habe ich entnommen, dass es sich ausschließlich um ein Qualifizierungsprojekt handelt. Wurde die Änderung des ursprünglichen Ziels in Absprache mit dem Sozialministerium getroffen?

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Ja. Das ist richtig. Vielleicht hat der Name in die Irre geführt. Ursprünglich sollte es eine Qualifizierungsmaßnahme sein. Weil sich dafür aber nicht genügend Teilnehmer gemeldet hatten, wurde das Projekt dann in ein Höherqualifizierungsprogramm für Langzeitarbeitslose umgewandelt. Das wurde aber im Einvernehmen mit dem Sozialministerium so abgesprochen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Bitte, Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Ist es korrekt, dass ausschließlich das Sozialministerium dieser Umwidmung zugestimmt hat, oder geschah das nach Rücksprache mit jenen, die die Gelder zur Verfügung stellen, sprich mit den europäischen Organisationen?

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Ja, im Einvernehmen. Das Projekt musste ja bewilligt werden. Daran sind auch das Arbeitsamt und andere beteiligt. Dies wurde so genehmigt. Das Projekt wird, wie gesagt – das Datum wurde schon im November festgelegt, und das Projekt wurde Ende des Jahres abgeschlossen –, im April überprüft werden.

Ich kann noch ergänzend hinzufügen: Wir haben zwar noch keine endgültigen Rückmeldungen, aber von den 44 Teilnehmern, die bis zum Ende an dem Programm teilgenommen haben, sind bereits 27 in Arbeit. Von den übrigen 17 wissen wir das noch nicht genau, weil wir noch keine Rückmeldungen haben. Aber es ist jetzt schon ein Prozentsatz von über 62 %, die in Arbeit sind.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. König.

**Abg. König REP:** Frau Staatssekretärin, Sie sprachen gerade davon, dass dieses Modell im April überprüft wird. Frage: Von wem wird es überprüft?

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Vom Sozialministerium. Alle Projekte werden vor Ort überprüft.

**Stellv. Präsident Weiser:** Eine weitere Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Troll.

**Abg. Troll REP:** Erfolgen derartige Prüfungen in einem bestimmten Turnus, also regelmäßig, oder unregelmäßig, zum Beispiel einmal in zwei Jahren, oder nur auf Anfrage durch Dritte?

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Die Projekte werden alle überprüft. Die Projekte laufen ja nur über eine bestimmte Zeit, und dann werden sie evaluiert, nicht nur auf Anfrage von Dritten. Ich habe gerade gesagt: Beispielsweise für dieses Projekt wurde im November der Überprüfungstermin im April festgelegt. Das Projekt ist Ende des Jahres ausgelaufen.

(Abg. Troll REP: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Verkaufspreis für EnBW-Anteile von Städten und Gemeinden

Herr Abg. Moser, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Moser SPD:** Ich frage die Landesregierung:

a) Trifft es zu, dass Städte und Gemeinden, die ihre Anteile an der EnBW verkaufen wollen, dies zum gleichen Preis wie das Land tun können, und wie sieht eine solche Preisgarantie gegebenenfalls aus?

(Moser)

b) Sind Kaufinteressenten vorhanden, die für einen solchen Preis kommunale Anteile erwerben wollen, und welche sind dies?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Stratthaus:** Die beiden Fragen beantwortete ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Erste Frage: Sowohl die Landesregierung als auch der Vorstand der EnBW haben die Vertreter der kommunalen Mit-eigentümer von Anfang an eng in die Überlegungen zum Verkauf des Landesanteils an der EnBW und in die Suche nach einem strategischen Partner für die EnBW einbezogen. Noch vor der förmlichen Beauftragung der Investmentbank hat der Finanzminister ein ausführliches Gespräch mit den Vertretern der kommunalen Verbände geführt.

Die Landesregierung hat sich immer dafür eingesetzt, den verkaufswilligen kommunalen Anteilseignern einen Verkauf zu angemessenen Bedingungen zu ermöglichen. Eine Zusage, dass die verkaufswilligen kommunalen Anteilseigner den gleichen Preis für ihre Anteile erhalten wie das Land, hat die Landesregierung dagegen nie gemacht.

Der Vorstand der EnBW hat bereits im November des vergangenen Jahres den kommunalen Anteilseignern schriftlich bestätigt, dass sie ihre Aktien bis Mitte April 2000 zu angemessenen, an den Verkaufsbedingungen des Landes orientierten Parametern an Finanzdienstleister verkaufen können. Hierzu soll die Vinkulierung der Aktien in der Ende März 2000 stattfindenden Aufsichtsratssitzung der EnBW aufgehoben werden.

Die zweite Frage möchte ich folgendermaßen beantworten: Nach Kenntnis der Landesregierung gibt es Interessenten, die zusammen bis zu 18 % der EnBW-Aktien zu angemessenen, an den Verkaufsbedingungen des Landes orientierten Preisen erwerben wollen. Die Verhandlungen, die allein vom Vorstand der EnBW geführt werden, sind noch nicht abgeschlossen. Daher können derzeit keine weiteren Angaben gemacht werden. Die Veräußerung an Finanzdienstleister soll auch dazu führen, die EnBW bis Ende 2000 stärker an der Börse zu verankern.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage, Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser SPD:** Zusatzfrage, Herr Minister: Trifft es zu, dass die Stadt Stuttgart ihre Anteile zu einem anderen – sprich besseren – Preis verkaufen kann als die Städte und Gemeinden, die sich bis zum April 2000 zum Verkauf entscheiden wollen, und wie begründen Sie, dass es offensichtlich Sonderkonditionen für die Stadt Stuttgart gibt?

**Finanzminister Stratthaus:** Weil ich die Frage 1 nicht beantworten kann, vermag ich auch die Fragen 1 a und 1 b nicht zu beantworten. Ich weiß nicht, zu welchen Bedingungen die Stadt Stuttgart verkauft. Deswegen kann ich auch nicht sagen, ob die Preise anders sind als die, die andere erreichen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Finanzminister, ich darf Sie noch etwas fragen. Sie haben eben gesagt: Die Kommunen waren von Anfang an einbezogen. Können Sie mir sagen, wie diese Einbeziehung aussah, weil ich zumindest einige Kommunen kenne, die erst aus der Zeitung erfahren haben, dass die Aktien verkauft werden? Wurden sie gefragt, ob sie mit verkaufen möchten?

**Finanzminister Stratthaus:** Ich habe nicht gesagt, dass die Kommunen einbezogen waren, sondern die Elektrizitätsverbände der Kommunen. Es war nicht jede einzelne Kommune dabei, sondern die Verbände, an denen die jeweiligen Kommunen beteiligt sind.

Wie sah das aus? Bereits bevor die Investmentbank beauftragt worden ist – ich habe das vorhin vorgetragen –, hat im Finanzministerium ein Gespräch stattgefunden. Ansonsten hat immer unmittelbar nach den Sitzungen der Lenkungsgruppe ein Gespräch mit den Vertretern der kommunalen Verbände – nicht der Kommunen – stattgefunden. Sie wurden bei dieser Gelegenheit auf den gleichen Informationsstand gebracht wie die anderen Beteiligten.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Es gab aber nie das Angebot an die kommunalen Verbände, von Anfang an mitzumachen?

**Finanzminister Stratthaus:** Das gab es nie. Das Land wollte seinen Anteil verkaufen, und das war auch das, was wir betrieben haben.

(Abg. Deuschle REP: Wenigstens ehrlich!)

Wir haben uns – das muss ich dazusagen – allerdings immer bemüht, andere Käufer zu finden, die bereit sind, den Gemeinden, die ihre Aktien verkaufen wollen, diese Aktien abzukaufen.

(Abg. Krisch REP: Aber erfolglos!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Keine weiteren Fragen.

(Abg. Moser SPD: Ich habe noch eine!)

– Bitte, Herr Moser.

**Abg. Moser SPD:** Ich bitte um Entschuldigung. Herr Minister, könnten Sie mir noch sagen, wie Ihrer Vorstellung nach die Formulierung „angemessene Bedingungen“ zu interpretieren ist?

**Finanzminister Stratthaus:** Da könnte ich einen Vortrag über das Zustandekommen von Aktienkursen halten.

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Oje! – Abg. Moser SPD: „Angemessen“!)

Tatsache ist, dass unser Preis über den üblichen Marktkursen liegt, einfach weil wir einen Paketzuschlag bekommen haben. Die Preise, die die Gemeinden erhalten werden, wenn sie sich an die Angebote halten, sind niedriger, liegen aber ungefähr in der Nähe. Was „ungefähr“ bedeutet, kann ich Ihnen hier nicht sagen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank, Herr Minister. – Keine weiteren Zusatzfragen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 7 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Eugen Klunzinger CDU – Ausbau der Standspur auf der A 81 im Bereich Böblingen/Sindelfingen

Herr Abg. Dr. Klunzinger, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Klunzinger** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung den vom Landrat des Landkreises Böblingen gemachten Vorschlag, im Vorgriff auf den sechsspurigen Ausbau der A 81 zwischen Gärtringen und Böblingen die vorhandene Standspur als provisorische dritte Fahrspur nutzbar zu machen?
- b) Welche Kosten würden für eine derartige Maßnahme anfallen?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Mappus.

**Staatssekretär Mappus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Klunzinger wie folgt:

Zu a: Der vorhandene Standstreifen an der A 81 hat seinerzeit lediglich einen so genannten Sparaufbau erhalten, der einem Lkw-Verkehr nicht standhalten kann. Die Nutzung als provisorische dritte Fahrspur setzt deshalb eine entsprechende bauliche Verstärkung voraus. Außerdem ist, um einen ausreichenden Verkehrssicherheitsstandard zu gewährleisten, neben der äußeren Fahrspur ein auch vom Lkw-Verkehr benutzbarer Nothaltestreifen unverzichtbar, sodass eine entsprechende Verbreiterung erforderlich wäre. Für eine solche Maßnahme wird allerdings derzeit angesichts der an anderen Autobahnstrecken anstehenden dringend notwendigen Erhaltungsmaßnahmen keine Finanzierungsmöglichkeit gesehen.

Bislang ist vorgesehen, zunächst das Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Ausbau, das zurzeit vorbereitet wird, durchzuführen. Anschließend sollte entsprechend der dann gegebenen Finanzsituation über Zwischenlösungen bzw. Realisierungen in Baustufen entschieden werden.

Zu b: Nach den Schätzungen des Landesamts für Straßenwesen würden für die Einrichtung eines dritten Fahrstreifens an der Fahrbahn Gärtringen – Böblingen-Hulb Kosten in Höhe von ca. 5 Millionen DM bis 10 Millionen DM anfallen. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr hat eine genauere Kostenermittlung veranlasst.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Dr. Klunzinger.

**Abg. Dr. Klunzinger** CDU: Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Auffassung des Landrats, der ausfindig gemacht hat, dass man für diese Maßnahme möglicherweise Mittel aus dem Instandsetzungshaushalt für Autobahnen des Landes nehmen könnte?

**Staatssekretär Mappus:** Ich kann nur sagen, dass sich in allen Bereichen der uns zur Verfügung stehenden Mittel

keinerlei Spielräume abzeichnen, irgendwelche Maßnahmen zu vollziehen, die bisher nicht in der Planung sind. Das ist eben eine Konsequenz der aktuellen Mittelsituation für den Bundesfernstraßenbau in allen Zuteilungsbereichen. Das heißt also, dass auch da kein finanzieller Spielraum vorhanden ist.

**Stellv. Präsident Weiser:** Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Staatssekretär, gibt es Überlegungen, zu welchem Zeitpunkt eine solche provisorische Maßnahme durchgeführt werden könnte?

**Staatssekretär Mappus:** Frau Kollegin, da bin ich jetzt eigentlich insofern der falsche Ansprechpartner, als wir – das wissen Sie ja auch – nur die Auftragsverwaltung des Bundes in diesem Bereich machen. Auf der Basis des jetzigen Bundesverkehrswege-Investitionsplans, der bis zum Jahr 2003 geht, gibt es mit Sicherheit keine Spielräume, und für die Zeit danach sind wir für jede Unterstützung dankbar, damit das Investitionsvolumen erweitert wird,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

sodass wir dann wesentlich mehr machen können. Dringend notwendig wäre es.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Dr. Klunzinger.

**Abg. Dr. Klunzinger** CDU: Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass der Landkreis in Vorleistung tritt und die Mittel vorfinanziert?

(Abg. Deuschle REP: Seid ihr so reich?)

**Staatssekretär Mappus:** Der Bund lässt bisher keinerlei Vorfinanzierung zu. In dieser Hinsicht gibt es diesbezüglich keine Möglichkeit.

**Stellv. Präsident Weiser:** Danke. – Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Welcher Anteil der Mittel des Bundesverkehrswegeplans wird für Erhaltungsmaßnahmen abgezweigt oder bestimmt, und wer ist dafür zuständig, diesen Anteil zu bestimmen? Habe ich mich richtig ausgedrückt? Ist es nicht die Landesregierung, die die Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan, die dem Land Baden-Württemberg zugeteilt worden sind, für Erhaltungsmaßnahmen abzweigt? Wie hoch ist dieser Anteil?

**Staatssekretär Mappus:** Frau Kollegin, zum letzten Teil Ihrer Frage: Mir ist das nicht auf Mark und Pfennig bekannt. Das beantworten wir sehr gerne schriftlich; das ist überhaupt keine Frage.

Zum ersten Teil Ihrer Frage kann ich nur sagen: Selbst die Mittel, die wir für all das brauchen, was wir jetzt schon machen, reichen nicht aus, in allen Bereichen des Bundesfernstraßenbaus nicht. Schon daraus ergibt sich die Konsequenz, dass für weitere angedachte Maßnahmen keinerlei Geld da ist.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Sie haben meine Frage nicht richtig beantwortet. Ich frage noch einmal: Wie hoch ist der Anteil für Erhaltungsmaßnahmen aus dem Etat des Bundesverkehrswegeplans für Baden-Württemberg?

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Das kann man nachlesen!)



**Staatssekretär Mappus:** Ich habe die Frage beantwortet, indem ich gesagt habe, dass ich das nicht auf Mark und Pfennig beantworten kann.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber prozentual, ungefähr!)

Ich würde das gerne schriftlich nachreichen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Okay, danke!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Buchter.

**Abg. Buchter** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, sind Sie der Meinung, dass auch eine befristete Nutzung dieser dritten Spur einschließlich Nutzung durch Lkw nicht möglich ist bzw. die Schäden auch durch eine befristete Nutzung schon so groß wären, dass es unverantwortlich wäre?

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, auf Unterhaltungen zwischen dem Plenum und der Regierungsbank zu verzichten.

(Abg. Dr. Klunzinger CDU zu Minister von Trotha: Klaus, das gilt für dich!)

Herr König, das gilt auch für Sie.

(Heiterkeit bei den Republikanern)

Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Mappus:** Ich kann nur wiederholen, dass auch eine provisorische kurzfristige Nutzung dieser dritten Fahrspur nicht möglich ist, in keinerlei Hinsicht. Das können wir vor allem aus verkehrstechnischen Gründen und aus Sicherheitsgründen nicht zulassen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Staatssekretär, wäre die Landesregierung bereit, eventuell zu überprüfen, inwieweit angesichts der Tatsache, dass ein Großteil des Verkehrs dort regionaler Quell- und Zielverkehr ist, auch eine reine Landesfinanzierung für den Umbau der Standspur möglich wäre?

(Abg. Scheuermann CDU: So weit käms noch!)

**Staatssekretär Mappus:** Frau Kollegin, wir können über so ziemlich alles diskutieren. Aber ich bin mir sicher, dass es nicht angehen kann, dass wir aus Landesmitteln Bundesstraßenbereiche finanzieren, abgesehen davon, dass der Bund wohl auch nicht mitmachen würde und es wohl auch gar nicht zulässig ist.

(Abg. Fischer SPD: Sie hat ja gesagt: zwischenfinanzieren!)

Wir werden das Geld für den Landesstraßenbau dort einsetzen, wo wir es im Landesstraßenbau benötigen, und in allen anderen Bereichen zum einen darauf drängen, dass es künftig mehr Mittel gibt, um die dringend notwendigen Maßnahmen zu vollziehen, und zum anderen alles tun, was wir tun können, um auch so gut wie möglich ausgebaute Bundesfernstraßen zu gewährleisten.

**Stellv. Präsident Weiser:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 8 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Weiterentwicklungen in der Kerntechnologie

Herr Abg. Krisch, bitte.

**Abg. Krisch** REP: Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erwartet die Landesregierung durch die Entwicklung, durch den Bau und durch den Betrieb von kerntechnischen Anlagen nach dem Transmutationsprinzip?
- b) Wurden diese Transmutationstechnologie oder andere technische Weiterentwicklungen in der Kerntechnik beim Verkauf der EnBW-Landesanteile an die EdF berücksichtigt, und inwieweit hat sich dies gegebenenfalls auf die Kaufpreisverhandlungen ausgewirkt?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Antwort zu Frage a: Kerntechnische Anlagen nach dem Transmutationsprinzip sind noch Gegenstand von theoretischen Überlegungen und von Machbarkeitsstudien. Da sie noch weit von einer Realisierung entfernt sind, macht es für die Landesregierung keinen Sinn, zum jetzigen Zeitpunkt über Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu spekulieren.

Antwort zu Frage b: Nein. Weder die Transmutationstechnologie noch andere technische Weiterentwicklungen der Kerntechnik wurden beim Verkauf der EnBW-Landesanteile an die EdF berücksichtigt bzw. haben sich auf die Kaufpreisverhandlungen ausgewirkt.

**Stellv. Präsident Weiser:** Zusatzfrage, Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch** REP: Herr Staatssekretär, sind Sie sich dessen bewusst, dass Ihre Antwort im Gegensatz zur Auskunft der entsprechenden Fachleute aus dem Kernforschungszentrum Jülich steht, die erklären, dass beispielsweise der bestehende Reaktor in Obrigheim innerhalb von fünf Jahren auf Thoriumtechnologie, also auf das Prinzip der Transmutationstechnologie, umgerüstet werden könnte mit dem Effekt, dass dann Plutoniumabfälle entfallen?

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Aus dieser Frage entnehme ich, dass da auch noch nachgedacht wird. Ich habe ja gesagt, dass es diese wissenschaftlichen Überlegungen gibt. Das nehme ich zur Kenntnis. Aber hier ging es um die Frage, ob es schon sinnvoll ist, auf die Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort einzugehen. Beim derzeitigen



(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Stand, bei dem wir auch keine Investoren haben, die in Prototypen oder in Modellvorhaben investieren wollen, sehen wir dazu derzeit keinen Anlass.

Natürlich werden auch von uns die wissenschaftliche Diskussion und das, was dort läuft, zum Beispiel im Kernforschungszentrum CERN, beobachtet.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Krisch, zweite Zusatzfrage.

**Abg. Krisch REP:** Herr Staatssekretär, würden Sie mir zustimmen, dass für die Umsetzung und Inbetriebnahme des Transmutationsprinzips von den Fachleuten ein Zeitraum von fünf Jahren errechnet wird, dass das durchaus konkrete praktische Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg hat und damit auch in solchen Verhandlungen zu berücksichtigen ist?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Die Zahl von fünf Jahren ist mir nicht bekannt.

(Abg. Krisch REP: Ja, da sieht nämlich die Antwort anders aus!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank. – Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 9 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Luftreisen zu Partei- oder Privatveranstaltungen von Mitgliedern der Landesregierung

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wann und in welchen Fällen haben der Ministerpräsident oder andere Mitglieder der Landesregierung seit 15. Juni 1992 Reisen mit landeseigenen Luftfahrzeugen, zum Beispiel Polizeihubschraubern, oder mit anderen Luftfahrzeugen auf Kosten von landeseigenen Unternehmen zu parteipolitisch oder privat bestimmten Anlässen unternommen?
- b) Welche Kosten sind dem Land durch diese Flugreisen jeweils entstanden, und bei welchen Leistungsträgern oder Haushaltsstellen wurden diese nach welchen dienst-, haushalts- oder fiskalrechtlichen Bestimmungen im Einzelfall abgerechnet?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage erhält Herr Minister Dr. Palmer.

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Herr Präsident! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Die Mitglieder der Landesregierung, darunter auch der Ministerpräsident, haben über das Jahr viele Termine wahrzunehmen, die teilweise amtlichen und teilweise einen eher parteipolitischen Bezug haben. Deshalb war es stets das

Anliegen der Landesregierung, bei der Abrechnung der entstandenen Reisekosten klare und generelle Kriterien anzuwenden, um Abgrenzungsfälle im Einzelfall zu vermeiden. Somit kam es zu der Ihnen durch zahlreiche Presseberichte bekannten Regelung mit dem Landesrechnungshof, soweit es um die Reisekosten des Ministerpräsidenten geht. Ich kann auch heute, nach zwei Tagen, die Antwort auf Ihre Frage, Herr Abg. Deuschle, weitgehend nur auf den Herrn Ministerpräsidenten beziehen.

Der Landesrechnungshof hat dem Staatsministerium zu Beginn der Amtszeit des Herrn Ministerpräsidenten mit Schreiben vom 10. Mai 1991 mitgeteilt – ich zitiere –:

Der Rechnungshof hat keine Bedenken, wenn bei gemischten Terminen, das heißt Parteiterminen unmittelbar vor oder anschließend an amtliche Tätigkeiten, die Flüge als durch die amtliche Tätigkeit des Herrn Ministerpräsidenten veranlasst angesehen werden. Unsererseits wird nicht beanstandet, wenn auch die Teilnahme des Ministerpräsidenten an CDU-Präsidiumssitzungen in Bonn im Ergebnis ebenso behandelt wird.

Nach dem Wechsel der Bundesregierung im Herbst 1998 hat der Rechnungshof diese Auffassung gegenüber dem Staatsministerium erneut bestätigt. Hintergrund für die gefundene Regelung ist, dass die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten kraft Amtes an den Sitzungen auch des CDU-Präsidiums teilnehmen. Sie haben so die Möglichkeit, in diesem wichtigen politischen Gremium die Belange und Interessen oder bundespolitischen Anliegen des Landes zu vertreten und Unterstützung dafür zu gewinnen. Außerdem werden die Präsidiumssitzungen regelmäßig als Gelegenheit zu dienstlichen Besprechungen mit anderen der CDU angehörenden Ministerpräsidenten, etwa in Bundesratsangelegenheiten oder bilateralen Angelegenheiten, genutzt. Häufig war es in der Vergangenheit im Übrigen auch so, dass sie vor anderen Dienstterminen, die man im Anschluss vereinbaren konnte, stattgefunden haben.

Die Regelung, die ich Ihnen skizziert habe, galt im Einvernehmen mit dem Rechnungshof auch für die stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Dieter Spöri von 1992 bis 1996 und Dr. Walter Döring seit 1996.

Der Ministerpräsident hat sich präzise an den vom Rechnungshof vorgegebenen Grundsätzen orientiert und wird dies auch künftig tun. Wir haben nichts zu verbergen, und ich vermute, Sie wissen das auch.

Nun zu den Fragen a und b im Einzelnen. Wir haben in der Kürze der Zeit – die Frage ist am Montagabend eingegangen – nur den Zeitraum präsentieren können, den wir schon in der vergangenen Woche auf eine Frage des „Spiegel“ recherchiert haben. Das ist der Zeitraum seit 1998. Es gibt, glaube ich, zu den Flugreisen von Mitgliedern der Landesregierung auch einen Antrag der SPD-Fraktion. Dieser wird in der vorgegebenen Zeit beantwortet werden. Dann werden selbstverständlich die fehlenden Daten im Rahmen des Auskunftsrechts des Parlaments nachgeliefert.

In dem Zeitraum, den wir recherchiert haben, gab es keine Flüge zu Privatanlässen auf Kosten des Landes oder landeseigener Unternehmen. Am 24. September 1999 fand ein Flug des Ministerpräsidenten zum CDU-Landesparteitag in

(Minister Dr. Palmer)

Schwäbisch Gmünd mit einem Hubschrauber der Polizeihubschrauberstaffel des Landes statt. Die Inanspruchnahme dieses Hubschraubers erfolgte entsprechend der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Hubschrauberstaffel der Polizei des Landes Baden-Württemberg vom 6. März 1995. Die Kosten trägt der CDU-Landesverband Baden-Württemberg. Es sind dafür 12 333 DM – Sie haben ja detailliert nach den Kosten gefragt – angefallen.

(Zuruf)

– Herr Kollege, man muss das Parlament so genau informieren, wie gefragt wurde.

Die Flüge zu Sitzungen des Präsidiums der Bundes-CDU, unabhängig davon, ob es Linien- oder Charterflüge oder Flüge mit der Hubschrauberstaffel des Landes sind, sind entsprechend der mit dem Rechnungshof getroffenen Regelung als Dienstreisen zu behandeln – das habe ich ja dargestellt –, und sie sind entsprechend abgerechnet worden.

Das sind die Daten, die wir in der Kürze der Zeit zusammengestellt haben und die mir aktuell vorliegen. Sie können aber schon jetzt erkennen, dass die bisherigen Regelungen und ihre Handhabung überaus korrekt waren. Es besteht daher auch für die Zukunft überhaupt keine Veranlassung, davon abzugehen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Staatssekretär, vertritt die Landesregierung die Auffassung, dass grundsätzlich alle Reisen des Ministerpräsidenten zu Präsidiumssitzungen seiner Partei als dienstliche Reisen anzusehen sind, so zum Beispiel auch, als der noch amtierende CDU-Bundesvorsitzende Schäuble vor kurzem bei einer solchen Sitzung seinen Rücktritt anbot, und kann bei dieser Sitzung vor ein paar Wochen von einem baden-württembergischen Staatsinteresse die Rede sein?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Erstens, Herr Deuschle, steht es Ihnen nicht zu, die Amtszeit unserer Parteivorsitzenden hier zu limitieren. Er ist nicht der noch amtierende Bundesparteivorsitzende, sondern der Bundesparteivorsitzende der CDU.

Zweitens: Der Termin in Berlin am 18. Januar 2000 war sicherlich ein überwiegend parteipolitischer Termin, aber gerade um die schwierige Abgrenzung im Einzelfall zu vermeiden, hat der Rechnungshof einer generellen Regelung mit einer typisierten Betrachtungsweise zugestimmt, sodass im Ergebnis sämtliche Reisen des Ministerpräsidenten zu CDU-Präsidiumssitzungen als durch die amtliche Tätigkeit des Ministerpräsidenten veranlasst und damit als dienstliche Reisen gelten.

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht dies auch Sinn. Soll man einen Termin in sieben Siebtel auseinanderreißen und sagen: „Da war jetzt ein Siebtel Parteipolitik dabei, und sechs Siebtel waren dienstliche Beanspruchung“? Das ist ein lebensfernes Konstrukt, nach dem Sie gefragt haben. Es sind Mischtermine. Diese gemischten Termine nehmen wir genau, exakt entsprechend der Vereinbarung mit dem Rechnungshof von 1991 wahr.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Krisch.

(Zuruf)

– Das Wort erteile ich und nicht Sie.

(Abg. Deuschle REP: Eben! – Heiterkeit)

Sie haben sich zuerst gemeldet. Ich sage das nur, damit es hier kein Missverständnis gibt.

**Abg. Krisch REP:** Herr Minister, kann man nach Ihren Worten davon ausgehen, dass der Herr Ministerpräsident in keinem Fall Polizeihubschrauber oder landeseigene Luftfahrzeuge zu Besuchen von Geburtstagsfeiern von CDU-Mandatsträgern innerhalb des Landes Baden-Württemberg in Anspruch genommen hat?

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Es steht vermutlich weitgehend hier im Hause fest, dass Teilnahmen an Geburtstagsfeiern von herausgehobenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dienstlich veranlasste Terminwahrnehmungen sind. Selbstverständlich hat der Herr Ministerpräsident, wenn es nicht anders geht, dazu den Hubschrauber genommen, und er wird ihn dazu auch weiterhin nehmen.

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Minister, darf ich Sie so interpretieren, dass die Besuche des Herrn Ministerpräsidenten bei Geburtstagen davon unabhängig sind, welcher Partei ein Abgeordneter angehört? Würde der Herr Ministerpräsident auch mich anlässlich meines Geburtstags in einigen Wochen besuchen?

(Heiterkeit)

**Minister im Staatsministerium Dr. Palmer:** Darf ich die Frage so verstehen, Herr Abg. Deuschle, dass Sie großen Wert darauf legen, dass der Ministerpräsident Sie zu Ihrem nächsten anstehenden runden Geburtstag besucht? Dann würde ich die Frage mitnehmen und sie ihm vorlegen. Es übersteigt hier sicherlich die Möglichkeiten, dass ich Ihnen zusage, dass er Sie dann auch ganz gewiss besucht.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, ist es für den Ministerpräsidenten selbstverständlich, dass die Reiseeinteilung der repräsentativen Anlässe, die er wahrnimmt, nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen wird, sondern nach verantwortlichen und dem Landesinteresse entsprechenden Gesichtspunkten. Deshalb war der Ministerpräsident beispielsweise auch beim 70. Geburtstag des sehr geschätzten Kollegen Alfred Schöffler von der Sozialdemokratischen Partei.

(Zuruf von der SPD: Also bei wichtigen Abgeordneten!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Zusatzfragen.

(Unruhe)

Ich habe Ihre Zusatzfrage zugelassen, Herr Deuschle, obwohl sie durch den Inhalt Ihrer Mündlichen Anfrage nicht abgedeckt war.

(Abg. Deuschle REP: Danke schön!)

(Stellv. Präsident Weiser)

In Ihrer Anfrage wird nicht danach gefragt, wen der Ministerpräsident künftig zu besuchen beabsichtigt. Es war von Ihnen nicht begehrt, diese Antwort zu bekommen. Ich wollte Ihnen trotzdem die Möglichkeit einräumen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 10 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Politische Bewertung von Zeitschriften durch Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz

Sie haben das Wort.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Inwiefern war ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz autorisiert, öffentlich eine politische Bewertung der Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ vorzunehmen?
- b) Bei welchen Zeitschriften wurde diese Art der politischen Bewertung bisher vorgenommen?

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Innenminister.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zur ersten Frage: Nach § 4 des Landespressegesetzes sind die Behörden verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienenden Auskünfte zu erteilen. Darüber hinaus ist es nach § 12 des Landesverfassungsschutzgesetzes Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz, die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes zu unterrichten.

Die Anfrage eines Journalisten zu der in den Verfassungsschutzberichten des Landes und des Bundes 1998 erwähnten Zeitschrift „Junge Freiheit“ fällt sowohl unter die Informationspflicht des § 4 des Landespressegesetzes als auch unter den erwähnten § 12 des Landesverfassungsschutzgesetzes.

Zur zweiten Frage verweise ich auf Kapitel B 6, B 8 und B 9 des Verfassungsschutzberichts Baden-Württemberg 1998. Dort können Sie die erforderlichen Angaben entnehmen.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Ich erteile Herrn Deuschle das Wort zu einer Zusatzfrage.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Minister, wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass in der Zeitschrift „Junge Freiheit“ wiederholt führende Mitglieder der CDU – wie Heinrich Lummer, Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld oder auch Kollege Arnold Tölg – Interviews gegeben haben oder geben, oder dass prominente konservative Wissen-

schaftler aus Baden-Württemberg wie Professor Rohrmoser oder Professor Hornung ständig Gastbeiträge liefern?

(Zuruf von der SPD: Rechtsradikale!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich vermute, dass sich die angesprochenen Persönlichkeiten nicht über den Charakter dieser Zeitschrift im Klaren waren.

(Abg. Rapp REP: Die ist gut, die Zeitung!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Bitte, Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Innenminister, aus welchen Gründen kommen Sie zu dieser Bewertung, nachdem diese Persönlichkeiten nicht nur einmal oder zweimal dort Interviews gewährt haben, sondern gerade die erwähnten Professoren ständig, das heißt einmal im Monat, Gastbeiträge liefern?

**Innenminister Dr. Schäuble:** Wie Sie meiner Antwort entnehmen konnten, war das eine persönliche Vermutung von mir. Im Übrigen habe ich mit keiner der genannten Persönlichkeiten darüber gesprochen und auch keinen Grund dazu gehabt.

**Stellv. Präsident Weiser:** Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Fragestunde.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Bisherige Erfahrungen mit der Reform der Hochschulmedizin – Drucksache 12/4493**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Mauz. – Es ist nicht verboten, seine Wortmeldung durch Handzeichen kundzutun.

**Abg. Dr. Mauz CDU:** Habe ich schon. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesem Highlight von Fragestunde aus der Luft wieder zurück auf den Boden der Hochschulmedizin. Wir haben jetzt zwei Jahre Erfahrungen mit dieser Reform. In der Koalitionsvereinbarung wurde 1996 festgelegt, die Reform der Hochschulmedizin anzugehen. Das ist ein relativ großes Vorhaben. Es geht um 25 000 Beschäftigte und um 3 Milliarden DM Umsatz.

Warum war diese Reform notwendig? Weil zum einen der Kostendruck auf die Krankenhäuser, auch die Häuser der Maximalversorgung, zugenommen hat, und zum anderen natürlich die Ertragsorientierung in der Medizin einen Druck auf Forschung und Lehre bedeutet, mit nachteiligen Folgen.

Außerdem haben wir zunehmend private Krankenhäuser, private Institutionen, die sich Rosinen aus dem Kuchen der Medizin herausgepickt haben und nur bestimmte Leistungen anbieten, die sie billiger anbieten und so auch in Konkurrenz zu unseren Hochschulkliniken treten.



(Dr. Mauz)

Was ist die Bilanz der Reform? Nach zwei Jahren kann es eigentlich nur eine Zwischenbilanz sein. Ich meine, die Bilanz ist durchweg positiv ausgefallen, und zwar ganz einfach deshalb, weil alle Beteiligten, die Klinika, die Fakultäten, die Rektorate und auch die Ministerien, gut mitgearbeitet und konstruktiv zusammengearbeitet haben, um unsere Klinika voranzubringen. Ich denke, dies ist das wichtigste Fazit nach diesen zwei Jahren.

Was waren Kernpunkte für diese Reform? Einer der wichtigsten Punkte für uns war, Forschungsmittel nach Leistungskriterien zu vergeben. Bisher sind Forschungsmittel mit der Gießkanne über die Fakultäten, über die einzelnen Abteilungen ausgeschüttet worden, ohne dass es Anreize für die leistungsbezogene Vergabe dieser Mittel gab. Diejenigen, die mit Universitätsklinika zu tun haben, wissen, dass sicherlich in manchen Abteilungen die Forschungsleistung mit zunehmendem Alter der Lehrstuhlinhaber nachlässt und man sich manchmal um etwas andere Dinge als um die Forschung kümmert

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Um was?)

und trotzdem dann das Geld an die Abteilung ausgeschüttet wird.

Dies wollen wir nicht, und deswegen haben wir einen Anreiz geschaffen, sich vermehrt Forschungsmittel durch Leistung zu erwerben, zum Beispiel durch die Drittmittelbezogenheit von 10 % der Forschungsgelder. Wir sind der Meinung, dass dieser Prozentsatz noch erhöht werden sollte. Er soll, glaube ich, in diesem Jahr auf 15 % erhöht werden. Unsere Forderung ist – ich glaube, da sind wir mit dem Ministerium einig –, dass bei der Vergabe dieser Mittel auch zunehmend der Faktor Lehre einbezogen werden sollte. Wir sollten anstreben, auf 30 % leistungsbezogene Mittelvergabe zu kommen.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Aus unserer Sicht ist vor allem wichtig, die Lehre einzubeziehen. Sie ist manchmal an den medizinischen Fakultäten noch etwas ein Stiefkind; denn sie wird dort nicht so gerne wahrgenommen.

Ein wesentlicher weiterer wichtiger Punkt waren neue Leitungsgremien. Wir haben moderne Strukturen geschaffen: mit einem Aufsichtsrat, mit einem neu strukturierten Klinikumsvorstand. Ich höre aus den Klinika, dass die Aufsichtsräte hervorragend arbeiten und die Hinzuziehung von externen Sachverständigen unterschiedlich gehandhabt wird. Es gibt Klinika, die die Anzahl der externen Sachverständigen verdoppelt und sehr gute Erfahrungen damit gemacht haben, und es gibt andere Klinika, die sich in diesem Punkt eher konservativ verhalten haben.

Man muss aber auf der Grundlage dessen, was man aus den Klinika hört, sagen: Vor allem das Ministerium hat sich konstruktiv verhalten und die Klinika eigentlich ab dem ersten Tag nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an der langen Leine gelassen und nur noch dort, wo es zwingend notwendig ist, mitgemischt. Wer die Ministerien aus langjähriger parlamentarischer Erfahrung kennt, hätte dies ei-

gentlich primär nicht vermutet, aber nach dem, was man aus den Klinika hört, muss man wirklich sagen: Das Ministerium hat eigentlich das getan, was im Gesetzentwurf drinstand, und die Klinika im Grunde genommen ein Stück weit in die Freiheit entlassen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben nachgeholfen! Alle miteinander!)

– Das hat auch ohne Nachhilfe geklappt, Herr Kollege.

Neu strukturiert wurde der Vorstand der Klinika. Das heißt, die Verwaltung hat einen stärkeren Einfluss auf die einzelnen Abteilungen der Klinika, und die Pflege hat ein stärkeres Standbein im Vorstand. Dies hat sich, wie man aus den Klinika hört, eigentlich sehr gut bewährt, auch wenn vielleicht manche Abteilungsleiter jetzt meinen, die Verwaltung würde ihnen zu sehr in Verwaltungsangelegenheiten hineinreden. Aber ich glaube, letztendlich ist dies zum Wohl der Klinika und der einzelnen Abteilungen.

Nächster Punkt: Insgesamt hat sich das Image, die Außen Darstellung der Klinika wesentlich verbessert. Das, was es für Uniklinika vor wenigen Jahren noch nicht gab – Imagepflege, Kundenbetreuung, Marketing etc. –, wird jetzt groß geschrieben. Jeder, der seit dem Inkrafttreten des Reformgesetzes in einer der Klinika war, hat feststellen können, dass sich die Klinika als Einrichtungen des Staates um Kunden, um Patienten bemühen, wie es auch private Träger von Krankenhäusern machen. Ich denke, dies ist auch ein wesentlicher Gewinn für die Patienten, die in die Klinika kommen.

Die Verwaltungsabläufe haben sich vereinfacht. Wir haben jetzt die Budgetierung in den einzelnen Abteilungen, das heißt, die Stellen sind nicht mehr festgeschrieben. Man kann zwischen Sach- und Personalmitteln hin- und herschieben und so versuchen, eine vernünftige Krankenversorgung, Forschung und Lehre zu verwirklichen.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte – und dies war ja damals, Herr Kollege Weimer, in der Diskussion hier in diesem Hause der Hauptpunkt –, ist die Überleitung des Personals in die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder. Wir haben es trotz heftigen Widerstands von sozialdemokratisch regierten Ländern am Anfang der Diskussion – es gab einen Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen, der den Vorsitz hatte und der sich gewehrt hatte;

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Den gibt es nicht mehr!)

den gibt es jetzt nicht mehr –, trotz anfänglicher Probleme mit sozialdemokratisch regierten Ländern nach langem Hin und Her geschafft, das umzusetzen, was wir mit dem Gesetzentwurf versprochen haben, nämlich in die Tarifgemeinschaft einzutreten und damit die ganzen Unsicherheiten bei der Personalüberleitung auszuräumen. Bei vielen tausend Beschäftigten haben, glaube ich, letztendlich nur 200 oder 300 der Überleitung widersprochen. Dieser Punkt, der uns auch in diesem Hause sehr viel Ärger gemacht hat, war einer der Punkte, die pflichtgemäß und wahrheitsgemäß relativ zügig erledigt wurden.



(Dr. Mauz)

Es gibt sicherlich auch noch einige Probleme. In diesem Gesetzentwurf sind noch nicht alle Punkte umgesetzt: Entwicklungspläne der Klinika, Zusammenarbeit, Fakultätsvorstände, Fakultätsräte usw. Da gibt es sicherlich noch einiges, was wir in den nächsten Jahren überprüfen müssen, wenn wir noch ein paar Jahre mehr Erfahrung haben.

Sicherlich mit ein Gewinn war die Bauhoheit bei Klinika bis 9 Millionen DM. Nicht ganz unumstritten war, auch nicht zwischen den Ministerien, dass sie jetzt frei vergeben können. Wenn man die Bautätigkeit an den Klinika, was kleinere Projekte betrifft, anschaut, so ist seit dem Inkrafttreten des Reformgesetzes einiges mehr passiert.

Letztendlich glaube ich, die Zukunft unserer Uniklinika ist mit diesem Gesetzentwurf gesichert worden. Wir werden in Zukunft einen noch stärkeren Wettbewerb zwischen einzelnen Krankenhäusern haben, wir werden mehr Wettbewerb zwischen Hochleistungsmedizin, Forschung und Lehre haben, und wir müssen in zwei, drei Jahren sicherlich auch noch einige Strukturen überprüfen, die meines Erachtens zurzeit noch etwas zu kompliziert sind, zum Beispiel das Nebeneinander von Fakultätsvorständen und Klinikumsvorständen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Man kann sich vielleicht einmal vorstellen, nur einen Vorstand zu haben und getrennte Budgets und getrennte Kontrollmechanismen – oder einen Wirtschaftsplan Fakultät. Bis jetzt muss ein vom Fakultätsrat festgestellter Wirtschaftsplan noch durch das Rektorat und den Hochschulrat. Das sind relativ lange Verwaltungsabläufe. Ich bin der Meinung, in zwei, drei Jahren müssen wir die Strukturen noch einmal daraufhin überprüfen, ob es nicht noch Vereinfachungen geben kann.

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir mit diesem Gesetzentwurf etwas Vernünftiges auf den Weg gebracht. Die Klinika und das Ministerium haben es angenommen. Andere Bundesländer, auch sozialdemokratisch regierte, Herr Kollege Weimer, sind auf ähnlichem Weg wie Baden-Württemberg. Insofern glaube ich, es war ein guter Gesetzentwurf, es war eine gute Leistung, die wir erbracht haben, und es war ein guter Weg, den wir beschritten haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Weimer.

**Abg. Weimer SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über ein Gesetz, über dessen Zielsetzungen bei seiner Verabschiedung vor zwei Jahren in diesem Parlament Einvernehmen bestand.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Warum diskutieren wir überhaupt hier?)

– Weil es immer sinnvoll ist, Herr Kollege, nach zwei Jahren einmal eine Zwischenbilanz zu ziehen und zu überle-

gen, inwieweit sich das, was damals beschlossen wurde, bewährt hat.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich bitte, etwas mehr Ruhe zu bewahren.

**Abg. Weimer SPD:** Damals stand im Raume, dass die Universitätsklinika mehr Autonomie brauchen und vor allem effizienter wirtschaften sollen, und es ging vor allem darum, mehr Transparenz in die unterschiedlichen Finanzströme hineinzubekommen. Das war der Ausgangspunkt. Dies geschah alles in der Absicht, die Universitätskliniken in Forschung und Lehre leistungsfähiger zu machen und sie in der Krankenversorgung fit zu machen für den Wettbewerb, der gerade im Gesundheitswesen immer härter wird und sich immer schärfer entwickelt. Eine Bilanz über die Zielerreichung dieser Reform soll es jetzt schon nach zwei Jahren geben. Insofern, Herr Kollege Zwischenrufer, stimme ich Ihnen zu, es ist in der Tat etwas früh, weil wir auch kein Instrumentarium zur Verfügung haben, um Erfolg und Misserfolg unter dem Gesichtspunkt der Zuverlässigkeit und der Validität tatsächlich nachzuweisen. Aber dennoch bietet die heutige Debatte Gelegenheit, erste punktuelle Erfahrungen zu bewerten und daraus Rückschlüsse und auch Konsequenzen im Hinblick auf eine notwendige Novellierung in vielleicht zwei Jahren zu ziehen.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Der wichtigste Punkt für die SPD – es ist angesprochen worden – war der, dass es gelungen ist, die Tariffähigkeit für die über 20 000 Beschäftigten in den Kliniken herzustellen. Inwieweit nun, Herr Kollege Mauz, das Lob dafür ausschließlich dem Herrn Wissenschaftsminister gebührt, wie das auch die Stellungnahme suggeriert, will ich dahingestellt sein lassen. Ich weiß, dass auch wir nicht untätig waren,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

dass die Mehrzahl der Finanzminister Sozialdemokraten waren und dies immer noch so ist und auch wir ein Stück weit Überzeugungsarbeit einbringen konnten. Aber wie heißt es so schön im Volksmund: Der Sieg hat immer viele Väter, nur die Niederlage ist ein Waisenkind.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Der Erfolg! – Abg. Dr. Mauz CDU: Der Erfolg hat viele Väter!)

So ist es halt in der Politik.

Positiv anzumerken, meine Damen und Herren, ist zweitens, dass die leistungsbezogene Mittelzuweisung eingeführt wurde. Allerdings ist es etwas kühn, auch in dieser Frage auf die Vorreiterrolle von Baden-Württemberg zu verweisen. Andere Bundesländer sind bei diesem Thema weiter. Zum Beispiel hat Zöllner in Rheinland-Pfalz schon vor vier Jahren die leistungsbezogene Mittelzuweisung eingeführt. Aus meiner Sicht spricht im Übrigen sehr viel dafür, über das Kriterium Drittmittel als Indikator hinaus auch andere Kriterien ins Auge zu fassen. Ich sage nur die Stichworte Nachwuchsförderung und Frauenförderung. Auch Ausbildungsplätze in den Klinika können in Zukunft

(Weimer)

bei der leistungsorientierten Mittelzuweisung als Kriterium dienen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will drittens den Status des Vorstands kurz ansprechen, wie er sich mittlerweile in der Praxis an allen Kliniken herausgebildet hat.

Dieser Vorstand hat sich immer stärker – und diese Entwicklung ist noch längst nicht abgeschlossen – als ein ungefährdetes Machtzentrum etabliert. Der Vorstand ist als einzige Handlungsebene hoch professionalisiert, jedenfalls in den hier zur Debatte stehenden Managementfunktionen. Ihm zugeordnet ist ein ausdifferenzierter Verwaltungsapparat, der kontinuierlich und zeitnah Entscheidungsgrundlagen unterfüttert. Die Kliniken und die Abteilungen, die ja untereinander in einer Wettbewerbssituation um günstige Entscheidungen des Vorstandes stehen und sich am Ende in Winner- oder Loserpositionen befinden, haben dieser Managementprofessionalität nichts oder zumindest relativ wenig entgegenzusetzen. Daraus entstehen aufwendige Verhandlungs- und Entscheidungsprozeduren, die sich in Zeitverlusten, Zusatzkosten und Akzeptanzproblemen niederschlagen. Da ist Sand im Getriebe. Ich wünsche mir sehr, dass die Vorstände ihre Macht- und Kompetenzvorsprünge gegenüber den Abteilungen und Kliniken, aber auch gegenüber der Fakultät weise nutzen

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

und Konsens erzeugen und nicht Widerstand und Abkehr.

Damit hängen schließlich die Rolle und die Leistungsfähigkeit der Aufsichtsräte zusammen, Herr Kollege Mauz – ein aktuelles Thema, beileibe nicht nur in den Kliniken. Auch hier lohnt es sich, das Positivurteil des Wissenschaftsministeriums über deren Arbeitsfähigkeit mit den Erfahrungen zu spiegeln, die es an den einzelnen Klinikuniversitäten gibt.

Ich fasse meine Eindrücke zusammen: Angesichts der kompakten und Widerspruch verbietenden Kompetenz und lokalen Detailkenntnis des jeweiligen Klinikvorstands beschränken sich die Aufsichtsräte auf Interventionen im Kommabereich. Vor allem die externen Mitglieder äußern sich in nachvollziehbarer Ermangelung einer tiefer gehenden Kenntnis der örtlichen Situation in der Weise, dass sie anekdotisch aus individueller Erfahrung allgemeine Handlungsmaximen ableiten. Deshalb auch hier ein Appell an die Wahrhaftigkeit.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Gut gesprochen!)

Ich wünsche mir, dass aus den Aufsichtsräten in den nächsten Jahren durch Kontinuität, Kompetenz- und Respektzuwachs tatsächlich Gremien werden, die zu Alternativen fähig sind und diese dann auch durchsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Reform der Hochschulmedizin vor zwei Jahren war richtig, und sie war überfällig. Das Gesetz hatte und hat im Detail aus unserer Sicht einige Mängel, wobei das größte Problem

damals, die Tariffähigkeit in der TdL, Gott sei Dank gelöst ist.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Abg. Weimer SPD:** Ich sehe die Uhr, und ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Ich möchte bei der Gelegenheit allerdings dem Herrn Wissenschaftsminister mit auf den Weg geben, dass er nicht weiterhin – so habe ich es jedenfalls der Presse entnommen – die Tariffähigkeit infrage stellt, was die künftige Entwicklung an den Universitätskliniken angeht. Vielleicht wäre da auch heute schon ein klärendes Wort hier sinnvoll.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Zurück zum Gesetz: Es ist im Augenblick noch zu früh für ein abschließendes Urteil. Ärgerlich bleibt, dass eine insgesamt sinnvolle Reform, die alle Parteien mittragen, vom zuständigen Minister in lobhudlerischer Weise stets und ausschließlich für sich reklamiert wird

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

und Selbstverständlichkeiten semantisch überhöht werden.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, Sie wollten zum Schluss kommen.

**Abg. Weimer SPD:** Irgendwann wird Klaus von Trotha auch noch das Urheberrecht für den täglichen Sonnenaufgang für sich reklamieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Mauz CDU – Abg. Hauk CDU: Das hätte er verdient! – Abg. Brechtken SPD: Das empfindet er gar nicht als Zumutung! Das glaubt er fast! – Abg. Pfisterer CDU: War das Ihre Abschiedsrede, Herr Kollege? – Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Salomon.

**Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hat den Eindruck, das ist eine Debatte nach dem Motto „Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von allen“.

(Abg. Deuschle REP: Da haben Sie Recht!)

Wir haben dieses Gesetz vor zweieinhalb Jahren verabschiedet, und vor zwei Jahren ist es in Kraft getreten. Die bestellte Antwort der Landesregierung auf den Antrag der CDU, um sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen,

(Abg. Deuschle REP: Der bestellte Antrag!)

hat das Ergebnis erbracht, das wir uns alle davon erhofft haben, nämlich dass dieser Gesetzentwurf gut war. Dass der Gesetzentwurf gut war, lag unter anderem daran, dass der ursprüngliche Gesetzentwurf – daran möchte ich schon einmal erinnern –, den die Regierung eingebracht hat, so schlecht war, dass man ihn mehr oder weniger zurückziehen musste und die CDU-Fraktion unter Federführung von Herrn Kollegen Dr. Mauz – das darf man ja einmal erwäh-

(Dr. Salomon)

nen – etwas Besseres gebracht hat. Es war nur etwas peinlich, dass wir drei Wochen vorher etwas fast Gleichlautendes und genauso Gutes gebracht hatten. Es sei Ihnen erlassen, dass man dann mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen Ihren und nicht unseren Gesetzentwurf verabschiedet hat. Das ist egal und Schnee von gestern.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Der alte politische Autorenstreit!)

Das Gesetz ist in seinen wesentlichen Zügen richtig. Was haben wir gemacht? Wir haben das übernommen, was wir für die Universitäten und die Hochschulen Ende letzten Jahres insgesamt verabschiedet haben, nämlich ein Autonomiegesetz mit Dezentralisierung, Budgetierung, leistungsorientierter Mittelvergabe, insbesondere im Forschungsbereich, klarer Trennung von Krankenversorgung auf der einen und Forschung und Lehre auf der anderen Seite, mit einem gestärkten Fakultätsvorstand und analog dazu mit einem Aufsichtsrat bei den Universitäten, jetzt Hochschulrat, und einer Stärkung der Hochschulleitungsebene, sprich: Rektorat.

Das ist eine Analogie, wo die Hochschulmedizin die Vorreiterrolle gespielt hat.

(Abg. Deuschle REP: Das sehe ich auch so!)

Das hat sich bewährt, und das ist gut. Es ist deshalb gut, weil es gelungen ist bzw. auf dem Weg ist zu gelingen, dass sich die Universitätskliniken auf dem härter werdenden Krankenhausmarkt besser positionieren können. Herr Kollege Mauz hat darauf hingewiesen, dass sich die Privatkliniken viele Rosinen aus dem Medizinkuchen herauspicken. Jetzt sind, denke ich, die Universitätskliniken auf dem Weg, dieser Konkurrenz Paroli bieten zu können.

Was wir damals schon angemahnt haben und was immer noch fehlt, was aber weniger am Wissenschaftsministerium als am Finanzministerium lag und liegt, ist die Bauherreneigenschaft der Kliniken. Wir haben damals beantragt, dass die Kliniken mindestens 15 Millionen DM in Eigenregie verwenden dürfen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr guter Antrag!)

Dann wurden 3 Millionen DM beschlossen. Das ist ein ständiges Ärgernis. Ich bitte doch, einmal darüber nachzudenken, ob man da nicht nachbessern kann. Das ist das eine.

Das andere Thema ist das der Privatliquidation. Es hängt nicht direkt mit dem Gesetz zusammen; aber um diesen Themenkomplex muss man sich noch einmal kümmern. Man muss sich, habe ich den Eindruck, insbesondere um den Bereich der ambulanten Versorgung kümmern, weil im Bereich der ambulanten Versorgung die Abführungen der Professoren bei der Privatliquidation überhaupt aus dem Blick geraten sind.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die Abführung will ich, ehrlich gesagt, auch nicht sehen!)

Wenn es medizinpolitisch sinnvoll ist, dass man mehr in den ambulanten Bereich geht und dass der ambulante Be-

reich in der Relation größer wird als der stationäre Bereich, muss das zur Folge haben, dass für den ambulanten Bereich ebenfalls bezahlt wird. Ich denke, da muss man in nächster Zeit einmal konkrete Zahlen vorlegen.

Weiterhin fehlt –

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

ich möchte einmal eine Checkliste machen, worum man sich in den nächsten Jahren noch kümmern muss – schlichtweg die Reform der Medizinerbildung. Da ist eigentlich noch nichts geschehen. Seit Jahren ist bekannt – der Wissenschaftsrat hat es angemahnt –, dass die Medizinerbildung an den Universitäten im Argen liegt. Darum muss man sich auch kümmern. Das war jetzt nicht Absicht des Gesetzes; aber wenn wir von der Zukunft der Universitätskliniken und der medizinischen Fakultäten sprechen, kann dieses Thema unseres Erachtens nicht außen vor bleiben.

Ich komme zum Ende und fasse zusammen: Die Unikliniken haben mit dem Gesetz einen großen Schritt nach vorne gemacht. Jetzt ist zwar nicht der Zeitpunkt, sich zufrieden zurückzulehnen; aber man kann, denke ich, die Aufgaben, die noch vor uns liegen, einigermaßen gelassen angehen.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Auf gutem Wege!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre interessant und zweifellos auch von einigem Unterhaltungswert, die Unkenrufe, welche die Beratung des Gesetzes zur Reform der Hochschulmedizin in Baden-Württemberg seinerzeit von den verschiedensten Seiten her begleitet haben, heute noch einmal Revue passieren zu lassen.

Ich räume ein, dass es an dem einen oder anderen Punkt auch Zweifel gegeben hat, die insoweit berechtigt waren, als sie sich auf solche Ziele der Landesregierung bezogen, deren tatsächliche Realisierung als noch nicht völlig gesichert gelten musste. Das war ganz konkret hinsichtlich der Überleitung des Klinikpersonals vom Land auf die Klinika der Fall, die ja vom Gelingen des vorgesehenen Beitritts der Universitätsklinik zur Tarifgemeinschaft deutscher Länder abhängig war. Das war in der Tat kein ganz einfaches Unterfangen. Wer aber vielleicht die Ernsthaftigkeit des entsprechenden Willens der Landesregierung infrage gestellt hat, ist eindeutig eines Besseren belehrt worden.

Meine Damen und Herren, ohne Einschränkung kann heute gesagt werden: Die Zweifler sind nicht nur, aber auch in diesem Punkt eines Besseren belehrt worden. Denn insgesamt ist ohne Wenn und Aber festzustellen: Die Reform der Hochschulmedizin in Baden-Württemberg, die die CDU-FDP/DVP-Koalition und die von ihr getragene Landesregierung durch das Reformgesetz eingeleitet haben, ist ein ganz entscheidender Beitrag dazu, die Hochschulme-



(Kiesswetter)

dizin unseres Landes, die Universitätsklinik gleichmaßen wie die medizinischen Fakultäten unserer Universitäten, zukunftsfähig zu machen. Die Tatsache, dass andere Bundesländer diesem Reformweg inzwischen ebenfalls folgen, und die Tatsache, dass der Wissenschaftsrat unsere Reform der Universitätsklinik und medizinischen Fakultäten ausdrücklich befürwortet und empfohlen hat, sind nicht der einzige, aber vielleicht der auf einen Blick eindrücklichste Beleg dafür, dass mit dem Gesetz zur Reform der Hochschulmedizin die richtigen, weil zukunftsweisenden Weichenstellungen durch uns erfolgt sind.

(Abg. Weimer SPD: Herr Kollege, Sie dürfen nicht immer alles glauben, was in Stellungnahmen drinsteht!)

Wir waren und sind uns darüber im Klaren, dass es mit den richtigen Weichenstellungen durch ein richtiges Gesetz allein nicht getan ist. Gerade bei diesem Gesetz kam und kommt es darauf an, dass es nicht allein dem Buchstaben gemäß vollzogen wird, sondern dass Idee und Geist der neuen Regelungen akzeptiert und von den Betroffenen selbst sozusagen verinnerlicht werden. Eine der entscheidenden Feststellungen, die die Landesregierung in ihrer Stellungnahme macht – und zwar zu vollem Recht macht –, ist daher das folgende Zitat:

Die Klinika haben sich mittlerweile den Auftrag des Reformgesetzes und das Selbstverständnis, wonach – unbeschadet der Letztverantwortung des Landes – zunächst die eigenen Möglichkeiten zur Bewältigung der Aufgaben auszuschöpfen sind, uneingeschränkt zu Eigen gemacht.

Das Gesetz gibt den Klinika die Möglichkeit, zugleich aber auch die Pflicht, sich in eigener Verantwortung dem Wettbewerb um Spitzenpositionen in der Hochschulleistungsmedizin zu stellen, und zwar auch unter Wahrung des sich weiter verschärfenden Gebots der Wirtschaftlichkeit ihrer Leistungserbringung. Sie stellen sich dieser Aufgabe durch zunehmend flexibles, selbst gestaltendes und unternehmerisches Denken und Handeln. Das Reformgesetz hat diesen Weg frei gemacht.

In den medizinischen Fakultäten ist das vom Grund her nicht anders. Insbesondere der mit dem Gesetz eingeleitete Übergang zu stärker leistungsorientierter Vergabe der Mittel des Landes hat die dafür entscheidenden Prozesse einer auch fakultätsinternen entsprechenden Mittelverteilung in Gang gesetzt. Diese Prozesse sind schmerzhaft und auch aus personalpolitischen Gründen nicht in Radikalschritten zu leisten. Aber sie sind in Gang, wie es mit diesem Gesetz gewollt war.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der baden-württembergischen Hochschulmedizin ist durch das Reformgesetz eine der zentralen Voraussetzungen geschaffen. Die bisherigen Erfahrungen belegen, dass die erwünschten und erwarteten positiven Wirkungen Realität sind und noch zunehmen werden. Das kann und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weitere Voraussetzungen gibt. Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulmedizin hängt entscheidend auch von der Förder- und Investitionsbereitschaft nicht nur des Landes, sondern auch des Bundes ab.

Insbesondere was den Bund anlangt, kann ich hier nur mit allem Nachdruck an diese Bereitschaft appellieren.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Göbel CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Oh Jesses, der Deuschle!)

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion begehrt Auskunft über die praktischen Erfahrungen mit dem zum 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Hochschulmedizinreform-Gesetz, das von uns Republikanern damals auch mitgetragen wurde.

Die früher als unselbstständige Anstalten der Universitäten und gleichzeitig als Landesbetriebe geführten Universitätsklinik wurden mit damaliger Wirkung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts der Universitäten umgewandelt. Dabei ergeben sich vor allem drei Problembereiche: erstens die Frage der Rechtsform und ihre Auswirkungen, zweitens die Besetzung der Gremien und die gemachten Erfahrungen und drittens arbeitsrechtliche Fragen und die Belange des Personals.

Lassen Sie mich zur quantitativen Bedeutung der Hochschulmedizin einiges sagen. Das Land Baden-Württemberg gibt pro Jahr rund 850 Millionen DM für die Hochschulmedizin in Tübingen, Freiburg, Heidelberg und Ulm aus. Diese Ausgaben für die Hochschulmedizin an den vier Universitäten entsprechen in etwa den Mitteln für alle anderen Fächer an den vier Universitäten zusammen. An den Klinika arbeiten über 20 000 Beschäftigte, die einen Umsatz von rund 3 Milliarden DM erwirtschaften.

Die Landesregierung kommt in ihrer Bewertung der bisherigen Erfahrungen mit der Medizinreform zu einem insgesamt positiven Urteil. Dies sehen wir Republikaner ähnlich. Für uns war wichtig, dass es keine Abspaltung der Klinika von den Universitäten gab, dass also die universitäre Freiheit von Forschung und Lehre gesichert und die Einheit von Lehre, Forschung und Krankenversorgung erhalten blieb. Darüber hinaus scheint ein höherer Personal- und Zeitaufwand durch zusätzliche Koordinationsaufgaben so weit wie möglich vermieden worden zu sein.

Was die Verteilung der staatlichen Zuschüsse betrifft, hat das Wissenschaftsministerium zu Recht schon 1998 damit begonnen, 10 % der für Forschung und Lehre bestimmten Landesmittel leistungsabhängig zu verteilen. Als Verteilungskriterium galt und gilt noch heute die Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Für das Jahr 2000 ist diese Quote bei den Drittmitteln von 10 auf 15 % erhöht worden. Man hat durchaus den Eindruck, dass diese Verteilungskriterien ihre Wirkung erzielt haben – bei der einen Universität mehr, bei den anderen weniger. Wir halten es auch für richtig, dass zu dem Verteilungskriterium Drittmittel ab diesem Jahr die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen hinzukommt.



(Deuschle)

Bei der Mittelverteilung haben die Universitätsklinika schon Erfahrungen gesammelt, die, Herr Minister, den Universitäten nach dem neuen Hochschulreformgesetz erst noch bevorstehen. Die Klinika haben eine neue Eigenständigkeit in der wirtschaftlichen Betriebsführung bekommen, sie haben mehr Planungssicherheit erhalten und wohl auch unterschiedlich umgesetzt.

Die Fakultätsräte haben sich voll bewährt. Herr Minister, dazu hätte ich von Ihnen gerne noch etwas Konkretes gehört. Man hat ja den Eindruck, dass die Umsetzung an den Klinika sehr unterschiedlich erfolgt ist. Die Universitätsklinika haben einerseits den Anforderungen einer Hochleistungsmedizin für unsere Bevölkerung zu entsprechen, andererseits eine kostengünstige und wettbewerbsorientierte Betriebsstruktur aufzuweisen.

Für uns Republikaner ist wichtig, dass sich das Land nicht schrittweise aus der finanziellen Verantwortung für die Hochschulmedizin zurückzieht, da durch den immer stärkeren Zwang zur Akquirierung von Drittmitteln unter Umständen die Freiheit der Forschung und der Lehre eingeschränkt werden könnte.

Die Zusammensetzung des Fakultätsvorstands und des Fakultätsrates sowie die praktische Arbeit dieser Gremien wurde von uns bereits vor zweieinhalb Jahren deutlich angesprochen. Schon damals haben wir auf die enge personelle Verbindung zwischen Klinikumsvorstand und Fakultätsvorstand hingewiesen, die für einen reibungslosen Abstimmungsprozess sorgen sollte.

Nicht ganz zufrieden kann man mit der im Gesetz festgelegten Erarbeitung von mittel- und langfristigen Planungen der Klinika sein. Die Klinika sind wohl noch nicht in vollem Umfang, Herr Wissenschaftsminister, ihrer durch das Gesetz gestärkten Eigenverantwortung gerecht geworden. Meine Damen und Herren, konnte man dies aber in der relativ kurzen Zeit, in diesen zwei Jahren, anders erwarten? Hier bedarf es doch noch bei dem einen oder anderen Klinikum einer mentalitätsmäßigen Umstellung.

Zum Abschluss kann ich nur sagen, dass die Reform der Hochschulmedizin zwar schon erste Erfolge vorweisen kann, jedoch noch immer in der Bewährungsphase steckt.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister von Trotha.

(Abg. Drexler SPD: Zum Thema Sonnenaufgang!)

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha:** Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einem gewissen Stolz – nicht auf den Sonnenaufgang, den können wir ja gern gemeinsam feiern – und mit Genugtuung kann ich feststellen, dass wir mit dem bisherigen Verlauf unserer Bemühungen um die Medizinreform und seiner Würdigung auch in diesem Hause außerordentlich zufrieden sein können.

Herr Kollege Jacobi, der inzwischen allerdings das Interesse an der Debatte verloren hat,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

hat gefragt: Ist eine Bewertung nach zwei Jahren zu früh? Das ist dann nicht zu früh, wenn eine Kurskorrektur notwendig wird. Aber es hat sich offenbar gezeigt, dass eine solche Kurskorrektur von niemandem mehr gewünscht wird. Im Gegenteil, die Erfolge werden so hoch bewertet, dass sich eine große Zahl von Prahlvätern, die offenbar von Anfang an dafür waren, eingefunden hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Wenn ich auf die Abstimmung rekurriere, Herr Salomon, stehen Sie auch nicht gut da.

Ich will es Ihnen und auch mir ersparen, die Stellungnahme im Einzelnen noch einmal zu erläutern. Aber hervorheben möchte ich: Die neu gebildeten Vorstände und Aufsichtsräte haben sich außerordentlich bewährt. Das gilt, Herr Kollege Weimer, auch für die Sachverständigen in den Aufsichtsräten. Ich weiß nicht, wer Ihnen das zugetragen hat, was Sie hier aus den nicht öffentlichen Aufsichtsratssitzungen zum Besten gegeben haben.

(Lachen des Abg. Deuschle REP – Abg. Weimer SPD: Vielleicht spreche ich auch aus Erfahrung!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Einer der Renommiertesten, der eine Vielzahl von Aufsichtsratsmandaten innehat, hat mir berichtet: Mein spannendstes Mandat ist das im Hochschulklinikum. Wir können dankbar sein, dass höchst angesehene Persönlichkeiten aus der Wirtschaft bereit sind, hier ehrenamtlich und qualifiziert mitzuarbeiten.

Herr Kollege Deuschle, Sie haben gesagt, die Planungen seien noch nicht so weit, wie Sie es vielleicht erwartet hätten. Sie haben aber selbst das Gegenargument gleich mit vorgetragen: Wir brauchen Zeit. Die Umstellung war ganz schwierig. Aber wir sind überall dabei, die entsprechenden Entwicklungs- und Strukturpläne für die Kliniken vorzubereiten.

Ebenso bewährt haben sich die – bisher übrigens vorbildlosen – gänzlich neuen Fakultätsvorstände. Sie sind mittlerweile ein Modell für die ganze Republik, ein Modell, das inzwischen auch der Wissenschaftsrat empfiehlt.

Weiter: Geglückt ist die Überleitung des Personals auf die neuen Anstalten. Mit wenigen Ausnahmen konnten die mehr als 20 000 Beschäftigten von Sinn und Zweckmäßigkeit der Reform überzeugt werden. Besonders befriedigt mich dabei, dass auch der seinerzeit noch unsichere Eintritt in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder entgegen allen Unkenrufen gelungen ist. Herr Kollege Weimer, es ist richtig, dass da einige Minister, die der SPD angehören, mitgemacht haben. Aber einige haben uns auch sehr schwere Steine in den Weg gelegt.

Deutliche Fortschritte wurden bei der Transparenz der Finanzströme erzielt. Wohin fließen die den Klinika und Fakultäten zugewiesenen Mittel der Krankenkassen für die Krankenversorgung und die des Landes für Forschung und Lehre denn im Einzelnen? Wer ist nicht en gros, sondern en détail für die Verwendung dieser Mittel verantwortlich? Manches ist auch heute noch nicht befriedigend geregelt. Aber in den Universitätsklinika keines anderen Bundeslan-

(Minister von Trotha)

des – das richtet sich wieder an Ihre Adresse, Herr Weimer – kann diese Frage mittlerweile so genau beantwortet werden wie in Baden-Württemberg.

Wenn Sie meinen, Rheinland-Pfalz sei vorn, dann vergleichen Sie bitte, wie viel Landesmittel dort und wie viel bei uns leistungsorientiert vergeben werden. Dann werden Sie die entsprechende Relation feststellen können.

Schließlich: Fast besorgt sprechen überregionale Förderorganisationen vom zunehmenden Süd-Nord-Gefälle, wenn es um die medizinische Forschung geht. Wir sind weit vorn und sind darauf in der Tat auch stolz.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha:** Aber bitte.

**Abg. Weimer SPD:** Herr Minister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Falsches durch Wiederholen nicht richtiger wird. Konkret: Das erste Bundesland, das die leistungsorientierte Mittelzuweisung, die Budgetierung eingeführt hat, war nicht Baden-Württemberg – in der Qualität; ich rede jetzt nicht über die Quantität.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ist das noch eine Frage?)

Das waren vielmehr Niedersachsen – das Bundesland, aus dem der amtierende Bundeskanzler kommt – und Rheinland-Pfalz. Sind Sie bereit – ganz neutral –, diesen Tatsachen ins Auge zu sehen?

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha:** Ich habe diesen Tatsachen seit 1996 ins Auge gesehen, und zwar ganz konkret ins Auge der betreffenden Minister. Es ist richtig, dass uns Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit ersten kleinen Modellen

(Lachen des Abg. Weimer SPD)

voraus waren. Wir aber haben beide Länder mit großen Schritten weit hinter uns gelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gewiss hat auch der Übergang des Ministeriums zur leistungsbezogenen Zuweisung der für Forschung und Lehre bestimmten Landesmittel zur Intensivierung und Beschleunigung der Diskussions- und Entscheidungsprozesse vor allem in den Fakultäten beigetragen. Ich bin dankbar, dass das hier mehrfach anerkannt wurde. In diesem Jahr – noch einmal, Herr Weimer – werden 120 Millionen DM in Abhängigkeit von den eingeworbenen Drittmitteln und qualifizierten Publikationen zugewiesen werden.

Wie schon in den Vorjahren werden einzelne Fakultäten in Millionenhöhe hiervon profitieren und andere eben entsprechende Einbußen hinnehmen müssen. Die Folgen sind aber ganz überwiegend – auch das betone ich mit Genugtuung – nicht Proteste gewesen, sondern vermehrte Anstrengungen.

Wenn auch für die Betroffenen immer wieder überraschend, ist inzwischen klar, in welchem Maß die Ausübung der übertragenen Autonomie konfliktfrei und schmerzhaft zugleich sein kann, wenn es um die Umverteilung, wenn es insbesondere um die Gefährdung lieb gewordener Besitzstände geht.

Entstanden ist aber insgesamt weniger ein Protestverhalten als eine beeindruckende Aufbruchstimmung. Dies hat übrigens besonders überzeugend die Tagung „Zwei Jahre Medizinreform in Baden-Württemberg“ in Ludwigsburg vor wenigen Wochen gezeigt. Unter Beteiligung von Vertretern des zuständigen Bundesministeriums, anderer Länderministerien, des Wissenschaftsrats und der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben die Vertreter aller Klinika und Fakultäten des Landes in bemerkenswerter Übereinstimmung ihre Zufriedenheit über die Medizinreform und besonders über das Reformgesetz zum Ausdruck gebracht. Darunter waren auch diejenigen, die seinerzeit meinten, den unaufhaltsamen Niedergang der baden-württembergischen Hochschulmedizin prophezeien zu müssen.

(Abg. Weimer SPD: Bei der Veranstaltung hätte man auch das Parlament beteiligen können!)

– Haben wir Sie nicht eingeladen?

(Zurufe: Nein!)

– Gut, da will ich gern Besserung geloben. Möglicherweise hätte dies auch zu besseren Einsichten geführt, die uns wieder zugute kommen würden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir hatten nur Experten eingeladen. Ich finde, man sollte aber auch für das politische Umfeld sorgen. Wir werden das nächste Mal an Sie denken, zumal wir uns ja offenbar jetzt im gleichen Zug befinden. Was könnte sich ein Wissenschaftsminister mehr erhoffen?

Gerade diese Entwicklung stärkt auch meinen Optimismus, wenn ich an die umfassende Reform denke, die mittlerweile für den gesamten Hochschulbereich auf den Weg gebracht wurde. Wichtige Bausteine davon, meine Damen und Herren, fanden sich zuerst im Medizinreformgesetz. Das überregionale Echo auf die baden-württembergische Medizinreform wird in der schriftlichen Stellungnahme angedeutet. Es klingt ein wenig unbescheiden – das räume ich ein –, wenn ich feststelle: Wer in Deutschland über Medizinreform nachdenkt, diskutiert und Neues plant, schaut zunächst einmal nach Baden-Württemberg.

Es wäre nun verfehlt, sich in Zufriedenheit über das Erreichte zurückzulehnen. Wer sich auf dem Lorbeer ausruht, trägt ihn sicherlich am falschen Platz. Ich glaube, dass wir die Reform zur rechten Zeit auf den Weg gebracht haben. Die Zukunft für die Universitätsklinika, übrigens für alle öffentlichen Krankenhäuser, sieht dennoch durchaus bedrohlich aus.

Wer gemeint hat, die Gesundheitsreform 2000 des Bundes sei in weitem Umfang gescheitert, hat leider nur zum Teil Recht. Gescheitert sind allerdings alle Bemühungen, in dem Bundesgesetz Belastungen und Erschwernisse, mit de-

(Minister von Trotha)

nen sich die Universitätsklinika auseinander setzen müssen, zu beseitigen. Die Experten kennen die Problematik zum Beispiel bei den Ambulanzen.

Übrig geblieben – und das ist das Problem – ist die Vorgabe, dass binnen weniger Jahre das gesamte System der Krankenhauserlöse auf Fallpauschalen, letzten Endes also Preise für sämtliche Krankenhausleistungen, umgestellt werden muss. Was bedeutet das? Wir müssen damit rechnen, dass die öffentlichen Krankenhäuser, ganz besonders die Universitätsklinika, auch künftig einen großen Teil der mit der Grundsicherung des Gesundheitssystems verbundenen Versorgungslast tragen müssen, hierfür aber keinen entsprechenden finanziellen Ausgleich erhalten.

Wir müssen weiter damit rechnen, dass sie zu gleicher Zeit uneingeschränkt dem Wettbewerb mit der wachsenden Zahl privatwirtschaftlich arbeitender Krankenhäuser ausgesetzt sein werden. Wir stehen vor einer Entwicklung des Krankenhausbereichs, die sich hinsichtlich Markt und Wettbewerb vielleicht nicht ganz so dramatisch vollzieht wie bei der Telekommunikation und der Stromversorgung, die aber dennoch in wenigen Jahren mehr verändern kann als in vielen Jahrzehnten zuvor.

Ich bin gewiss der Letzte, der vor dem offenen Wettbewerb warnt. Wettbewerb ist sicherlich eine unverzichtbare Leistungsquelle. Wettbewerb setzt aber Chancengleichheit voraus. Sollen die Universitätsklinika das Rückgrat unseres Gesundheitssystems bleiben, dürfen sie nicht an Krankenhäusern gemessen werden, die sich bei kostspieligen Patienten an die Adresse des Universitätsklinikums erinnern und ihm auch gern die Notfälle an Feiertagen und Wochenenden überlassen.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat, ebenso wie bereits vor Jahren die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt im Hinblick auf das Universitätsklinikum Halle, ernsthaft erwogen, das Klinikum Greifswald einem privatwirtschaftlichen Träger zu übergeben.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört! Was die Roten im hohen Norden machen!)

Ich kann nicht ausschließen, dass solche Fragen eines Tages auch in Baden-Württemberg eine Rolle spielen werden, wenn es in den nächsten Jahren nicht gelingt, die besonderen Aufgaben der Universitätsklinika finanziell abzusichern und zugleich ihre Leistungsfähigkeit in dem Maß zu steigern, dass sie auch unter reinen Preisgesichtspunkten mit der privatwirtschaftlichen Konkurrenz im Übrigen mithalten können.

Die Aufgabe und die große Herausforderung für die Zukunft der Universitätsmedizin ist die Diskussion in den Universitätsklinika über eine grundlegende und weitgreifende Verbesserung ihrer Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Auf den Prüfstand müssen auch scheinbar tabuisierte, lieb gewordene Fragen der Organisation und der Personalstruktur. Fast 70 % der Kosten entfallen auf das Personal. Tabuzonen darf es nicht mehr geben.

Tief greifende Schritte sind bereits unternommen worden – das geht an Sie, lieber Herr Kollege Salomon. Sie haben behauptet, wir sollten uns in den nächsten Jahren dringend

um das Liquidationsrecht kümmern. Ihnen ist offenbar entgangen, dass wir uns längst darum gekümmert haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Letztlich aufgrund baden-württembergischer Initiative hat die Kultusministerkonferenz im vergangenen November beschlossen, dass neu bestellten ärztlichen Direktoren spätestens ab dem Jahr 2002 das Liquidationsrecht nicht mehr eingeräumt, sondern dies durch eine qualifikations-, verantwortungs- und leistungsgerechte Vergütung ersetzt wird. Ich halte es für ganz entscheidend, dass in dieser Weise auch die an erster Stelle hierfür verantwortlichen Chefärzte noch stärker als bisher in die Anstrengungen, in den Ausgleich von Medizin und Ökonomie eingebunden werden.

Zugleich wird in bisher im öffentlichen Dienst nicht üblichem und in für viele auch noch gar nicht vorstellbarem Umfang über neue Vergütungsformen, über Beteiligungs- und Anreizsysteme für einen großen Teil des Personals, weit über die ärztlichen Direktoren hinaus, nachzudenken sein. Ich gehe davon aus, dass der öffentliche Dienst die Einsicht und die Kraft aufbringt, sich solchen Herausforderungen zu stellen. Diese Herausforderungen müssen bewältigt werden, wenn wir die Zukunft ohne die sonst drohende Privatisierung der Klinika meistern wollen.

Gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre bin ich aber außerordentlich optimistisch, meine Damen und Herren, und die Welt gehört den Optimisten – nicht, weil sie immer Recht haben, sondern weil sie offen genug sind, Probleme mit Elan anzugehen, gerade so, wie wir das in den letzten Jahren getan und es uns auch für die Zukunft vorgenommen haben. Wege entstehen dadurch, dass man sie begeht. Meine Damen und Herren, Sie, die Sie damals mit Nein gestimmt haben: Gestehen Sie ein, Sie haben sich geirrt! Wir sind auf dem rechten Weg, und deshalb werden wir diesen Weg auch weitergehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender  
CDU: Kollege Salomon hat es schon bestätigt!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. Der Antrag ist ein Berichtsantrag. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass er durch die Stellungnahme der Landesregierung und die heutige Debatte erledigt ist. – Sie stimmen dem zu.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Januar 2000 – Privatisierung der SBW Sonderabfallentsorgung Baden-Württemberg GmbH – Drucksachen 12/4782, 12/4823**

Berichterstatter: Abg. Brechtken

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Bitte, Herr Abg. Schefold, Sie haben das Wort.



**Abg. Gerd Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung beantragt die Zustimmung des Landtags zur Veräußerung der Sonderabfallentsorgung Baden-Württemberg GmbH. Der Finanzausschuss und der Umwelt- und Verkehrsausschuss haben dem mehrheitlich zugestimmt und dem Landtag empfohlen, diese zu erteilen.

Was ist Sache? Die SBW hatte in den letzten Jahren Verluste von bis zu 7 Millionen DM jährlich.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Weniger als die CDU!)

Gründe sind die Nichtauslastung der Umschlags- und Behandlungsanlage im Stuttgarter Hafen, der Rückgang der Sonderabfallmengen zur Beseitigung seit Anfang der Neunzigerjahre, der EAK – der Europäische Abfallkatalog –, der seit Anfang 1999 besonders überwachungsbedürftige Abfälle herausnimmt.

(Abg. Ingrid Blank CDU und Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen unterhalten sich.)

Hinzu kommt, lieber Kollege Walter, dass der Bundesumweltminister, der Ihrer Partei angehört, nicht für eine strikte Trennung von Beseitigungs- und Verwertungsabfällen sorgt. Auch dies wirkt sich hier aus.

Es stellt sich also die Frage nach der Privatisierung, wobei gesagt werden darf: Ein Käufer war gar nicht so leicht zu finden. Für die Hessische Industriemüll GmbH (HIM) erscheint nun die Übernahme der SBW aus Synergie- und Mengenerwägungen unter den vorliegenden Vertragsbedingungen sinnvoll, aber wohl auch angesichts der größeren Freiräume und Flexibilität eines privaten Unternehmens. Für das Land Baden-Württemberg hingegen erscheint die Veräußerung und eine Beschränkung auf die hoheitlichen Aufgaben sinnvoll.

Bleibt die Frage nach der Risikoabwägung. Die gibt es natürlich ohne Zweifel. Erstens: Das Land bleibt Eigentümer der Deponie Billigheim und damit in der Pflicht bei Ersatzbeschaffungen, und es bleibt die Risikoverpflichtung der SMB, also der Sondermüll-Betriebsgesellschaft mbH Malsch und der Sonderabfallagentur.

Zweitens bleibt die Frage einer schnelleren Verfüllung in Billigheim durch die Möglichkeit der Überschreitung der 30 000 Tonnen im Jahr.

Drittens – ebenfalls ein Risikofaktor – gibt es möglicherweise einen weiteren Rückgang der angedienten Mengen und damit Pönalitäten für das Land von 450 DM je Tonne wegen nicht erfüllbarer Liefermengen an die AVG in Hamburg. Dieser Vertrag gilt bis 2012.

Zum ersten Punkt möchte ich sagen: Mit der Pacht, die nun an die SMB zu zahlen ist, werden die späteren Kosten der Rekultivierung und Nachsorge in Billigheim voraussichtlich abgedeckt.

Zum Zweiten: Das Risiko der früheren Verfüllung ist durch die vereinbarte Höchstmengenfestlegung begrenzt und angesichts der bisherigen Erfahrungen auch nicht sehr wahrscheinlich.

Zum Dritten: Ein Viertel der Lieferverpflichtungen in Höhe von jährlich 5 000 Tonnen an die AVG wird zur Entlastung des Landes von der SBW und damit auch von der HIM übernommen.

Nun wurde in den Ausschussberatungen auch vorgetragen, dass das Konzept zwar schlüssig sei, aber der Zeitpunkt falsch. Man könne den AVG-Vertrag mit Wegfall der Geschäftsgrundlage anpassen. Aber wenn man sich das genauer anschaut, muss man sagen: Wohl doch eher nicht, denn Leistungerschwerungen gehen zulasten des Schuldners, und eine Anpassung ist nur bei ganz krassem Missverhältnis möglich. Das dürfte zumindest zu diesem Zeitpunkt und bei der jetzigen Lage noch nicht der Fall sein, möglicherweise später bei einer weiteren Veränderung.

Würden wir aber jetzt eine hohe Summe bezahlen, um aus dem Vertrag herauszukommen, und schlosse dann unter Umständen die AVG wegen schlechter Auslastung der Anlage später, so kämen auch manche und würden sagen: Das war wohl absehbar. Es wurde zu viel bezahlt. – Es empfiehlt sich also daher jetzt wohl kein Schritt dieser Art.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Die Veräußerung der SBW entlastet uns von Defiziten und entspricht unseren ordnungspolitischen Vorstellungen, nach denen es nicht unbedingt Sache des Landes ist, hier im operativen Geschäft, wohl aber im hoheitlichen Bereich tätig zu sein.

Sie merken meinen Ausführungen an: Wir gehen nicht mit „Hurra!“ in diese Geschichte hinein, aber wenn man die Vorteile, die Nachteile und die Risiken abwägt, sind wir der Auffassung, dass wir dem Veräußerungsantrag zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt weiß ich, warum Herr Scheuermann nicht geredet hat! – Gegenruf des Abg. Hehn CDU: Warum? – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So hätte er sich nicht verbiegen können!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Staiger.

**Abg. Staiger** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist natürlich nichts einzuwenden gegen eine Privatisierung der Sonderabfallentsorgung Baden-Württemberg

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

und den Rückzug des Landes aus dem operativen Geschäft. Das ist keine Frage, auch für uns Sozialdemokraten nicht.

Es wurde aber schon die Frage aufgeworfen: Ist es der richtige Zeitpunkt? Herrschen die richtigen Bedingungen, und liegen die richtigen Voraussetzungen vor? Für uns ist es nämlich auch wichtig, für ein Vorhaben, das man etwas in die Zukunft projizieren muss, ein Konzept mit Perspektiven zu entwickeln, weil sich die Bedingungen auf diesem Markt durchaus verändern können, da durch Vermeidungs-, Verminderungs- und Verwertungsstrategien in diesem Bereich möglicherweise weniger Sonderabfall auf uns zukommt.



(Staiger)

Wir wissen also nicht, wie das Konzept aussieht. Wir wissen nur, dass der Herr Umweltminister zunächst einmal zu der Sonderabfalldeponie Billigheim gesagt hat: „Länger als 20 Jahre soll sie nicht mehr laufen, eine neue suche ich nicht, und dann schaue ich einmal nach, wie die anderen Bundesländer möglicherweise einspringen.“ Ich weiß nicht, ob das die richtige, verantwortungsbewusste Haltung zu diesem Problem ist. Bei der Sonderabfallbeseitigung handelt es sich nämlich um einen besonders schwierigen Bereich der Abfallwirtschaft, der transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar organisiert werden muss, bei dem Interessen, Verantwortlichkeiten und Konsequenzen klar beschrieben werden müssen.

(Beifall der Abg. Dr. Caroli SPD und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf. Und die Landesregierung hat durchaus die Pflicht, dafür zu sorgen, dass eine Beseitigungsinfrastruktur besteht bzw., wenn sie es nicht selber machen will, diese lückenlos überwacht und kontrolliert wird. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang an die Skandale in den letzten Jahren erinnern.

In dem vorgelegten Vertragswerk zur Privatisierung der SBW sehen wir eine Reihe von Problemen. Kollege Schefold hat sie zum Teil schon genannt. Ich fasse sie ganz kurz zusammen.

Erstens gibt es finanzielle Risiken im Zusammenhang mit dem Hamburg-Vertrag, dem Vertrag mit der AVG. Hier sind wir bei zurückgehenden Mengen durchaus finanziell beteiligt, und zwar über das Pönale, die Vertragsstrafe.

Zweitens: Wir sehen im Geschäftsinteresse der HIM auch die Gefahr, dass die SAD Billigheim schneller verfüllt werden wird, als vielleicht vorgesehen ist, und dass Sonderabfall aus anderen südlichen Bundesländern hier landet.

Drittens ist es für uns ein Problem der Kontrolle, der Quantität – also der Menge – und auch der Qualität des Sonderabfalls, der hier anfällt und auch genau überwacht werden muss.

Viertens sehen wir, dass die HIM eigentlich besonders günstige Konditionen hat, um aus dem Vertrag auszusteigen, und das Land wieder selbst das Risiko trägt.

Fünftens haben wir bei der Zuordnung der Kosten für Instandhaltung und Instandsetzung eigentlich keine – für uns wenigstens befriedigende – klare Abgrenzung.

Zusammenfassend kann man dazu sagen: Alle Risiken für das Land, alle Vorteile für die HIM.

Diese und auch andere Bedenken hatten auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP/DVP im Umweltausschuss. Warum sie der Veräußerung trotzdem zustimmen, wenn auch unter Aufrechterhaltung der Bedenken, ist für uns eigentlich unverständlich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt natürlich die Vermutung, dass hier blind eine Privatisierungsideologie exekutiert wird, vollzogen wird, die

in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist, und jetzt gesucht wird, wo man Schritt für Schritt weitermacht, und das wäre ein weiterer Punkt.

Es ist auch so, dass man sich – Herr Kollege Glück hat es wohl in der Haushaltsdebatte so ausgedrückt; er ist leider jetzt nicht da – unter der Devise „weg damit“ von diesem, sage ich mal, anrühigen Geschäft trennt.

Die „Stuttgarter Nachrichten“ titeln das so – ich zitiere –:

Land verkauft Müllfirma und legt dabei notfalls drauf.

Verantwortungsbewusste und verantwortungsvolle Politik sieht nach meiner Meinung aber etwas anders aus. Wir haben in Baden-Württemberg im Interesse und auf Druck der Industrie und des Gewerbes zur Standortsicherung, wie es immer so schön heißt, die bestehende Beseitigungsinfrastruktur aufgebaut, auch – und das muss man wissen, muss man sich in Erinnerung rufen – um eine viel teurere und uns sicher auch heute noch finanziell mehr belastende Sonderabfallverbrennungsanlage zu vermeiden. Ich erinnere an die Diskussionen um Böblingen und Kehl. Ich erinnere aber auch an Hüttlingen und all das, was in diesem Zusammenhang geschehen ist.

Wir sollten uns auf die zukünftige Entwicklung – auch unter Berücksichtigung der vom Ministerium geforderten Autarkie – mit einem Gesamtkonzept einstellen.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister Müller, begrüßen wir übrigens die Antwort und auch die Einlassungen, die Sie zu dem Entwurf der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesumweltministeriums machen, die ja über die Verordnungsform eine Möglichkeit sucht, die Beseitigung sozusagen zurückzudrängen und mehr in die Verwertung zu gehen. Wir halten es schon für richtig, dass Klarheit und Rechtssicherheit herrschen, und da muss man bessere Wege finden, als es vielleicht vorgeschlagen ist. Allerdings kenne ich den Entwurf nicht.

Ich komme zum Ende. Wir hätten als Alternative durchaus auch Ansätze gesehen, mit der AVG in Hamburg zu verhandeln. Wir wissen, dass in diesem Bereich Verhandlungen sehr schwierig sind. Aber nicht zuletzt ist es natürlich auch im Interesse der Bevölkerung, die ja sehr sensibel darauf reagiert, wichtig, einen hohen Grad der Beseitigungssicherheit zu haben.

Für uns werden in diesem Vertragslabyrinth mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet, und, wenn Sie so wollen – ich bin gleich fertig, Herr Präsident –, kann man das – die Flugaffären sind ja zurzeit hinlänglich beschrieben – so umschreiben: Wir starten möglicherweise, wenn man diesen Vertrag unterzeichnet, zu einem abfallpolitischen Blindflug. Wir können dieser Form der Privatisierung, wenn man diesen Vorgang überhaupt so nennen kann, nicht zustimmen, auch nicht mit Bedenken.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir stimmen einem Verkauf, einer Privatisierung prinzipiell zu. Trotzdem haben wir einige kritische Anmerkungen zu machen.

Zunächst einmal zum Verfahren selber. Es war schon sehr fragwürdig, wie in diesem Fall mit dem Parlament umgegangen wurde. In wenigen Tagen wurde eine Vorlage durchgepeitscht und, es ist doch bemerkenswert, dass selbst die CDU-Fraktion, die in den letzten Jahren lammfromm geworden ist, eine Unterbrechung der Ausschusssitzung beantragt hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Das sagt doch schon einiges. Ich bin schon sehr erstaunt, Kollege Scheffold, was Sie heute für eine Rede hingelegt haben. Da wundert es mich nicht mehr, dass Kollege Scheuermann nicht geredet hat, denn er ist einfach zu ehrlich, um sich so verbiegen zu lassen.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Herr Scheuermann hat zu Recht gesagt, die Bedenken, die er gehabt habe, seien immer noch vorhanden. Ich glaube, er hat sie auch heute noch. Ich kann Ihnen versichern, auch im Namen des Ausschussvorsitzenden Kretschmann, ein zweites Mal wird der Ausschuss nicht beide Augen zudrücken, wenn uns ein ähnliches Verfahren vorgelegt wird wie hier beim Verkauf der SBW.

Aber mindestens so fragwürdig wie das gesamte Verfahren ist das juristische Labyrinth, das uns da vorgelegt wurde. Herr Scheuermann – ich muss noch mal auf ihn zurückkommen – hat im Ausschuss gesagt: Alle Vorteile liegen beim Käufer, nämlich der Hessischen Industriemüll, und alle Nachteile liegen beim Land.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Guter Mann, der Scheuermann!)

Diese Einschätzung wird von uns voll geteilt, denn der Vertrag mit der Abfallverwertungsgesellschaft in Hamburg sieht vor, dass es zu einer Strafe – im Amtsdeutsch so schön Pönale genannt – kommt, wenn die Jahresmenge von 20 000 Tonnen unterschritten wird. Diese Menge wurde bereits in den letzten beiden Jahren unterschritten, und zwar um einige Tausend Tonnen. Es geht bekanntlich um insgesamt 180 Millionen DM Ausfallbürgschaft in der Gesamtlaufzeit dieses Vertrages. Wir alle wissen doch: Zukünftig wird es noch weniger Sondermüll geben.

Hinzu kommt: Die HIM, der Käufer, und die AVG, der Vertragspartner in Hamburg, sind Konkurrenten auf dem Sondermüllmarkt. Für die HIM hat die Ausnützung der eigenen Anlage in Hessen oberste Priorität. Unsere Befürchtung ist nun, die HIM nutzt die Kundenkartei der SBW, um hier neue Kunden zu gewinnen, denn – das ist ja wohl hier allen bekannt – die Anlage in Biebesheim, die der HIM gehört, ist nicht nur eine Anlage zur Beseitigung von Sondermüll, sondern auch eine Anlage zur Verwertung von Sondermüll.

Das hat zur Folge, dass baden-württembergische Firmen die Andienungspflicht und die teurere Lieferung nach Hamburg umgehen können und billiger ihren Sondermüll nach Hessen entsorgen können. Dies wiederum hat zur Folge, es wird noch weniger Sondermüll angeliefert, die Menge von 20 000 Tonnen wird noch weniger eingehalten, das heißt, die Strafe für das Land wird noch wesentlich höher werden, als sie heute schon ist. Für diese These spricht auch – das ist ja ein offenes Geheimnis –, dass diese Anlage in Biebesheim genauso wie die in Hamburg ein Auslastungsproblem hat.

Es gibt einen zweiten Punkt, den ich nennen möchte, den wir für sehr bedenklich halten: Bisher hatte das Land durch die hundertprozentige Tochter SBW eine klare und eindeutige Kontrolle, welcher Sondermüll auf die Anlage in Bilingheim kommt. Jetzt haben wir eine hundertprozentige Tochter der HIM. Sie wissen doch alle, wie es auf dem Sondermüllmarkt zugeht. Deswegen kann man die Bedenken, die wir haben, nicht einfach vom Tisch wischen, die da lauten: Zukünftig wird womöglich diese Kontrolle nicht mehr so eng gesehen wie in der Vergangenheit.

Ein weiterer Punkt – der letzte, den ich nennen möchte –: Das gesamte Risiko mit dieser Deponie trägt auch zukünftig das Land. Wenn irgendetwas passiert, wenn irgendwelche Probleme entstehen, wenn diese Anlage nachgebessert werden muss, hat das das Land zu bezahlen. Die HIM ist da völlig draußen.

Wir haben ja bei der Anhörung, die meine Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Verkehr beantragt hatte, von den Experten gehört, dass dieser Standort eben nicht für eine Sondermülldeponie geeignet ist. Ich möchte nur einen Punkt anführen, den Professor Hötzl nicht nur in seinem Gutachten von 1988 genannt hat, sondern den er auch in der Anhörung im Dezember des vergangenen Jahres angeführt hat, nämlich dass der Standort wegen anhaltender Lösungs- und Auslaugungsvorgänge nicht für eine Sondermülldeponie geeignet ist. Das heißt doch: Wenn wir diese Sondermülldeponie weiter betreiben und all die Risiken tragen müssen, besteht die Gefahr, dass weiterhin hohe Kosten auf das Land zukommen werden.

Unser Fazit lautet deswegen: Wir schließen uns dem Kollegen Scheuermann an.

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt aber!)

Unsere Bedenken sind keineswegs beseitigt. Nur ziehen wir eine andere Schlussfolgerung als die CDU-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir stimmen dem Verkauf, wir stimmen dem Vertrag in dieser Form nicht zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion beantragte am 10. Dezember 1993,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist lange her!)

dass das Land Baden-Württemberg seine hoheitlichen Aufgaben bei der Überwachung und Kontrolle von Sondermüll bei der SBW konzentrieren und die Entsorgung des Sondermülls privatwirtschaftlichen Unternehmen überlassen sollte. Die Sondermüllbeseitigung – so habe ich damals formuliert – in Staatsregie ist ein Fehler und bedarf der Korrektur.

Am 13. Dezember 1994

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

haben wir die Privatisierung der Sonderabfallentsorgung in Baden-Württemberg und den Verzicht auf eine landeseigene Sondermüllverbrennungsanlage beantragt und erneut die Privatisierung der SBW verlangt.

Wörtlich damals:

Die Landesregierung muss sich unverzüglich aus dem operativen Geschäft der ordnungsgemäßen Sondermüllentsorgung zurückziehen und auf die Einhaltung der Bedingungen beschränken, nach denen die Sondermüllbeseitigung zu erfolgen hat und die vom Parlament zu beschließen sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Am 23. Mai 1995 habe ich hier im Plenum ausgeführt:

Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Sondermüll ordnungsgemäß entsorgt wird. Nur durch eine klare Trennung hoheitlicher und operativer Aufgaben kann gewährleistet werden, dass einerseits marktwirtschaftliches Denken zur Geltung kommt, andererseits der Staat sich voll auf seine überwachenden Aufgaben konzentrieren kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Selbstkontrolle staatlicher Unternehmen wie zum Beispiel der SBW führt nicht nur aufgrund der Andienungspflicht, also einer gewissen Monopolstellung, zumindest zu Wettbewerbsverzerrungen, sondern läuft auch Gefahr, dass der Staat seinen hoheitlichen Aufgaben nicht voll gerecht wird und sich in einem dauernden Zielkonflikt befindet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich könnte weitere Bemühungen unsererseits zitieren, etwa am 18. Oktober 1995 oder am 14. Dezember des gleichen Jahres, als ich in der Debatte um die Erfüllung des Hamburg-Vertrags erstmals die Frage stellte: Welche Kosten wären dem Land, der Wirtschaft und damit den Bürgerinnen und Bürgern erspart geblieben,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr wohl! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

wenn Sie, wie wir bereits seit Jahren in Anträgen gefordert haben, eine klare Trennung von operativen und hoheitlichen Aufgaben bei der Sondermüllentsorgung vorgenommen hätten?

Am 7. Februar 1996 wurde dann von mir, fast schon resignierend,

(Abg. Göbel CDU: Das kann nicht sein! Das kann nicht sein, dass er resigniert!)

auf die 12., nämlich die jetzige Legislaturperiode hingewiesen:

Schade nur, dass bei dem scheinweisen Vorgehen hin zu mehr Marktwirtschaft so viel Geld unnötigerweise auf der Strecke bleibt. Hamburg lässt grüßen.

Das war ebenfalls ein Zitat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wie heißt es heute in der Vorlage der Regierung, über die wir zu befinden haben? Auch das möchte ich zitieren, damit deutlich wird, dass da kein Unterschied zu dem besteht, was wir seit sechs Jahren gefordert haben.

(Abg. Bebber SPD: Er zitiert sich immer selbst!)

Dort heißt es:

Um die Risiken, die sich insbesondere aus dem Betrieb der Umschlags- und Behandlungsanlage im Hafen Stuttgart für das Land ergeben, auf Dauer zu verringern bzw. zu beseitigen, kommt die Privatisierung der SBW in Betracht. Diese Lösung hat den Vorteil, dass das Land im Bereich der operativen Abfallentsorgung nur noch eingeschränkt tätig ist. Das Land würde sich über die SAA auf die Andienung sowie Überwachungs- und Kontrollaufgaben und damit auf hoheitliche Tätigkeiten konzentrieren.

So weit das Zitat. Ich sage als alter Karl-May-Freund nur: Uff!

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kiel, einen Moment bitte! – Ich bitte, auf der Tribüne etwas mehr Ruhe zu bewahren.

(Abg. Kiel FDP/DVP hustet.)

– Ich wollte Sie nicht zu einem Hustenanfall verleiten.

**Abg. Kiel** FDP/DVP: Ich war ganz froh, dass ich das bei dieser Gelegenheit erledigen konnte.

(Abg. Bebber SPD: Sie können auch einen Schluck trinken!)

Das vorgelegte Vertragswerk ist offensichtlich im Gegensatz zum Hamburg-Vertrag sehr gründlich ausgearbeitet worden.

(Kiel)

Lieber Herr Walter, die beim Land verbleibenden Risiken trägt das Land doch so oder so.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Leider!)

Weitere zu befürchtende Verluste aus dem laufenden Geschäft muss das Land dann aber nicht mehr tragen.

Also schließen Sie den Vertrag besser noch heute als morgen ab, und buchen Sie die hohen Millionenverluste, die bislang aufgelaufen sind, auf das Konto „Die Demokratie ist eine langwierige und schwierige, trotz allem freilich die beste aller Staatsformen“! Oder buchen Sie sie meinetwegen auch als Harald-B.-Schäfer-Effekt ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Göbel  
CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Eigenthaler.

**Abg. Eigenthaler REP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorgesehene Verkauf der SBW an die HIM wurde zwar in beiden Fachausschüssen behandelt, und die rein wirtschaftlichen Überlegungen könnten vielleicht auch uns Republikaner von der Notwendigkeit einer Veräußerung überzeugen. Doch der Teufel liegt wohl auch bei diesem Deal wie sehr oft im Detail. Das wurde bei der Behandlung im Umweltausschuss überdeutlich.

Die Entwicklung der SBW, die seit 1. April 1997 einen Entsorgungsvertrag über 15 Jahre, also bis einschließlich 2011, ...

(Unruhe auf der Zuhörertribüne – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter! – Ich bitte, die Lärmentwicklung auf der Tribüne zu reduzieren.

Bitte schön, fahren Sie fort.

**Abg. Eigenthaler REP:** ... mit der Abfall-Verwertungsgesellschaft Hamburg hat, verlief nach Angaben des Finanz- und des Umweltministeriums seit einiger Zeit wirtschaftlich kritisch. Dies wurde in erster Linie dem Defizit der Umschlags- und Behandlungsanlage für Sonderabfälle im Hafen Stuttgart zugeschrieben, die zu wenig ausgelastet sei.

Genau dieser Bereich erscheint uns Republikanern jedoch weniger problematisch. Eine Leistungserweiterung in andere Abfallbereiche, zum Beispiel im Rahmen der Elektronikschrottverwertung, wäre nach unserer Ansicht eine Alternative zu mehr Wirtschaftlichkeit.

(Beifall bei den Republikanern)

Dann braucht man auch die Absicht des Bundesumweltministers mit der Tendenz zu noch mehr Verwertung nicht zu fürchten, zumal durch die Getrennthaltungspflicht für Beseitigungsabfälle eine Umdeklarierung von Sonderabfällen zu Wertstoffen, zum Beispiel zur thermischen Verwertung, zu verhindern wäre, sofern man das überhaupt will. Im Gegenteil: Die Hafenanlagen könnten zunehmend Ge-

winne erwirtschaften, wie das an anderer Stelle der Vorlage bereits eingeräumt wird.

Nachdem 1997 noch 1 500 Tonnen umgeschlagen wurden, sind 1998 ca. 23 000 Tonnen verladen worden. Für 1999 sind über 30 000 Tonnen – man spricht von 31 000 – zu erwarten, was im Bereich der schwarzen Zahlen liegen würde und somit bereits heuer wirtschaftlich erfolgreich wäre.

Selbst wenn sich die Landesregierung aus rein politischen Überlegungen aus dem Geschäft mit Abfällen zurückziehen will, könnten die Hafenanlagen allein bereits einen Verkaufspreis erzielen, der höher wäre als die jetzt erwarteten 6,3 Millionen DM für die gesamte SBW.

Der eigentliche Pferdefuß bei der SBW scheint in dem unglücklichen Sondermüllvertrag zu stecken, der kein „Müller-Vertrag“, sondern ein Vertrag des früheren SPD-Umweltministers ist, ein „Schäfer-Vertrag“, gegen den wir Republikaner uns vehement gewehrt haben.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg.  
Rapp REP)

In diesem Punkt ist der jetzige Umweltminister zwar aus dem Schneider, aber nicht aus der Verantwortung. Denn er war Mitglied einer der Fraktionen der großen Koalition, die dem sonderbaren Vertrag mit der AVG Hamburg zur jährlichen Lieferung von bis zu 30 000 Tonnen, aber von mindestens 20 000 Tonnen thermisch verwertbarem Sondermüll zugestimmt haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Die AVG Hamburg muss dafür, wenn ich das richtig interpretiere, 5 000 Tonnen Sondermüll zur Beseitigung nach Billigheim liefern. Sie kann dies aber auf bis zu 10 000 Tonnen jährlich erweitern.

Mit insgesamt bis zu 180 Millionen DM Pönalbürgschaft hat das Land Baden-Württemberg den Kopf in der Schlinge bei der AVG Hamburg, und den kriegt man auch mit einem Verkauf oder einer Privatisierung nicht heraus.

(Abg. Scheuermann CDU: Aber die Schlinge kann man abschneiden! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Die nicht!)

– Sie kriegen den Kopf nicht heraus, Herr Scheuermann.

Wer sich damit trösten will, dass dieses Pönale für 1998 nicht verlangt wurde, verschließt die Augen vor der Realität. Ein Rückschluss auf 1999 ist mit Sicherheit nicht berechtigt. Man kann nur hoffen, dass der SBW-Verkauf nicht als Anlass für eine Pönalnachforderung genutzt wird.

Was die 20 Millionen DM Kapitalzuführung wegen der Sonderabschreibung angeht, die in jedem Fall vom Land zu leisten ist, so könnten diese beim Verbleib auch als weitere Investition gesehen werden. Beim Verkauf sind sie jedoch als verlorene Mitgift an den Rechtsnachfolger zu bewerten.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Von den rein wirtschaftlichen Überlegungen einmal abgesehen, macht mich die Äußerung des Umweltministers,



(Eigenthaler)

veröffentlicht im „Mannheimer Morgen“ vom 5. Februar 2000, besonders stutzig. Ich zitiere:

Selbst wenn man davon ausgehe, dass die Kooperationsländer Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern Abfälle nach Billigheim lieferten, sei nicht zu erwarten, dass der langjährige Schnitt von 30 000 Tonnen überschritten werde.

Nachtigall, ick hör dir trapsen! Legen wir die Betonung einmal auf die Worte „sei nicht zu erwarten“, dann heißt das im Umkehrschluss, es sei durchaus möglich, dass beispielsweise durch Sondergenehmigungen die 30 000 Tonnen jährlich weit überschritten werden können. Denn man liest an anderer Stelle, dass ohne Sondergenehmigung eine jährliche Befüllung über 30 000 Tonnen nicht erfolgen könne, was wiederum im Umkehrschluss bedeutet, dass mit Sondergenehmigung durchaus mehr verfüllt werden könnte. Dann darf man auch fragen, wie lange die derzeitige Kapazität von ca. 600 000 Tonnen ausreicht, die jetzt für 20 Jahre kalkuliert ist.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Was nützt dann die Gewissheit, dass der Grundbesitz einer verfüllten Deponie letztlich beim Land bleibt, wenn damit ausschließliche neue finanzielle und umweltpolitische Risiken und Belastungen für Baden-Württemberg verbunden sind?

(Beifall bei den Republikanern)

Die damit verbundenen Versprechungen des Umweltministers, dass dann auf Standorte in anderen Bundesländern zurückzugreifen sei und die Wirtschaft selbst für die Entsorgung ihres Sondermülls zu sorgen habe, wirken auf mich wenig tröstlich und für nachfolgende Generationen kaum vertrauenerweckend.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Eigenthaler REP:** Ich bin gleich beim Schluss, Herr Präsident.

Das ist kaum vertrauenerweckend angesichts des sonderbaren Umgangs mit dem Wörtchen „Wahrheit“ in der christlich-demokratischen Parteienlandschaft.

(Abg. Dr. Mauz CDU: Wie bitte?)

Unser Vertrauen in derartige Versprechungen eines CDU-Ministers ist jedenfalls auf ein Minimum reduziert.

Auch deshalb lehnen wir Republikaner den Verkauf der SBW ab, der selbst Herrn Scheffold und Herrn Scheuermann starke Bauchschmerzen bereitet und außer der Erfüllung des Koalitionsvertrags weder ökonomisch noch ökologisch Sinn macht.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält der Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Es gibt Situationen im Leben, bei denen man sich an das Sprichwort erinnert: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ So ist es eigentlich auch in dieser Situation. Jede der beteiligten Fraktionen hat gesagt: Grundsätzlich sind wir eigentlich schon für die Privatisierung, aber nicht so und nicht in dieser Situation.

Jetzt muss man sich überlegen: Was will man in einer solchen Situation? Wollen wir das Ziel der Privatisierung erreichen, und müssen wir dabei bestimmte Dinge in Kauf nehmen, die wir vielleicht als Nachteil empfinden, oder wollen wir das nicht? Ich will Ihnen zunächst einmal sagen: Wir haben nicht nur eine Regelung in der Koalitionsvereinbarung, wonach wir seitens des Landes den Ausstieg aus dem operativen Geschäft in der Sonderabfallentsorgung einleiten, sondern wir haben natürlich auch die heftigen Wünsche der Wirtschaft, und wir haben, wie wir gehört haben, ein entsprechendes Votum praktisch aller Fraktionen dieses Hauses: „grundsätzlich schon“. Das ist zunächst der Ausgangspunkt.

Dann muss ich mir anschauen: Finde ich, wenn ich dieses Ziel erreichen will, einen Partner dafür? Wir waren – die Legislaturperiode ist ja nicht mehr ganz neu – mehrere Jahre auf der Suche nach einem Partner, der mit uns einen Vertrag schließen will, so wie wir ihn jetzt schließen wollen. Wir haben ihn jahrelang nicht gefunden, wir haben ihn jetzt in der HIM gefunden.

In einer solchen Situation ist es nicht verwunderlich, dass man zum Schluss einen Vertrag abschließt, der nicht den eigenen Idealvorstellungen entspricht. Man ist froh und glücklich, dass man endlich einen hat, mit dem man überhaupt einen Vertrag schließen kann. Dann stellt sich bei der Schlussbilanz, bei der Abwägung dessen, was als Risiken beschrieben worden ist, die Frage: Sagen wir jetzt eingedenk des gefundenen Ergebnisses insgesamt Ja, oder sagen wir insgesamt Nein? Das ist die Abwägung, die wir vorzunehmen haben.

Damit will ich einräumen: Es gibt in diesem Vertrag logischerweise auch Probleme, auch Risiken; darüber will ich gleich noch etwas sagen. Deswegen will ich den Vertrag also überhaupt nicht idealisieren, sondern nur die Situation beschreiben, in der wir sind. Wir hatten relativ wenige Partner – genauer gesagt, wir haben nur einen einzigen gehabt –, und wir hatten ein Ziel, das im Prinzip von allen Kräften auch dieses Hauses und in der Wirtschaft geteilt wird. – Das ist die erste Bemerkung, die ich machen möchte.

Die zweite Bemerkung: Man kann sich in der Abfallpolitik der letzten 10 oder 15 Jahre immer dann gut hinstellen und auf alte Äußerungen verweisen, wenn man sich früher alle Optionen offen gehalten hat. Dann hat man sozusagen von der Entwicklung immer Recht bekommen. Aber jetzt will ich einfach einmal sagen, ganz egal, wie wir den AVG-Vertrag heute sehen: Damals hat ein großer Teil des Hauses und die baden-württembergische Wirtschaft von uns gewollt, dass wir Entsorgungsinfrastruktur schaffen.

(Abg. Brinkmann SPD: So ist es!)

(Minister Ulrich Müller)

Wir alle waren miteinander glücklich und zufrieden, als wir die Lösung des Problems fanden, allerdings außerhalb von Baden-Württemberg. Dass das im Nachhinein durch die Entwicklung am Abfallmarkt nicht die richtige Entscheidung war, ist richtig. Aber im Nachhinein ist man halt oft schlauer.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Aber der Vertrag war nicht gut!)

Deswegen kann man das jetzt natürlich kritisieren; das ist klar. Aber es ist ein Tatbestand, dass wir damals glaubten, richtig zu handeln. Ich glaube, aus damaliger Sicht haben wir auch richtig gehandelt nach allem, was wir damals erkennen konnten. Jetzt haben wir eben einen Vertrag, der uns unter den gewandelten Bedingungen wie ein Klotz am Bein hängt.

Dritte Bemerkung: Es wird von vielen Risiken gesprochen – richtig. Man muss aber sehen, dass eine Reihe von Risiken so oder so vorliegen: die Mengenfrage, also die Frage, wie sich die Mengen von bis zur Beseitigung deponierbaren Abfällen entwickeln; die Frage, ob die Andienungspflicht die höchstrichterliche Rechtsprechung oder das europäische Recht überleben wird, eine Frage, bei der man wirklich nicht weiß, was dabei herauskommt – aber das Risiko, wenn es zum Wegfall der Andienungspflicht kommt, hätten wir auch dann, wenn wir diesen Vertrag nicht schließen würden –; und die schwierige Grenzziehung zwischen Beseitigung und Verwertung. Auch die Tücken und Ungewissheiten, die darin stecken, hätten wir so oder so, ob wir den Vertrag schließen oder nicht.

Vierte Bemerkung: Im Umwelt- und Verkehrsausschuss ist die Frage gestellt worden, die wir uns selber natürlich auch stellen mussten: Warum tut die HIM etwas, was wir uns selber nicht zutrauen? Warum glauben wir, dass das für die HIM ein Vorteil ist, und wenn es wirklich ein Vorteil wäre, könnten wir ihn dann nicht selber realisieren?

Der Unterschied ist einfach der, dass wir mit der SBW bislang ein Unternehmen hatten, das in öffentlicher Regie betrieben wird und das sich deswegen unter Wettbewerbsgesichtspunkten sehr viel stärker zurückhalten musste, beispielsweise unter geographischen Gesichtspunkten, beispielsweise natürlich auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir vermeiden wollten, privaten Entsorgern ins Handwerk zu pfuschen. Deswegen haben wir mit der SBW in Staatsregie nie die Expansionspolitik machen dürfen, machen wollen und machen können, die eine HIM machen kann. Daher kann manches, was für uns nicht sinnvoll und nicht rentabel war, bei der HIM sehr wohl rentabel werden.

Fünfte Bemerkung: Es ist von allen Rednern darauf hingewiesen worden, dass ich in den vergangenen Tagen öffentlich darauf aufmerksam gemacht habe, dass nach meiner Einschätzung und meiner festen Überzeugung eine Nachfolgedepotie für Billigheim nicht mehr kommt. Warum? Ich musste dazu eigentlich keinen besonderen geistigen Aufwand treiben. Ich musste auch nicht ins Kabinett gehen. Ich musste das eigentlich auch mit sonst niemandem abstimmen, weil es schlicht in der inneren Logik der Entscheidung liegt, die wir jetzt treffen. Wenn ich aus dem operativen Geschäft aussteige, wenn ich eine im Betrieb des Landes befindliche Deponie aufgabe, was spricht denn dann noch dafür, in 10 oder 20 Jahren wieder eine neue

einzuführen? Es ist doch völlig klar, dass ich dann sage: Wir verabschieden uns vom operativen Geschäft und beschränken uns auf das hoheitliche Geschäft, auf das Überwachungsgeschäft. Deswegen ist es mir relativ leicht gefallen, die besorgten Bürger auf der Ostalb oder in anderen Teilen des Landes zu beruhigen und ihnen zu sagen: Das wars.

Jetzt muss ich aber gleich an dieser Stelle – weil da schon der eine oder andere Ton aufgekommen ist, beispielsweise von Herrn Kollegen Staiger –, sozusagen auch vorsorglich im Blick auf die Wirtschaft, eines dazusagen: Das wars jetzt wirklich. Wir gehen in der Abfallpolitik in den letzten Jahren manchmal schon „rin in die und raus aus den Kartoffeln“. Aber wenn je eine andere Situation entstehen sollte, haben wir nicht mehr die Möglichkeit – und wir wollen uns den Schuh nicht mehr anziehen –, im operativen Abfallgeschäft tätig zu sein. Wir haben uns jetzt entschieden. Diese Grundsatzentscheidung wird von allen Fraktionen dieses Hauses geteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben uns für das operative Geschäft in der Regie der Privatwirtschaft entschieden. Dann ist die Suche nach einer Nachfolgedepotie nicht mehr Sache des Landes – Punkt, aus, amen. Deswegen ist es mir, wie gesagt, leicht gefallen, diese Äußerung zu tun.

Ich will im Übrigen noch einmal unterstreichen: Wir bleiben selbstverständlich, was das Befüllen von Billigheim anbelangt, dabei, dass wir eine Überwachungsaufgabe haben. Wir bleiben, was Billigheim anbelangt, genau im Rahmen der Planfeststellung. Das heißt, die HIM kann nichts anderes tun als das, was die bisherige SBW auch hätte tun können. Insofern bekommen wir keine negative Veränderung.

Ich will zum Schluss, meine Damen und Herren, nur mit einigen wenigen Aspekten auf das Thema Risiko aufmerksam machen. Das Grundsätzliche habe ich ja gerade schon angesprochen: Wir haben so oder so eine Reihe von Risiken zu tragen, und wir waren in den Handlungsmöglichkeiten nicht ganz frei, weil wir ein ganz bestimmtes Ziel verfolgt haben.

Aber ich muss darauf hinweisen: Auch der bisherige Zustand hatte seine Nachteile und seine Risiken. Wir hatten bisher eine Nachschusspflicht von 20 Millionen DM. Wir haben ein Defizit von 7 Millionen DM produziert. Wir hatten beim Hafen in Stuttgart ein laufendes Defizit in der Größenordnung von 1,5 bis 2 Millionen DM. 7 Millionen DM waren es einmal, und wir haben es durch Restrukturierungsmaßnahmen auf 1 bis 2 Millionen DM reduziert. Das wäre uns geblieben.

Wir haben auf der anderen Seite jetzt Pachteinahmen in nicht unerheblichem Umfang. Wir haben die HIM, die neue SBW dazu gebracht, dass sie ein Stück weit, auch pönanalisiert, Lieferverpflichtungen nach Hamburg übernimmt. Wir haben so oder so das Problem, dass wir als Eigentümer dieser Deponie die Nachsorgepflicht haben. Wir bekommen für die Nachsorge eben auch die Pachtzahlungen.

Wenn ich das alles zusammennehme, ergibt sich ein sehr differenziertes und sehr buntes Bild, bei dem man jeden-

(Minister Ulrich Müller)

falls nicht sagen kann – ich bitte um Verständnis, wenn ich mich da jetzt auch klar äußere –: „Alle Vorteile bei der HIM und alle Nachteile beim Land“. Dieser Satz – lieber Kollege Scheuermann, sehen Sie es mir nach – stimmt in dieser Einfachheit nicht. Es gibt auch Nachteile, die möglicherweise das Land zu tragen hat, aber eben nicht nur. Es ist eine differenzierte Abwägung, die wir da vorgenommen haben. Das Ergebnis dieser Abwägung ist, dass wir meinen, den Vertrag so abschließen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gilt auch für die Haftungsregelungen.

Ich will im Übrigen, weil das auch bei den Beratungen in den beiden Ausschüssen eine Rolle gespielt hat, noch einmal etwas zu der Frage sagen: Hätten wir uns nicht vorher aus dem AVG-Vertrag lösen können? Wenn wir dies hätten tun können, hätten wir es natürlich getan. Das ist keine Frage. Aber erstens sind wir an den Vertrag gebunden und können deswegen nicht ständig sozusagen mit Vertragsbruch drohen. Und zweitens: Das, was wir auf informellem Weg haben versuchen können, um aus dem Vertrag herauszukommen, haben wir versucht. Aber für eine Neuverhandlung besteht zurzeit keine Chance.

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren: Ich räume ein, dass das Verfahren, was das Parlament anbelangt, ungeschön war. Der Zeitdruck war ungehörig. Das ist überhaupt keine Frage. Er hat sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Vertrag möglichst schnell abzuschließen. Das war der Wunsch der HIM. Deswegen mussten wir hier erstens im letzten Vierteljahr unter Hochdruck verhandeln – das hat das Finanzministerium im Herbst 1999 getan – und zweitens unter Hochdruck im Parlament zum Ende kommen. Dafür bitte ich um Nachsicht. Das ist vor allem dann unangenehm, wenn es sich um ein wirklich kompliziertes Vertragswerk handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP)

– Der Beifall kam an einer merkwürdigen Stelle.

(Heiterkeit – Abg. Haasis CDU: Wir dachten, der Minister hört auf!)

Ich habe den Eindruck, dass mittlerweile die Mehrheitsverhältnisse wieder in der richtigen Relation bestehen, sodass ich tatsächlich zum Schluss kommen kann.

Wir sehen das Ganze ohne Hurratriotismus, und ich darf Ihnen sagen: Innerhalb der Regierung war es unser Haus, das die von Ihnen beschriebenen und ausgesprochenen Risiken in der Kabinettsvorlage verankert wissen wollte, damit klar ist, dass wir nicht einfach sagen, dass das ein toller Vertrag ist. Aber wir glauben, es ist ein insgesamt verantwortbarer Vertrag. Man kann vielleicht so sagen, dass der Strategiewandel, nämlich weg vom operativen Geschäft, auch seinen Preis hat. Den Preis, den wir zu zahlen bereit sind, halten wir aber im Interesse des Ziels, dass wir uns eben aus dem operativen Geschäft zurückziehen wollen, für vertretbar. Ich möchte Sie jetzt bitten, unseren Vertragsverhandlungen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4823, und damit dem Antrag des Finanzministeriums vom 21. Januar 2000, Drucksache 12/4782, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Haasis CDU: Ein paar wenige! Sind die anderen alle in Hessen?)

Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/4515**

Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/4753, 12/4760**

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf verweisen, dass wir übereingekommen sind, dass die Abstimmung hier im Plenum, wenn nicht etwas Gesondertes beantragt wird, so festgestellt wird wie die Abstimmung im Ausschuss, damit wir zahllose Einzelabstimmungen vermeiden.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Halt, halt!)

– Herr Kluck?

(Abg. Kluck FDP/DVP: Ich habe den Kollegen Veigel gemeint!)

– Es wäre schön, wenn Sie das etwas leiser machen würden.

(Heiterkeit)

Sie stimmen mit dieser Vorgabe den Beschlussempfehlungen Drucksachen 12/4753 und 12/4760 zu.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

#### **Kleine Anfrage – Drucksache 12/4763**

Die Kleine Anfrage ist inzwischen beantwortet worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 22. März 2000, 10:00 Uhr statt.

Ich schließe die Sitzung.

**Schluss: 16:48 Uhr**